97-84197-17

Grundherr zu Altenthann und Weyherhaus...

Über die wirtschaftliche und politische...

Greifswald

1914

97-84197-17
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

3
Box 42 Grundherr zu Altenthann und Weyherhaus, Werner von, 1888-
Über die wirtschaftliche und politische bedeutung der kapitalanlagen im auslande. Greifswald, Abel, 1914.
142 p. 23 cm.

Thesis, Greifswald.

ONLY ED

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 9-24-97 INITIALS: PB

TRACKING # : 28025

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Exchange OCT 3 1922

42

Über die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Kapitalanlagen im Auslande.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der Philosophischen Fakultät

der Königlichen Universität zu Greifswald

vorgelegt

von

Werner v. Grundherr
zu Altenthann und Weyherhaus.

Greifswald 1914. Druck von Julius Abel.

Gedruckt mit Genehmigung der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald.

Dekan: Prof. Dr. Jaekel.

Referent: Prof. Dr. Oldenberg.

Tag der mündlichen Prüfung: 2. August 1913.

Meiner Mutter

in Liebe und Dankbarkeit gewidmet.

Vorwort.

Die Anregung zur Behandlung des Themas gab mir mein sehr verehrter Lehrer Herr Geheimrat Professor Dr. Zoepfl in Berlin; er hat mich in das hochinteressante Gebiet der Weltwirtschaftslehre und Weltwirtschaftspolitik eingeführt. Was die Arbeit ihm verdankt, ist im einzelnen anzuführen mir nicht möglich; der Kundige wird es erkennen.

Herrn Professor Dr. Oldenberg spreche ich meinen ergebensten und wärmsten Dank aus für das große Interesse, mit dem er das Entstehen der Arbeit dauernd verfolgt, sowie für die Ratschläge, durch die er die Arbeit gefördert hat.

Herrn Professor Dr. Pohl danke ich herzlich für zahlreiche mir — insbesondere zu dem Kapitel des rechtlichen Schutzes der auswärtigen Kapitalanlagen — gegebene Anregungen. —

Ich weiß sehr wohl, daß das Thema der Kapitalanlagen im Auslande erschöpfend zu behandeln, heute nahezu eine Lebensaufgabe bedeuten würde. Die Aufgabe, die ich mir stellte, war lediglich, das Augenmerk auf einige Gesichtspunkte zu lenken, die mir wichtig schienen und, wie ich sah, bisher noch nicht oder nicht genügend in der wissenschaftlichen Literatur behandelt worden waren. Das gilt beispielsweise von der Tatsache, daß beinahe alle politischen Bündnisse, Ententen und Gegensätze ihre finanziellen Analogien haben, was, soviel ich sehe, bisher noch nicht zusammenhängend und systematisch dargestellt worden ist.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Benutzte Literatur: 1. Bücher, 2. Zeitschriften, Zeitungen und Ähnliches 9

Einleitung

1. Zur Entwicklung der Weltwirtschaft und Weltpolitik . . . 14
2. Zur Geschichte der auswärtigen Kapitalanlagen 17
3. Zur Geschichte der wissenschaftlichen Behandlung des Problems 24
4. Arten der Kapitalanlagen im Auslande 27
5. Zur Statistik der Kapitalanlagen im Auslande 32

I. Die wirtschaftliche Bedeutung der Kapitalanlagen im Auslande.

Allgemeines 48

1. Die Kapitalanlagen im Auslande in ihrer Bedeutung für die Zahlungsbilanz 53
2. Förderungen des Warenexports durch Kapitalanlagen im Auslande und die Erreichung handelsvertraglicher und anderer Vorteile im Verkehr mit dem Auslande. — Nachteile des Warenexports 66
3. Die Kapitalanlagen im Auslande als Notreserve für Krisen und Kriege 80
4. Gefahren des Kapital-Exports. Voraussetzungen und Einschränkungen für einen vorteilhaften Kapitalexport 81

Zusammenfassung 89

II. Die politische Bedeutung der Kapitalanlagen im Auslande.

1. Moderne Weltpolitik. Wirtschaftlich-politische Expansion der Großmächte gegenüber Staaten zweiten Ranges 90
2. Politische Bündnisse, Ententen und Gegensätze und ihre finanziellen Analogien 103
3. Kapitalanlagen im Auslande und politische Krisen 124
4. Der Staat und die Kapitalanlagen im Auslande. Der rechtliche Schutz der Kapitalanlagen im Auslande. Kapitalanlagen in den Kolonien 128

Zusammenfassung 143

Benutzte Literatur.

1. Bücher:

Soetbeer, Bemerkungen über die Handelsbilanz Deutschlands (in Hirths Annalen, Jahrgang 75).

Sartorius v. Waltershausen, Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande. Berlin 1907.

Brockhage, Zur Entwicklung des preußisch-deutschen Kapitalexports (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen von Schmoller & Sering, Heft 148). Leipzig 1910.

Zickert, Die Kapitalsanlage in ausländischen Wertpapieren. Berlin 1911.

Kurz, Kapitalanlagen im Ausland. Zürich und Leipzig 1912.

Brandt, Ausländische Kapitalien. St. Petersburg 1898.

Dehn, Weltwirtschaftliche Neubildungen. Berlin 1904.

Arndt, Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft. Leipzig 1913.

Schilder, Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft. Berlin 1912.

Harms, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. Jena 1912.

Sombart, Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft im 19. Jahrh. Berlin 1904.

Sombart, Der moderne Kapitalismus. Leipzig 1902.

Kundt, Die Zukunft unseres Überseehandels. Berlin 1904.

Arnold, Die Handelsbilanz Deutschlands von 1889—1900. Berlin 1905.

Steinmann-Bucher, 350 Milliarden deutsches Volksvermögen. Berlin 1909.

Zahn, Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung (in den Annalen des Deutschen Reichs, 44. Jahrgang. 1911).

Dietzel, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. Dresden 1900.

Pohle, Deutschland am Scheidewege. Leipzig 1902.

Wagner, Agrar- und Industriestaat. Jena 1902.

Schriften des Vereins für Sozialpolitik: Band 147. I: Deutsch-Ost-Afrika als Siedlungsgebiet für Europäer. Band 147, III: Die Ansiedlung von Europäern in den Tropen. Leipzig 1912.

Rießer, Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration. Jena 1912.
Rosendorff, Die deutschen Banken im überseeischen Verkehr (Schmollers Jahrbuch, Band XXVIII, Heft 4) 1904.
Soltau, Die französischen Kolonialbanken. Straßburg 1907.
Sayous, Les Banques Allemandes et le Commerce d'Outre Mer. Paris 1908/9.
Diouritch, L'Expansion des Banques Allemandes à l'Etranger. Paris 1909.
Liefmann, Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften. Jena 1909.
Vallier, Les Banques d'Exportation à l'Etranger et en France. Paris 1911.
Helfferich, Geld und Banken. Leipzig 1910.
Deruburg, Kapital und Staatsaufsicht. Berlin 1911.
Heymann, Die deutschen Anleihen. Berlin 1911.
Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie. Leipzig 1905.
Salings Börsenjahrbuch. Berlin. Jahrgänge 1910, 11 und 12.
Obst, Geld-, Bank- und Börsenwesen. Leipzig 1908.

Die Seeinteressen des Deutschen Reichs, Denkschrift des Reichs-Marine-Amts. Berlin 1898.
Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt. Denkschrift des Reichs-Marine-Amts. Berlin 1905.
Börsenenquête. Berlin 1893.
Bankenenquête 1908. Berlin 1909.
Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. Berlin 1909—12.
Verhandlungen des deutschen Reichstags. Berlin 1909—12.
Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten. Berlin 1909—12.

Schmoller, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 2. Band. Leipzig 1908.
Philippovich, Grundriß der politischen Ökonomie. Tübingen 1909.
List, Das nationale System der politischen Ökonomie Jena 1904.
Wörterbuch der Volkswirtschaft.
Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

Lamprecht, Deutsche Geschichte, Zur jüngsten deutschen Vergangenheit. Freiburg 1906.
Schäfer, Weltgeschichte der Neuzeit. Berlin 1907.
Schiemann, Deutschland und die große Politik. Berlin. Jahrgänge 1909—1912.
Hintze, Historische und politische Aufsätze. Berlin 1911.

Lenz, Die großen Mächte. Berlin 1900.
Marcks, Männer und Zeiten. Leipzig 1911.
Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Jena 1908.
Treitschke, Politik. Leipzig 1899.
Jellinek, Allgemeine Staatslehre. Berlin 1905.
Rohrbach, Deutschland unter den Weltvölkern. Berlin 1911.
Dix, Deutscher Imperialismus. Leipzig 1912.
Arndt, Grundzüge der auswärtigen Politik Deutschlands. Jena 1912.
Dehn, Von deutscher Kolonial- und Weltpolitik. Berlin 1907.
—, Weltpolitische Neubildungen. Berlin 1905.
Aufsätze zur deutschen Handels- und Machtpolitik, herausgegeben von Schmoller, Sering, Wagner u. a., Stuttgart 1900.
Nauticus, Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen. Berlin. 1909—1913.
Freytag-Loringhoven, Krieg und Politik in der Neuzeit. Berlin 1911.
Rießer, Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegsführung. Jena 1909.
Helfferich, Das Geld im russisch-japanischen Kriege. Berlin 1906.
Seeley, Expansion of England. Leipzig.
Reinsch, Colonial Government. } New York 1908.
—, „ Administration. }

v. Schultze-Gävernitz, Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Leipzig 1906.
Schwab, Chamberlains Handelspolitik. Jena 1905.
Schilling, London als Anleihemarkt der englischen Kolonien. Stuttgart und Berlin 1911.
Statesman's Yearbook. London 1910—1912.
Mulhall, Dictionnary of Statistics. London 1899.

Statistique Internationale des Valeurs Mobilières. La Haye, 1908.
Théry, Les progrès économiques de la France. Paris 1908.

Wittschewsky, Rußlands Handels-, Zoll- und Industriepolitik. Berlin 1905.
Zweig, Die russische Handelspolitik seit 1877. Leipzig 1906.
Kowalewsky, Die Produktivkräfte Rußlands Leipzig 1901.
Davidsohn, Die Finanzwirtschaft Rußlands, Leipzig 1902.
Biermer, Der Streit um die russischen Finanzen der Gegenwart. Gießen 1906.
—, Die neue russische Milliardenanleihe. Gießen 1906.
Ischchanian, Die ausländischen Elemente in der russischen Volkswirtschaft. Berlin 1913.

Sartorius v. Waltershausen, Deutschland und die Handelspolitik der Vereinigten Staaten. Berlin 1898.
—, Die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten, Berlin 1901.
v. d. Lip, Amerikas Eindringen in das europäische Wirtschaftsgebiet. Berlin 1903.
Coolidge, Die Vereinigten Staaten als Weltmacht. Berlin 1908.
Fried, Panamerika. Berlin 1910.
Field, Capital Investments in Canada. Toronto 1911.
Statistical Abstract of the United States. Washington 1909—12.
Kundt, Brasiliens Bedeutung für Deutschlands Handel und Industrie. Berlin 1903.

Sartorius v. Waltershausen, Die italienischen Wanderarbeiter Leipzig 1903.

Japans finanzielle Jahrbücher. Tokio und Bremen 1909—1912.
Rathgen, Die Japaner in der Weltwirtschaft. Leipzig 1911.

Pohl, Aus Völkerrecht und Politik (daraus der Aufsatz: „Die Porterkonvention vom 18. Oktober 1907.") Berlin 1913.
Lippert, Internationales Finanzrecht, Triest 1912.
Freund, Der Schutz der Gläubiger gegenüber auswärtigen Schuldnerstaaten. Berlin 1910.
v. Liszt, Völkerrecht. Berlin 1910.
Lammasch, Die Rechtskraft internationaler Schiedssprüche. Publications de l'Institut Nobel Norvégien. 1913.

2. Zeitschriften, Zeitungen und ähnliches.

Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik. Tübingen.
Die Bank (Herausgeber Lansburgh) Berlin.
Bankarchiv (Herausgeber Rießer) Berlin.
Berichte über Handel und Industrie. Berlin.
Der Deutsche Ökonomist. Berlin.
Deutsches Handelsarchiv. Berlin.
Schmollers Jahrbuch. Leipzig.
Conrad's Jahrbücher, Volkswirtschaftliche Chronik 1909—1912.
Plutus. Berlin.
Preußische Jahrbücher. Berlin. (Politischer Anhang.)
Zeitschrift für gesamte Staatswissenschaft. Tübingen.
Weltwirtschaftliches Archiv. Jena. 1913.
Wiener Handelsmuseum. Wien.
Grenzboten. Berlin.
Neue Zeit. Berlin.

Das neue Deutschland. Berlin.
Zeitschrift für Politik. Berlin.
Zeitschrift für Weltverkehr und Weltwirtschaft. Berlin
Export. Berlin.
Asien. Berlin.
Ostasiatischer Lloyd.
Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Leipzig.
Mitteilungen des Handelsvertragsvereins. Berlin.
Zeitung des Vereines deutscher Eisenbahnverwaltungen. Berlin.
Jahresberichte deutscher Großbanken. Berlin.
Kreuzzeitung. Berlin.
Deutsche Tageszeitung. Berlin.
Handelsteil der Frankfurter Zeitung. Frankfurt a. M.
Tägliche Rundschau. Berlin.

The Economist. London.
Reuters Finanzchronik. London.
The Statist. London.
Journal of the Royal Statistical Society. London.
Economic Journal. London.
Review of Reviews. London.
Fortnightly Review. London.
Times. London
Daily Telegraph. London.
Contemporary Review. London.

L'Economiste Européen. Paris.
L'Economiste Français. Paris.
Le marché financier (Raffalovich). Paris.
Revue économique internationale. Paris.
Revue des deux mondes. Paris.
Nouvelle Revue. Paris.
Revue de Paris. Paris.
Le Temps. Paris.
Le Matin. Paris.
Journal des Débats. Paris.

Daily Consular and Trade Reports. Washington.
Berichte des Washingtoner Handelsamts.

Verschiedene französische und englische Blau-, Weiß- und Gelb-Bücher.

Die nach Ende Juli 1913 erschienene Literatur ist nicht mehr berücksichtigt.

Zur Entwickelung der Weltwirtschaft und Weltpolitik [1]).

Die Begriffe Weltmächte und Weltpolitik sind nichts vollständig neues; jede Zeit hat sie mehr oder weniger gekannt, hat einen Begriff der „Welt" gehabt, in dem sie sich erschöpfte. Es sind Staatenbildungen, die den gesamten bekannten und zivilisierten Erdkreis erfüllen; stets aber ist „die Welt" für das entsprechende Zeitalter durch dessen Kultur und Verkehrshorizont begrenzt. Wenn also heute soviel von Weltmächten, Weltpolitik und Weltwirtschaft die Rede ist, so existieren doch charakteristische Unterschiede gegen frühere Zeiten.

Zunächst ein sehr in die Augen springender: die Beherrschung des nun wirklich gesamten Erdkreises, wie es wissenschaftlicher Forschung, praktischer wie theoretischer, wie es kriegerischen und wirtschaftlichen Unternehmungen verdankt wurde. Und ferner: eine Ausgestaltung der Verkehrsmittel, welche die Entfernungen, einst riesengroß, zusammenschrumpfen ließ, dem Menschengeschlechte die Welt verkleinerte. So schufen die Verkehrsgelegenheiten erst die Mittel, die neu entstandenen Machtgebiete tatsächlich zu beherrschen.

Ein inneres Entwickelungsmoment ist aber bezeichnenderweise doch das wichtigere. Die Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens der Unternehmungen, Erzeugung von Menschen und

1) Literatur zu diesem Abschnitt: D. Schäfer, Weltgeschichte der Neuzeit, II, S. 286—383, Dehn, Weltpolitische Neubildungen; Lamprecht, Zur jüngsten dtschn. Vergangenheit, II, S. 592—635 u. 671—740; Rohrbach, Dtschld. unter den Weltvölkern, Hintze, historische und politische Aufsätze, IV, „Imperialismus und Weltpolitik", S. 144—159; Rathgen, Die Japaner in der Weltwirtschaft.

Kapital in ganz neuem Ausmaß, deren Übertragung ins Ausland, das sind charakteristische Merkmale der neuesten Zeit. Wirtschaftlicher Art in erster Linie sind die Triebkräfte der neuen „Weltpolitik". Die quantitative Produktion hinaus über das nächste Bedürfnis der Konsumenten macht den Erwerb neuer Absatzgebiete nötig. Auf die wirtschaftliche Expansion folgt zu deren Stützung und Vergrößerung die politische Expansion, die Machtpolitik: die wirtschaftliche Vormundschaft soll in eine politische verwandelt werden. Und wie die Aktionen, so sind auch die Mittel moderner Politik andere geworden: nicht nur Armeen und Geschwader sind heute mehr ihre alleinigen Faktoren, wirtschaftliche Kräfte in erster Linie sind es, die Träger wurden moderner Expansion, und unter ihnen wieder zwei vor allem, die Industrie und die Banken. Die enge Verbindung zwischen beiden aber läßt uns erklärlich erscheinen, daß die beiden Träger desselben Gedankens in dieser Beziehung wurden.

Nach allem Gesagten erscheint es natürlich, daß England der erste Staat war, der in diesem Sinne Weltpolitik trieb; nächst ihm Frankreich und Rußland, letzteres freilich in anderer, wenn man so sagen darf, rein quantitativer Art. Es war die Lage bis in die 80er Jahre des 19. Jahrhunderts. Da traten — sehen wir von den afrikanischen Kolonialerwerbungen Deutschlands in den 80er Jahren ab — in der Mitte seines letzten Jahrzehnts, beinahe zu gleichem Zeitpunkt, drei Mächte auf dem weltpolitischen Schauplatz neu auf: das Deutsche Reich, die Vereinigten Staaten und Japan. Alle drei hatten in den letzten Jahrzehnten gewaltige Entwickelungen ihres Wirtschaftslebens erlebt, bei allen dreien läßt sich eine gewisse Gesetzmäßigkeit der Entwickelung, eine Reihe typischer Ursachen und Erscheinungen nachweisen, und das Problem wird so wissenschaftlich interessant: bei allen dreien gewaltige wirtschaftliche Entwickelung zunächst, dann Expansionspolitik, dadurch bedingte Verstärkung der Machtmittel des Staates, Heer und Flotte, und dadurch wiederum Rückwirkung auf die innere Politik, die Finanzwirtschaft vor allem. Und bei allen dreien gleichzeitig ein stärkeres Hervortreten, eine wachsende

Bedeutung der Regierungsgewalten. Und so zeigt sich, und das interessiert uns hier vor allem, das Entsprechende auch auf wirtschaftlichem Gebiet: ein Mächtigerwerden staatlicher Einwirkung auf das Gebiet des Wirtschaftslebens: tätige Unterstützung deutscher Industrien im Ausland, Schiffahrtssubventionen, Ausfuhrprämien, Schaffung ausländischer Post, pekuniäre Unterstützung an Kabel- und Funkgesellschaften, energische Erschließung der Kolonien usw.

So zeigt die moderne, sogenannte imperialistische Bewegung der Gegenwart gewisse Ähnlichkeiten mit der merkantilistischen Bewegung des 17. und 18. Jahrhunderts. Auch in der Handelspolitik ist, mit Ausnahme Englands, ein Übergang vom Freihandel zur Schutzzollpolitik und zu einem System nationaler Wirtschaftspolitik überhaupt eingetreten. Gleichzeitig erscheint die imperialistische Bewegung als die Einleitung zu einer neuen Epoche eines nun wirklich „weltpolitischen Gleichgewichts". „An die Stelle des alten europäischen Staatensystems will ein neues Weltstaatensystem treten; auf dieser neuen breiteren Basis beginnen die Mächte sich zu gruppieren und ihre Interessensphären unter einander abzugrenzen. Das Charakteristische dieses Vorganges liegt, wie im 17. und 18. Jahrhundert, in dem doppelten Bestreben der Konzentration und der Expansion, und zwar auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete" [1]).

So ist es nicht erstaunlich, daß das Problem der „Weltwirtschaft" die nationalökonomische Wissenschaft in der Gegenwart viel beschäftigt. Was ist unter „Weltwirtschaft" nun zu verstehen? Nicht etwa ein organisches Ganzes, wie die Volkswirtschaft es darstellt, fest charakterisiert durch das politische Gebilde des Staates. Solange es keinen „Weltstaat" gibt, ist von Weltwirtschaft in diesem Sinne nicht zu sprechen. Wir können heute nur darunter verstehen die „gesamte wirtschaftliche Tätigkeit der Völker außerhalb ihrer Staatsgrenzen" [2]). Diese wirtschaftliche Tätigkeit aber besteht aus Handel und Verkehr, Kapitalien- und Menschenübertragung. Von der Kapitalienübertragung soll im folgenden die Rede sein.

1) Hintze, a. a. O. S. 158.
2) So definiert Zoepfl.

Zur Geschichte der auswärtigen Kapitalanlagen [1]).

Voraussetzung für jeden Kapitalexport ist, daß das Kapital innerhalb eines geschlossenen Wirtschaftsgebietes für die Volkswirtschaft ein Gegenstand des Verkehrs geworden ist. Ist dies der Fall, so wird es unter gewissen Voraussetzungen bald die Neigung zeigen, die Grenzen dieses Verkehrsgebietes im Tausch- und Kreditverkehr zu überschreiten. Die Voraussetzungen für einen solchen Kapitalverkehr im größeren Maße über die Gebietsgrenzen hinaus decken sich oder sind zum Teil analog den Voraussetzungen für den Kapitalverkehr innerhalb derselben Gebietswirtschaft.

Es muß eine Rechtsordnung vorhanden sein, die den Begriff des Kapitals kennt und festgelegt hat (wir sehen an dieser Stelle wieder einmal, wie eng praktische Jurisprudenz und Nationalökonomie aufeinander angewiesen sind); vorhanden sein muß ferner eine fortgeschrittenere kapitalistische Wirtschaftsweise, in erster Linie in dem kapitalexportierenden Lande, in gewissem Maße zum mindesten aber auch in dem kapitalempfangenden Lande; und ferner: ein hinreichender Grad der Rechts- und Verkehrssicherheit, namentlich in den empfangenden Gebieten, eine entwickelte Verkehrstechnik, ein Markt mit seinen Organen, der zeitlich und örtlich Kapital-Angebot und -nachfrage konzentriert und so überhaupt erst ermöglicht.

Mit der Ausbildung der Kreditwirtschaft und der Entstehung immer zahlreicherer hochentwickelter, differenzierter Volkswirtschaften bildet sich auch der Kapitalexport aus.

1) Literatur: Brockhage, Zur Entwicklung des preuß.-deutschen Kapitalexports, S. 1—22; Harms, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft S. 219—250; Sartorius v. Waltershausen, Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande.

Die wirtschaftlichen Differenzierungen der einzelnen Gebietswirtschaften, das Verhältnis der verfügbaren Kapitalvorräte in dem einen Lande zu dem Kapitalbedarf und der Kapitalverwendungsfähigkeit in dem andern Lande: dies ist entscheidend für Kapitalübertragungen von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft, für das Maß der Verschuldung der Volkswirtschaften untereinander. Dabei zeigt sich die Tendenz, das Kreditverhältnis zu einem immer langfristigeren zu gestalten; ja schließlich zu einem ewigen. Die moderne kapitalistische Verkehrswirtschaft bedurfte in immer steigendem Maße des Kapitals, und zwar vor allem des stehenden für industrielle, kommerzielle und Verkehrsunternehmungen; die Kapitalnachfrage der fisci wuchs ständig: so mußten immer weitere Kreise zur Befriedigung dieser Nachfrage herangezogen werden. Andererseits kam aber auch eine immer größere Anzahl von Personen in den Besitz von großen, für Kreditzwecke verfügbaren Kapitalien.

Ein wichtiges Moment für die Entwickelung des Kapitalienverkehrs ist die Ausbildung des fungiblen Wertpapiers. Es ist für die Entwickelung des modernen Verkehrs in langfristigen Kreditkapitalien von ausschlaggebender Bedeutung. Der internationale Kapitalverkehr wurde in seinem größten Teile nun zu einem solchen in Wertpapieren. In der deutschen Wirtschaftsgeschichte waren es die Fugger, Kaiser Karls V. Hauptfinanzquelle, die Welser und ihre Zeitgenossen, war es die deutsche Hansa in ihrer Blütezeit, die Kapitalexport trieben — sie blieben mit ihrem Unternehmungsgeist für lange ein rühmliches Beispiel deutscher Tatkraft in dieser Zeit tatenarmer Geschichte. Und neben den deutschen waren es die oberitalienischen Städte, die ja die Heimat des Bankwesens auch sind, die in ihrer wirtschaftlichen Blütezeit den Kapitalverkehr mit dem Auslande pflegten.

Mit dem Beginne moderner Kolonialpolitik, die seit den Zeiten der Entdeckung Amerikas sich herausbildete, beginnt dann im größeren Maße der Kapitalzufluß nach fremden Gebieten. Die Behauptung R o s c h e r s zwar, daß Kapitalüberfüllung eine der vier Hauptursachen für Kolonisation sei, ist abzulehnen (er führt

die Kolonialpolitik auf die vier Hauptgebiete des menschlichen Lebens zurück: Familie, Eigentum, Staat und Kirche, und darnach ergeben sich ihm als Ursachen der Kolonisation: Übervölkerung, Kapitalüberfüllung, politische Unzufriedenheit und religiöse Begeisterung). Die Überfüllung mit Kapital ist zwar sicher ein Motiv für weltwirtschaftliche Expansion überhaupt [1]), aber von England abgesehen haben die meisten Mächte (so Frankreich, Deutschland, Belgien) verhältnismäßig wenig ihres Kapitalexportes in den Kolonien angelegt.

Gerade in früheren Zeiten war vielmehr bei Kolonialerwerbungen das angestrebte Ziel, möglichst viel Geld aus dem Lande herauszuholen, was häufig genug zu direktem Raubbau führte. Die Geschichte des Kapitalverkehrs mit den Kolonien schildern hieße nichts anderes als einen großen Teil der Kolonialgeschichte überhaupt schreiben. Spanien und Portugal, Frankreich, Holland und England gewannen gewaltige Reichtümer aus ihren Kolonien. Das Holland des 18. Jahrhunderts entwickelte sich zum Rentnerstaate durch seine Kapitalien, die, im Inlande keine gewerbliche Betätigung mehr findend, an ausländische Fürsten und Staaten verliehen wurden und hohe Erträge abwarfen. Bei dem Handels- und Kapitalverkehr mit den Kolonien handelt es sich in damaliger Zeit fast ausschließlich um die Gewinnung von Kolonialwaren und edlen Metallen und Erzen; von einem Erschließen der Kolonie im heutigen Sinne war die damalige Kolonialpolitik weit entfernt. Bei der Gründung von Faktoreien und Plantagen war das einzige Ziel, möglichst hohe Gewinne in möglichst kurzer Zeit zu machen. Die Folgen eines derartigen Raubbaues für die fernere Zukunft machte man sich nicht klar, man stellte auch der Kolonie nicht etwa Kapitalien zur freien Verfügung, sondern das Kapital trat mit Hilfe einer im Mutterlande gegründeten Gesellschaft, einer Handelskompagnie (man denke an die Ostindische Kompagnie!) werbend auf; so arbeitete

1) Handwörterbuch der Staatswissenschaften, V. Bd., J o e p f l, Kolonien und Kolonialpolitik, S. 938.

das inländische Kapital unter der Leitung des Inlandes in den Kolonien.

Eine neue und für unsere Betrachtung wirklich bedeutungsvolle Epoche des internationalen Kapitalienverkehrs tritt aber doch erst mit dem 19. Jahrhundert ein. Die Vereinigten Staaten begannen allmählich, seitdem sie unabhängig geworden waren, eine eigene Volkswirtschaft aufzubauen. Die Ausbildung eines selbständigen Staatswesens erfordert hohe Kapitalien, die zumeist von England in das nun selbständige Land fließen [1]). In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist England nahezu konkurrenzlos Gläubigerland, indessen das übrige Europa sich von dem Ringen gegen Napoleon erholte. Außer an die U.S.A. verleiht England zumeist an Frankreich und Rußland, auch an Deutschland, und 1825 sollen schon ca. 2 Milliarden Mark fremde Wertpapiere in englischem Besitz gewesen sein. Seit Mitte der 40er Jahre kauft dann auch Frankreich ausländische Werte. Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts aber brachte erst recht eigentlich die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen, die technischen, politischen und völkerrechtlichen Möglichkeiten und Voraussetzungen für ein unerhörtes Anwachsen der Kapitalbewegungen von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft. Der Bau der neuen Verkehrs- und Nachrichtenmittel verschlingt gewaltige Summen. So beanspruchte der Bau der Telegraphenlinien 7 Milliarden Mark, der Eisenbahnbau der Welt 140 Milliarden Mark [2]).

Analog der Entwicklung der Union war diese der anderen Länder des amerikanischen Kontinents, die von europäischen Kolonien zu selbständigen Staaten wurden, Kanadas vor allem,

1) In der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts ist in Deutschland Frankfurt a. M. (sein größtes Bankhaus die Bethmann) Geldgeber für Staaten und Fürsten, so für Österreich, Dänemark und auch Preußen; daneben auch noch Augsburg und Leipzig. Die größte Rolle für internationale Finanzgeschäfte spielte aber damals Amsterdam. Brockhage a. a. O. S. 11—15.

2) Lamprecht, Zur jüngsten deutschen Vergangenheit, II, Bd. 2 S. 557.

dann auch des australischen Erdteils, nachdem beiden die Selbstverwaltung gewährt worden war. So entwickeln sich die wirtschaftlichen Neuländer aller Erdteile im 19. Jahrhundert immer mehr zu eigenen Volkswirtschaften, die gewaltige Kapitalien anziehen und auffaugen in einem Maße, dem quantitativ wie qualitativ nichts gleichartiges in früheren Zeiten an die Seite zu stellen ist.

In Europa ist zwar schon im 18. Jahrhundert das internationale Anleihewesen in größerem Maße bekannt. Große Kapitalverschiebungen zwischen den einzelnen Ländern finden wir aber doch erst mit den gewaltigen Umgestaltungen des wirtschaftlichen Lebens, wie sie das 19. Jahrhundert mit sich brachte. Neben der Entstehung des modernen Verkehrswesens zu Lande und zu Wasser ist es die Entwicklung von Handel, Industrie und Bergbau, sind es die rapid wachsenden öffentlichen Bedürfnisse der Staaten, hervorgerufen durch die gewaltig zunehmenden militärischen Rüstungen zu Wasser und zu Lande, die Erweiterung der Staatsaufgaben, die neben dem Macht- und Rechtszweck immer mehr auch den Kultur- und Wohlfahrtszweck betont, sind es die Bedürfnisse der Kommunen, die, zusammen mit der Zunahme der Bevölkerung, eine immense Steigerung der Kapitalnachfrage und des Kapitalverkehrs hervorrufen.

Und auch die Organisationen, die diesem internationalen Kapitalienverkehr dienen, bilden sich erst jetzt: Die Banken, deren moderner Typ im Crédit mobilier und in der belgischen Société Générale zuerst geschaffen, sich immer mehr zu Instituten entwickeln, die mit ihren Geld- und Kreditgeschäften über die ganze Erde sich ausdehnen: London, Paris, Brüssel und Amsterdam werden zu Weltbörsenplätzen. Die moderne Kreditwirtschaft entsteht.

Von den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts an wachsen die Kapitalübertragungen in das Ausland von neuem und im starken Maße. Frankreich gründet sein Kolonialreich, und auch Deutschland tritt seit den 80er Jahren in die Reihe der Kolonialmächte ein; die Ausbildung der modernen Schutzzollpolitik bringt die

nationalen Produktivkräfte zur höchsten Entfaltung und schafft damit neue gewaltige Kapitalansammlungen. Andererseits führt sie, zusammen mit dem Steigen der Löhne und der Steuerlasten, der Ausbildung der kostenauferlegenden Sozialpolitik und dem Steigen der Bodenwerte in Europa, zur Gründung von Filialen und Tochtergesellschaften im Auslande und so zu direkter Kapitalübertragung.

Gewaltige wirtschaftliche Unternehmungen, riesige Erwerbsgesellschaften entstehen im Wirtschaftsleben der Erde; und wie sie in ihrer Verwaltung einerseits die Tendenz zeigen, sich scharf zu konzentrieren, so haben sie andererseits die Neigung, über die ganze Erde hin ihre Fäden auszustrecken, und auch hier sehen wir wieder die charakteristischen Merkmale der neuen Zeit, Konzentration und Expansion zugleich, im wirtschaftlichen wie im politischen Leben.

Weltunternehmungen wie die British-American Tobacco Company, der Internationale Bananen-Trust, der Internationale Fleisch-Trust, der Internationale Kaffee-Trust, der englisch-amerikanische Nähgarn-Trust, die Standard Oil-Company und mehrere hundert ähnliche, mit gewaltigem Kapital geleitet und organisiert, beherrschen monopolartig oder kontrollieren zum mindesten wichtige Spezialartikel des Weltmarktes.

Auch die Ausgestaltung des Patentrechtes in fast allen zivilisierten Staaten hat den Kapitalienverkehr stark angeregt; erscheint doch bei dem heutigen Stand des Handels und Verkehrs ein Patent nur gesichert, wenn es in allen irgendwie in Betracht kommenden Ländern des Erdballes eingetragen ist.

Wie hat sich ferner in den letzten Jahrzehnten, fast von Jahr zu Jahr erkennbar, der internationale Reiseverkehr entwickelt! Dieselben deutschen Gesellschaftsschichten, die noch vor zehn, ja fünf Jahren Reisen an den Rhein oder in die deutschen Mittelgebirge unternahmen, wählen heute zu ihren Reisezielen etwa die Riviera und Rom. Immer weiter haben sich die Reiseziele verschoben.

Erst waren es die deutschen Alpen, die aufgesucht wurden, dann die Schweiz, Oberitalien, die Riviera, dann Rom, Mittel- und Süditalien, bis der Strom der Winterreisenden immer weiter nach Süden vordrang: nach Algier, Tunis, bis hinein in die Sahara zur Oase Biskra, nach dem Orient, Indien und Ceylon, Palästina und Ägypten, den Nil hinauf bis Assuan, so daß die Zeit, da beispielsweise Deutsch-Ostafrika ein Winterreiseziel sein wird, sicher nicht mehr allzufern ist.

Und Vergnügungsreisen nach Indien und China, Mittel- und Südamerika und Reisen um die ganze Erde sind heute kaum mehr etwas Außergewöhnliches [1]).

Wie sehr hat diese Wanderlust der Menschen auch die Kapitalwanderungen verstärkt und moderne Unternehmungen wie Palasthotels, neue Dampferlinien, Bahnen usw. geschaffen, zum großen Teil in wirtschaftlichen Neuländern, also mit ausländischem Kapital.

Wissenschaftliche, künstlerische und kriegerische Unternehmungen der neuesten Zeit haben den internationalen Kapitalienverkehr gesteigert. Man denke etwa an Forschungsreisen, an Weltausstellungen von gewaltigem Umfang, Kongresse, Theatergastspielreisen (Reinhardt in London!) oder aber an die Chinaexpedition des Jahres 1900, an die Fahrt des Rojestwenskischen Geschwaders um Afrika herum nach Ostasien, auch an die neueste Entwicklung des Verkehrswesens: Luftschiffahrt, Aeronautik, Kabelwesen, Funkentelegraphie! —

So sind gegen die Kapitalwanderungen früherer Zeiten scharfe Unterschiede festzustellen: einmal handelt es sich jetzt um Summen, gegenüber denen alle Kapitalübertragungen früherer Zeiten, ja noch der 70er und 80er Jahre des 19. Jahrhunderts, mäßig erscheinen müssen. Und weiter: erst jetzt hat der Strom des Kapitals auch in die fernsten und unkultiviertesten Länder sich zu ergießen begonnen, erst in neuerer Zeit endlich haben sich ganz

1) So ausgeführt bei Zoepfl in seinem Kolleg „Weltwirtschaftslehre und Weltwirtschaftspolitik". Ähnlich auch Harms, „Volkswirtschaft und Weltwirtschaft" S. 221—223.

deutlich erkennbar kapitalgebende und kapitalempfangende Länder, Gläubiger- und Schuldnerstaaten herausgebildet.

Zur Geschichte der wissenschaftlichen Behandlung des Problems [1]).

Es ist naturgemäß, daß ein so außerordentlich wichtiges Problem wie das der Kapitalanlage im Auslande im Laufe der Zeit eine ausgedehnte wissenschaftliche Literatur hervorgerufen hat.

In Deutschland hat im Jahre 1875 Soetbeer wohl als erster eine umfassendere Arbeit über das Thema geliefert [2]). In ihr wird, soweit ich es übersehen kann, auch zum ersten Mal der Ausdruck „Zahlungsbilanz" im Gegensatz zum Begriff der „Handelsbilanz" gebraucht. Verschiedene andere Untersuchungen sind Ende der 70er Jahre zu verzeichnen, z. T. dabei häufig auch die Währungspolitik und Handelsbilanz Deutschlands behandelnd [3]).

Mit dem gewaltig wachsenden Anleihebedürfnis Rußlands etwa seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts und der politischen Bedeutung der Rußland gewährten Kredite, die immer offensichtlicher zu Tage trat, mit dem auch in wissenschaftlichen Kreisen zunehmenden Interesse an Deutschlands Hineinverflechtung in die Weltwirtschaft und Weltpolitik, mit der wachsenden Bedeutung auch des Berliner Geldmarktes für internationale Finanzgeschäfte wuchs sodann ständig und stark das Interesse für das Problem der Kapitalanlage im Auslande und insbesondere der deutschen. Die Börsen-Enquête des Jahres 1892 regte das Interesse dafür auch in politischen Kreisen lebhafter an; einige Jahre später waren es dann vor allem die beiden Denkschriften des Reichsmarineamts [4]), die neues und wertvolles Material

1) Keine Literatur für diesen Abschnitt benutzt.

2) Soetbeer, „Bemerkungen über die Handelsbilanz Deutschlands" in Hirths Annalen, Jahrgang 1875.

3) So z. B. Arendt, Die internationale Zahlungsbilanz Deutschlands. Berlin 1878.

4) Die Seeinteressen des deutschen Reichs. Berlin 1898, und Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt. Berlin 1905.

brachten. Das Reichsmarineamt hat hier, wie später sehr häufig, in systematischer, aber in sich selbst vorsichtig zurückhaltender Weise durch seine rührige Tätigkeit in großen Teilen des deutschen Volks das Interesse für Deutschlands immer zunehmende weltwirtschaftliche Interessen geweckt und gefördert.

Der Streit um das Agrar- und Industriestaatsproblem gab sodann um die Jahrhundertwende Gelehrten wie Wagner und Pohle einerseits, Dietzel und Brentano andrerseits Gelegenheit, sich eingehend über die Frage der Kapitalanlage im Auslande zu äußern.

Vor allem die leitenden Bankkreise aber waren es, und unter ihnen die wissenschaftlich Gebildeten (wie Rießer [1]) und Helfferich) [2]), die sich dem Problem immer mehr zuwandten, an dem sie naturgemäß das größte Interesse haben mußten.

Ein größeres Werk widmete dem Thema im Jahre 1907 Professor Sartorius von Waltershausen. Sein groß angelegtes Buch „Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande" zeigte, daß es sich um ein Problem handelt, so wichtig und umfassend, daß es die Kräfte eines einzelnen Wissenschaftlers übersteigt, es vollständig zu erschöpfen. Sartorius führt aus, daß das Problem sich in unendlich viele Einzelprobleme auflösen läßt, daß nahezu jede Frage theoretischer wie praktischer Nationalökonomie irgendwie mit hineinspielt: das Agrar- und Industrie-Staats-Problem, Produktionsfragen, Fragen der Sozialpolitik, der Agrar-, Gewerbe- und Handelspolitik, der Währungs-, Bank- und Börsenpolitik, der Bevölkerungspolitik, der Auswanderungs-, Verkehrs- und Kolonialpolitik, vor allem aber auch der auswärtigen Politik.

Gleichzeitig beweist sein Buch und die Beurteilung, die es fand, daß das Problem von unendlich vielen Standpunkten aus betrachtet werden kann: vom Standpunkt der Nationalpolitik aus, wie Sartorius es behandelt hat; vom Standpunkt des

1) Rießer, „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration"

2) Zahlreiche Schriften und Aufsätze; so beispielsweise „Das Geld im russisch-japanischen Kriege", „Geld und Banken" usw.

autarkisch sich wirtschaftlich selbst genügenden Staates; vom Standpunkt des Weltwirtschaftlers, der eine möglichst starke wirtschaftliche Expansion des Heimatsstaates wünscht; vom Standpunkt des Großkapitals und des Kleinkapitals; vom Standpunkt des Privatwirtschaftlers im Gegensatz zu dem des Volkswirtschaftlers; des Fiskus und des Sparers; des auswärtigen Politikers einerseits und des Volkswirtschaftlers andererseits.

Immer wird je nach dem Standpunkt des das Thema Behandelnden die Betrachtung verschieden ausfallen; verschieden nicht nur aus Gründen wirtschaftspolitischer Überzeugungen, sondern auch aus Gründen persönlicher Lebens- und Weltanschauungen.

So viel aber hat die wissenschaftliche Behandlung des Themas heute schon ergeben: man hat erkannt, daß ein allgemein für alle Länder gültiges entscheidendes Urteil, ob ausländische Kapitalanlagen ein Vorzug oder ein Nachteil sind, nicht gefällt werden kann, daß man vielmehr die wirtschaftliche und politische, die soziale und kulturelle Position jedes Landes einzeln betrachten und auch die Kapitalanlagen eines solchen einzelnen Staates wiederum differenzieren muß nach seinen Anlagen in einzelnen Ländern oder sogar Landstrichen. Nur wenn die Wissenschaft über eine große Anzahl solcher sorgfältiger Einzeluntersuchungen verfügt, was bis jetzt leider noch in keiner Weise der Fall ist, wird es vielleicht möglich sein, für ein Gläubigerland das Urteil zu fällen, ob seine ausländischen Kapitalanlagen ihm genützt oder geschadet haben. Der wissenschaftlichen Arbeit harrt also hier ein großes und interessantes Feld. —

Ehe wir uns der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Kapitalanlagen im Ausland zuwenden, müssen wir zunächst über die Arten und das Wesen der ausländischen Kapitalanlagen uns klar werden. Voraussetzung für diese Betrachtung ist notwendigerweise die Tatsache des Bestehens einzelner nationaler Volkswirtschaften, wodurch erst die Vergleichung der Bilanzen, d. h. der Aktiv- und Passivsaldi der einzelnen Volkswirtschaften möglich wird. Es ist also eine scharfe Abgrenzung der nationalen

wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der Staaten in der Weltwirtschaft nötig. Da nun aber die Weltwirtschaft, und namentlich wiederum der Kapitalienverkehr in der Weltwirtschaft, eine außerordentlich enge Verpflichtung der einzelnen Staaten, häufig mit kosmopolitischen Tendenzen, bedeutet, ergeben sich in dieser statistischen Aufrechnung der Interessen der einzelnen Staaten gegeneinander große Schwierigkeiten. Vom nationalen Standpunkt aus aber muß jede Betrachtung volkswirtschaftlicher Beziehungen ausgehen, wenn anders sie sich nicht in einen vagen Kosmopolitismus, der an die Möglichkeit eines einzigen Weltstaates glaubt, verflüchtigen will. —

Arten der Kapitalanlagen im Auslande.

Bei der Betrachtung der Kapitalanlagen außerhalb der Staatsgrenzen unterscheiden wir mit Sartorius[1]) einmal: denjenigen Kapitalexport in das Ausland, der keine internationalen Verpflichtungen nach sich zieht. Sartorius unterscheidet hierfür:

1. Waren, Gebrauchsgegenstände, Münzen, welche Auswanderer, Wanderarbeiter, Geschäfts- und Vergnügungsreisende mit ins Ausland nehmen und dort konsumieren oder produktiv verwenden,

2. Wertübertragungen infolge von politischen Vorgängen; beispielsweise also die Gelder, die eine Invasionsarmee mit sich nimmt; Pferde, Kriegsmaterial, Lebensmittel, die eine Armee in Feindesland zurücklassen muß, oder aber als Beute mitnimmt; in Kriegszeiten als Beute mitgenommene Kunstschätze, etwa die von Napoleon I. geraubten Schätze. Unter dieser Ziffer sind weiter zu nennen Subsidien, die ein Land an das andere zahlt, ohne daß sich damit ein Zinsgenuß für das gebende Land oder das Versprechen späterer Rückzahlung verbindet, und sofort und in ihrem vollen Umfang gezahlte Kriegsentschädigungen.

Von dieser Art der rein persönlichen Kapitalübertragung, die keinerlei internationale Verpflichtungen und Forderungen

1) Sartorius a. a. O. S. 71 ff.

hervorruft, unterscheidet Sartorius Kapitalübertragungen, „aus denen sich bestimmte Verkehrshandlungen ergeben, z. B. Zinszahlungen oder Edelmetallsendungen".

Die gegenseitige Aufrechnung dieser Forderungen der einzelnen Staaten in ihrer Gesamtheit nennt Sartorius die internationale Forderungs- oder Verpflichtungsbilanz. Er lehnt den sonst dafür gebräuchlichen Namen Zahlungsbilanz ab, weil aus den internationalen Forderungen sich ja nicht immer ohne weiteres bestimmte Zahlungen ergeben müssen. In dem Kontokorrent zweier Völker unterscheidet Sartorius folgende Forderungen:

1. Forderungen für gelieferte Sachgüter aller Art, besonders für Waren, d. h. für zum Zweck des Verkaufs hergestellte Gegenstände. Die gegenseitige Aufrechnung dieser Forderungen heißt Handelsbilanz.

2. Forderungen für verkaufte Effekten. Die Aufrechnung dieser Forderungen kann man etwa mit Effektenbilanz bezeichnen; darin sind auch etwaige Kursgewinne enthalten, auch solche, die aus Arbitragegeschäften hervorgehen.

3. Forderungen für fällige Kapitalien, wie Depositen, gekündigte Hypotheken, getilgte Staatsschulden, ausgeloste Obligationen, Erbschaften, Mitgifte, Legate, Schenkungen, verkaufte Immobilien, Versicherungssummen, Lotteriegewinne, Totalisator-Umsätze, Staats- und Kommunalanleihen, Einzahlungen von Aktiengesellschaften, Kriegsentschädigungen (man denke an die französische Kriegsentschädigung 1871!), Subsidien, Sühnegelder.

4. Auf Dauer begründete kapitalistische Forderungen: fällige Zinsen, Dividenden, Pacht- und Mieterträge, Renten, Geschäftsgewinne aus den im Auslande betriebenen Unternehmungen, Beteiligungen, Konsortien, Vergütungen für überlassene Patente, Gewerbegeheimnisse, fällige Prämien an Versicherungsgesellschaften.

5. Forderungen für gewährte Leistungen und Nutzungen; vor allem Frachtforderungen für den Personen- und Güterverkehr, den Zwischenhandel und das Transitgeschäft; die gegenseitige Aufrechnung dieser Forderungen kann man Transportbilanz nennen.

Weitere Ansprüche für gewährte Leistungen sind: Provisionsgebühren für geleistete Vermittlerdienste, besonders im Bankgeschäft; ferner Pensionen, Löhne, Gehälter, Honorare, die von einem Lande an das andere gezahlt werden. —

Ferner müssen wir uns die Frage vorlegen, welcher Art ist das Kapital, das in das Ausland übertragen wird?[1]) Ist es Produktivkapital, sind es also Produktivgüter, produzierte Produktionsmittel oder sind es Konsumgüter, oder auch Geld: Gold, Silber oder Papier? Die Antwort muß lauten: alles drei ist möglich. Als die Anlage von Kapital in der Gestalt produzierter Produktionsmittel wird man bezeichnen, wenn beispielsweise England nach Japan Gegenstände zum Eisenbahnbau und Eisenbahnbetrieb wie Schienen, Wagen und Lokomotiven ausführt und Japan dafür an England zunächst nichts zahlt, sich aber zur Zinsenzahlung und späteren Rückzahlung der Schuld verpflichtet. Andererseits kann die Kapitalanlage im Auslande auch in der Form der Ausfuhr von Konsumtivgütern, z. B. Lebensmitteln erfolgen. Nicht jede Ausfuhr ist natürlich Kapitalanlage. Wenn das Kapital oder die Kapitalgüter gekauft werden, so hört natürlich mit der Besitzveränderung jede Beziehung zu dem Exportland auf, und man kann dies nicht als Kapitalanlage bezeichnen. Das Charakteristikum der Kapitalanlage ist vielmehr, daß die Lieferung nicht sogleich bezahlt wird, daß aber Zinszahlungen in den kommenden Jahren erfolgen.

Für die Kapitalanlage kommt natürlich auch die Übertragung von Geld, insbesondere von Edelmetall, in Betracht. Jedoch ist im ganzen genommen die Ausfuhr von Edelmetall von nur geringer Bedeutung bei der Ausbildung der Kreditwirtschaft in allen höher entwickelten Ländern. Namentlich bei Kapitalanlagen im Auslande von seiten bereits ausgesprochener Gläubigerländer tritt diejenige durch Edelmetallüberweisung mehr in den Hintergrund.

Es ist zweifellos richtig, daß, wie Sartorius[2])

1) Arndt, Wesen und Zweck der Kapitalanlage im Auslande; Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Heft 1, 2 und 3, S. 5ff.

2) a. a. O. S. 15.

ausführt, alles Kapital, welches Inländer im Auslande besitzen, seinem Ursprung nach auf Export beruht, wobei man unter Export auch die internationalen Dienstleistungen der Schiffahrt, Kommission, Versicherung zu rechnen hat. Wenn ein Volk also noch nicht über Kapitalanlage im Auslande verfügt, d. h. keine Ansprüche auf Grund früherer Leistungen an das Ausland hat, so kann es Kapital im Auslande nur anlegen durch Export. Verfügt aber ein Volk über Forderungen an das Ausland auf Grund früherer dem Ausland geleisteter Dienste, sei es nun, daß es dem Ausland schon Kapital geliehen, oder Transport-, Kommissions- oder Versicherungsgeschäfte dem Auslande geleistet hat, so kann Kapital im Ausland angelegt werden einfach dadurch, daß die Einfuhr der von dem Auslande geschuldeten Beträge unterbleibt. Es findet also kein eigentlicher Export von Kapitalien aus einem Lande (sagen wir Deutschland) statt, sondern die Beträge bleiben im Auslande für Rechnung des Inlandes stehen; es ist also nicht nötig, die Beträge erst ein- und dann wieder auszuführen. Arndt schlägt vor [1]), diese beiden verschiedenen Arten von Kapitalien im Auslande auch mit verschiedenen Namen zu belegen, die eine, die durch Ausfuhr hervorgerufene, nennt er die „positive" Kapitalanlage im Auslande; die andere die „negative", die durch Unterbleiben der Einfuhr entsteht, wofür man auch die vielleicht besseren Ausdrücke „primäre" bezw. „sekundäre" anwenden könnte. Wie Arndt [1]) ausführt, ist diese sekundäre Art der Kapitalanlage, die durch einen Verzicht auf die vom Ausland geschuldete Einfuhr entsteht, heute von größerer Bedeutung als die primäre; namentlich für die drei entwickeltsten Gläubigerländer, England, Frankreich und Deutschland. Die Forderungen dieser drei Länder an das Ausland für die Zinsen früher geliehener Kapitalien, für Schiffahrt, Zahlungsvermittelung, Versicherung u. dergl. sind so groß, daß sogar die vom Ausland diesen drei Ländern geschuldeten Beträge bei weitem größer sind als die Einfuhrüberschüsse der drei Gläubigerländer.

1) Arndt a. a. O. S. 7.

Und noch ein anderes ist bemerkenswert. Der Kapitalienverkehr wird sich höchst selten direkt von Land zu Land, sondern meist sehr viel komplizierter unter Hineinbeziehung von ein, zwei, ja noch mehr anderen Ländern gestalten. Mit der Ausbildung der modernen Kreditwirtschaft, insbesondere des Wechsels, ist der Gang des Waren- und Kapitalienverkehrs nicht einfacher, sondern komplizierter geworden. Dafür ein Beispiel: bei der zweiten äußeren Anleihe, die Japan während des russisch-japanischen Krieges aufzunehmen gezwungen war, ergab sich infolge der starken Zahlungen, die Japan an Amerika zu leisten hatte und dieses wiederum für den Bau des Panamakanals an Frankreich, wo in Paris die russischen Anleihen aufgelegt worden waren, als ein Kuriosum, daß, wenn man so will, die russischen Kriegsanleihen mit japanischem Gelde bezahlt wurden [1]).

Nun ist freilich zu sagen, daß im Kapitalienverkehr die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem kapitalgebenden und kapitalempfangenden Land häufig isolierter sind als im Warenverkehr, denn es ist, wie wir später noch genauer sehen werden, außerordentlich häufig, daß das Gläubigerland als Bedingung für die Kapitalhingabe die Forderung aufstellt, daß bestimmte Warenaufträge dafür von Seiten des Schuldnerlandes dem Gläubigerland erteilt werden; aber es gibt hiervon doch Ausnahmen, namentlich wenn das Schuldnerland, wie beispielsweise Rußland, ein politisch starker Staat ist. Im Warenverkehr hingegen ist ein „dreigliedriger" und „viergliedriger" Verkehr wohl fast als Regel zu bezeichnen.

Der Grund für solche Zwischenverbindungen im internationalen Handelsgeschäft ist das Streben nach der billigsten Zahlungsform, welcher die Wechselarbitrage dienstbar gemacht wird.

Die „internationale Arbeitsteilung mit ihrer weitgehenden Spezialisierung" ist nach Arndt [2]) ein weiterer Grund der vielgliedrigen Gestaltung des wirtschaftlichen Verkehrs. Aus dem allen ergibt sich, daß bei Ländern wie England, Deutschland,

1) Helfferich, Das Geld im russisch-japanischen Kriege.
2) a. a. O. S. 12.

Frankreich mit ihrem weltumspannenden Kapitalien- und Handelsverkehr aus der Handels- wie der Edelmetallverkehrsstatistik nicht zu ersehen ist, welche Waren oder Kapitalien zur Anlage im Auslande bestimmt sind.

Zur Statistik der Kapitalanlagen im Auslande [1]).

Die auch nur einigermaßen genaue zahlenmäßige Feststellung der Kapitalanlagen im Auslande ist mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Die Summen der einzelnen Länder sind schwer zu erfassen, und bei Vergleichung der einzelnen Länder untereinander ergeben sich alle die Schwierigkeiten, die für die internationale vergleichende Statistik so bekannt sind. Eine der Hauptschwierigkeiten ist die Feststellung des Begriffes der Staatsangehörigkeit im Ausland. Soll man beispielsweise unter die Deutschen, die im Ausland leben, nur diejenigen rechnen, die die Staatsangehörigkeit noch besitzen, oder auch diejenigen, die zwar die deutsche Staatsangehörigkeit bereits verloren haben, aber nach nationalem Empfinden, nach Sprache und nach ihrer ganzen Kultur durchaus noch als Deutsche zu bezeichnen sind? — Bei Aktienunternehmungen und ähnlichen Unternehmungsformen ist außerdem die Feststellung, zu welchen Teilen deutsches Kapital beteiligt ist, zu welchen fremdes, schwierig. Gerade für die Statistik der deutschen Kapitalanlagen im Auslande ist ferner zu bemerken, daß die privaten Kapitalanlagen verhältnismäßig groß sind, d. h. die Anlagen in Werten, die nicht an der Börse notiert wurden und auch in der Statistik der Kapitalien der Aktiengesellschaften nicht erscheinen. Und welche Differenzen ergeben sich je nachdem, ob wir, beispielsweise bei Aktien, ihren Nominal- oder ihren Kurs-Wert (und wiederum den Kurswert welchen Zeitpunktes) anführen! Bei der Emission ausländischer Anleihen erwirbt das deutsche Publikum ausländische Werte häufig durch die Vermittlung fremder Märkte, um so den Effektenstempel zu umgehen. Diese in deutschem Besitz befindlichen Werte

1) Literaturangaben vor allem bei Rießer, Die Konzentration im deutschen Bankwesen. 1912, S. 80—83, 426—427, 436.

erscheinen dann also nicht in der Statistik. Andererseits kommt auch nicht der volle Betrag der an den deutschen Börsen zugelassenen ausländischen Werte in deutschen Besitz. So ist, wie schon die Abweichungen der einzelnen statistischen Ergebnisse von einander zeigen, große Vorsicht bei der Beurteilung aller Zahlen über auswärtige Kapitalanlagen am Platze.

Wenden wir uns nun zunächst den Kapitalanlagen Englands im Ausland zu, da dieses Land seiner weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Stellung gemäß die höchsten Anlageziffern im Auslande aufweist. Vergleichsweise seien für die einzelnen Nationen zunächst auch immer die Nationalvermögen angegeben. Das Volksvermögen von Großbritannien und Irland wurde im Jahre 1885 durch Sir Rob. Giffen auf rund 204½, im Jahre 1895 durch Mulhall auf rund 236 und für 1902/3 durch C. Money auf rund 228 Milliarden Mark angegeben [1]).

Der bekannte englische Finanzpolitiker Sir Edgar Speyer [2]) schätzte im Jahre 1900 (in einem Vortrag im Institut of Bankers. Some Aspects of National Finance) die Gesamtsumme der englischen Kapitalinvestitionen im Auslande auf 2500 Millionen Pfund = rund 50 Milliarden Mark, und er berechnet hieraus für England einen jährlichen Ertrag von 100 Millionen Pfund = 2,2 Milliarden Mark. Für Ende 1910 berechnete er in einem Vortrag im Liberal Colonial Club jene Gesamtsumme auf 3500 Millionen Pfund oder rund 70 Milliarden Mark [3]). Das stimmt annähernd überein mit den Schätzungen von George Paish für 1907/8, der die englischen Anlagen im Ausland für 1907/8 auf 2700 Millionen Pfund schätzt, also auf rund 54 Milliarden Mark, eine Summe, die zu fast genau gleichen Hälften sich auf die englischen Kolonien und Indien einerseits und

1) Rießer a. a. O. S. 83.

2) Zitiert bei Rießer a. a. O. S. 426.

3) The Statist, 27. V. 1911; The export of capital, its effect and the Welfare of the Empire. (Supplement.)

auf das übrige Ausland andererseits verteilt. Für Ende 1910 schätzt Paish dieselbe Summe auf 3192 Millionen Pfund oder rund 64 Milliarden Mark und das Einkommen aus Englands ausländischen Anlagen für 1911 auf 180 Millionen Pfund = 3,6 Milliarden M. Diese Anlagesumme verteilt sich wie folgt:

34 Milliarden M. = 53 % auf Amerika,
10 Milliarden M. = 16 % auf Asien,
9,1 Milliarden M. = 14 % auf Afrika,
7,74 Milliarden M. = 12 % auf Australien,
und nur 3 Milliarden M. = 5 % auf Europa.

Für die einzelnen Länder (Kolonien und Ausland) spezialisiert lautet[1]) seine Tabelle (in 1000 £):

Kanada und Neufundland	372 541	Verein. Staaten	688 078
Australien	301 521	Cuba	22 700
Neuseeland	78 529	Philippinen	8 202
Südafrika	351 368	Argentinien	269 808
Westafrika	29 498	Mexiko	87 334
Indien und Ceylon	365 399	Brasilien	94 440
Straits Settlements	22 037	Chile	46 375
Hongkong	3 104	Uruguay	35 255
Britisch-Nordborneo	5 131	Peru	31 986
Übrige englische Besitzungen	25 024	Sonstige amerikanische Staaten	22 517
		Rußland	38 388
		Türkei	18 320
		Aegypten	43 753
		Spanien	18 808
		Italien	11 513
		Frankreich	8 143
		Portugal	7 071
		Deutschland	6 061
		Sonstige europäische Staaten	36 319
		Japan	53 705
		China	26 809
		Sonstige fremde Länder	61 907
	Summe 1 554 152		Summe 1 637 684

1) Zitiert bei Fr. Glaser, „Die englischen Kapital-Anlagen im Ausland." Bank-Archiv, Jahrg. XI, S. 43.

Für England liefert die Einkommensteuer gute Anhaltspunkte für die Feststellung der aus den ausländischen Kapitalanlagen sich ergebenden Erträge. Im Jahre 1880/1 wurden in England versteuert 600 Millionen Mark, im Jahre 1890/1 1160, im Jahre 1900/1 1200 und im Jahre 1901/2 1252 Millionen Mark aus Kapitalien, die im Ausland (einschließlich der englischen Kolonien) angelegt waren. Nimmt man an, daß diese Kapitalien sich zu 5 % verzinst haben, ein Zinsfuß, der eher zu hoch als zu niedrig angenommen sein dürfte, so ergibt sich für das Jahr 1880/1 eine Summe von 12, für 1890/1 von 22,2, für 1900/1 von 22,3 und für 1901/2 von 25 Milliarden Mark für die englischen Kapitalanlagen im Auslande. Doch bleiben diese Angaben wohl sehr hinter der Wirklichkeit zurück; Mitte der achtziger Jahre schätzt Robert Giffen die fremden Effekten im englischen Besitz auf 42,3 Milliarden Mark, 1899 Percy R. Broemel das im Ausland angelegte Kapital auf 40 Milliarden Mark und an der Londoner Börse berechnete man Mitte 1896 den englischen Besitz an fremden Anleihen auf 60 Milliarden Mark, an fremden Eisenbahnpapieren auf 12,3 Milliarden Mark, an fremden Bergwerkspapieren auf 0,8 Milliarden Mark[1]). Man nimmt an, daß England jährlich eine Milliarde Mark neu im Ausland investiert[2]).

Wie ausgeführt, muß man bei den Kapitalanlagen sehr zwischen Emissionskurs und dem jeweiligen Börsenkurs der Papiere unterscheiden. So sind beispielsweise die englischen Kapitalanlagen im romanischen Amerika für Ende 1910 von Paish nach dem Emissionskurs der Effekten auf nur rund 556 Millionen Pfund berechnet, während die Londoner Börse vom 31. Mai 1909 767 Millionen Pfund für dieselbe Summe notiert. — Interessant ist die folgende Tabelle der seit 1910 in London gezeichneten Kredite (in Pfund Sterling)[3]):

1) Dehn, Weltwirtschaftliche Neubildungen S. 37, 38.

2) Wörterbuch der Volkswirtschaft II, S. 1355.

3) Commercial History and Review of 1912. in The Economist Nr. 3626, 22. II. 1913; zitiert im Weltwirtschaftl. Archiv. 2. Bd. Heft 1 (Juli 1913) Seite 161 2.

	1910	1911	1912
Großbritannien	60 296 500	26 145 900	45 335 300
Australasien	13 385 200	3 332 900	13 462 400
Kanada	36 882 500	41 214 700	64 983 200
Ostindien und Ceylon	17 991 500	5 171 100	3 708 200
Südafrika	3 379 100	4 387 100	3 862 600
Sonstige Kolonien	20 739 700	10 889 000	4 626 000
Britische Besitzungen zusammen	92 378 100	64 994 800	72 642 400
Ausland:			
Dänemark	1 089 000	—	2 425 000
Finnland	143 000	970 000	—
Norwegen	50 000	3 008 500	632 500
Rußland	3 918 800	5 208 000	10 490 400
Schweden	—	200 000	—
Argentinien	22 865 000	16 676 900	20 110 200
Brasilien	11 813 900	19 210 600	14 353 100
Zentralamerika	35 000	291 000	1 016 700
Chile	4 684 600	8 270 700	2 252 200
Mexiko	5 087 100	2 649 900	4 085 700
Vereinigte Staaten von Amerika	39 590 100	21 314 300	23 634 700
Übriges Südamerika	3 141 500	2 413 600	100 000
China	1 610 100	7 434 500	5 950 000
Japan	—	—	3 230 800
Oesterreich-Ungarn	4 098 000	1 653 600	40 000
Bulgarien	3 603 600	215 900	—
Griechenland	1 572 100	686 800	35 000
Frankreich	900 000	245 100	692 000
Türkei	1 431 000	300 000	—
Deutschland	794 000	223 200	175 800
Niederländ. Ostindien	4 382 000	568 500	153 500
Kuba	1 916 200	6 501 300	838 000
Philippinen	403 900	—	—
Persien	—	1 506 200	—
Sonstige Länder	1 634 700	1 070 000	2 656 500
Ausland insgesamt	114 764 500	100 618 700	92 872 300
Ausland insgesamt	114 764 500	100 618 700	92 872 300
Britisches Reich	152 674 600	91 140 700	117 977 700
Gesamtsumme	267 439 100	191 759 400	210 850 000

Gesamtsumme der Kapitalanlagen, die in London aufgenommen wurden:

1903:	108 463 000	Pfund	Sterling.
1904:	123 020 000	„	„
1905:	167 187 000	„	„
1906:	120 173 000	„	„
1907:	123 630 000	„	„
1908:	192 203 800	„	„
1909:	182 3o6 800	„	„
1910:	267 439 000	„	„
1911:	191 759 400	„	„
1912:	210 850 000	„	„

Die bedeutendsten Summen (außer Großbritannien selbst) gingen nach Canada, den U. S. A., Argentinien, Brasilien, Australasien; ansehnliche Summen nach China, Mexiko, Südafrika, Ostindien, auch Rußland. —

Das französische Volksvermögen wurde 1895 durch Mulhall auf 198, durch de Foville 1902 auf 161,6, durch Leroy-Beaulieu 1906 auf 205—210 Milliarden Mark geschätzt. Die jährlichen französischen Ersparnisse abzüglich der Kapitalverluste werden von Leroy-Beaulieu auf $2\frac{1}{2}$ Milliarden Francs angegeben, das Volkseinkommen auf etwa 25—30 Milliarden Francs [1]).

Der Gesamtwertpapierbesitz Frankreichs [1]) wird von Edmond Théry im Economiste Européen Ende 1908 auf 100 Milliarden Francs, von Neymarck 1906 auf 97—100 Milliarden Francs angenommen, und Théry schätzt für 1908 rund $38\frac{1}{2}$ Milliarden Francs von dieser Summe auf ausländische Wertpapiere. Ein alljährlicher Zuwachs von mindestens 1 Milliarde Francs wird angenommen. Henry Germain schätzt ihn auf $1\frac{1}{2}$ Milliarden Fr., Leroy Beaulieu sogar auf $2\frac{1}{2}$ Milliarden Fr. [2]). Heute wird der Auslands-

1) Rießer S. 83.
2) Rießer S. 426.

besitz Frankreichs mit 40—45 Milliarden Francs angegeben, was eine Jahreseinnahme von 2 Milliarden Francs ergibt. Im Jahre 1901/02 wurden die Kapitalien auf 30 Milliarden Fr. geschätzt [1]), von Leroy-Beaulieu damals schon etwas höher; 21 Milliarden davon wurden für Europa angenommen. Der Betrag der in Frankreich untergebrachten russischen Staatswerte allein wird von Sombart auf 10—13 Milliarden Fr. geschätzt, Reymarck schätzt dieselbe Summe freilich nur auf 9—10 Milliarden Fr., doch sind bei Sombart die vom Staate garantierten russischen Eisenbahnwerte eingeschlossen. Reymarck berechnet für die einzelnen Länder folgende Summen [2]):

Rußland	9—10	Milliarden Frcs.
England	½	„ „
Belgien und Niederlande	½	„ „
Deutschland	½	„ „
Türkei, Serbien, Bulgarien	½	„ „
Rumänien, Griechenland	3—4	„ „
Österreich-Ungarn	2	„ „
Italien	1—1½	„ „
Schweiz	½	„ „
Spanien, Portugal	3½	„ „
Kanada und Ver. Staaten v. Amerika	½—1	„ „
Ägypten (Suez!)	3—4	„ „
Argentinien, Brasilien, Mexiko	2½—3	„ „
China, Japan	1	„ „
Tunis und die franz. Kolonien	2—3	„ „

Die französischen Anlagen im Auslande nehmen schneller zu als die englischen, einmal weil die Passivität der französischen Handelsbilanz viel geringer ist als die englische und sodann, weil die Nachfrage nach Kapital im Inland bei der stagnierenden Bevölkerung Frankreichs viel geringer ist. —

Wenden wir uns nun dem Deutschen Reiche zu! In

1) Denkschrift des R.-Marineamts, 1905, S. 199.
2) Zitiert bei Harms a. a. O. S. 235.

neuerer Zeit sind als die wichtigsten Zusammenstellungen über den Umfang der deutschen Kapitalanlagen im Auslande die beiden vom Reichsmarineamt in den Jahren 1898 und 1905 veröffentlichten Denkschriften zu nennen: „Die Seeinteressen des Deutschen Reichs“ und „Die Entwickelung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt“. Sie dienten dazu, die starken Flottenvorlagen in diesen Jahren vor dem Reichstag zu begründen. Die Erhebungen wurden von seiten der deutschen Konsuln und Handelssachverständigen im Auslande gemacht; ein einheitlicher Fragebogen lag zugrunde. Freilich waren die Konsuln ihrerseits wiederum auf private Auskünfte angewiesen.

Schon vorher hat aber Schmoller im Jahre 1892 die fremden Werte in Deutschland auf 10 Milliarden geschätzt. Der Reichsbankpräsident Koch schätzte den deutschen Besitz an ausländischen Wertpapieren für 1893/4 auf 12 Milliarden Mark [1]). Die Denkschrift von 1898 hebt hervor, daß Deutsche und deutsches Kapital über die ganze Erde verbreitet sind. Sie führt auf: Niederlassungen und Faktoreien deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender, Handelsniederlassungen und Warenlager, Geschäftshäuser, Bankinstitute, Industrieunternehmungen, Eisenbahnen, Fabriken, Minen und Gruben, weiter den Besitz an überseeischen und exotischen Staatspapieren. Für einige überseeische Länder wurden genaue zahlenmäßige Feststellungen gegeben, so besonders für Mittel- und Südamerika.

Es wurde mitgeteilt, daß an den drei Börsen von Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. 210 Werte aus überseeischen Staaten, dem Balkan, Spanien und Portugal notiert wurden. Genaueres brachte dann die Denkschrift von 1905. Waren die deutschen Kapitalanlagen in überseeischen Ländern, und nur in diesen, was vielfach übersehen worden ist, auf 7—7,7 Milliarden Mark für 1898 geschätzt worden, so war diese Summe bis 1904 auf 8—9,2 Milliarden Mark gestiegen, die sich wie folgt verteilten:

1) Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt, S. 136.

Deutsche Kapitalanlagen in überseeischen Ländern.[1]
Zusammenfassung (in Millionen Mark).

Gebiete	Gesamtschätzung 1898	Gesamtschätzung 1904	Bemerkungen
Türkei (außer Ägypten)	400[1]	300—350	[1] Einschließlich Ägypten.
Nordafrika (einschließlich Ägypten)	970—980[1]	1325—1350	[1] Ausschließlich Ägypten.
Westafrika			
Südafrika			
Ostafrika			
Persisch-Arabische Halbinsel und Britisch-Ostindien	50	75	
Südostasien	240	250	
Ostasien	370—400	400—450	
Australien und Polynesien	610—670[1]	300—400	[1] Die damaligen Schätzungen wurden später von den Konsulaten als zu hoch gegriffen bezeichnet.
Länder um das Amerikanische Mittelmeer, einschließlich südamerikanische Nordküste und Westindien	1000—1250[1]	1080—1200	[1] Die höhere Zahl erklärt sich aus differierenden privaten Schätzungen für Mexiko.
Westküste Südamerikas	370— 420	500— 550	
Ostküste Südamerikas	1000—1300	1300—1600	
Vereinigte Staaten und Kanada	2025	2500—3000	
	7035—7735	8030—9225	

Wenn man einen Durchschnittsertrag von 6 % annimmt, ergibt dies für 1905 also ein jährliches Einkommen von 480—552 Millionen Mark. Die Denkschrift bemerkt dazu aber weiter, daß die ständigen deutschen Warenkredite von $1^1/_2$—$2^3/_4$ Milliarden Mark nur sehr unvollständig in diese Summe einbezogen seien, ebenso die vielfach für die Einfuhr vorschußweise gewährten Kredite. Weiter wird das Versicherungsgeschäft, das deutsche überseeische Bankwesen in der Denkschrift angeführt. Der deutsche Besitz an auswärtigen Effekten wird auf allermindestens 16 Milliarden Mark angegeben mit Erträgnissen von 800 Millionen

1) Denkschrift von 1905. S. 173.

Mark (wenn man einen Durchschnittszinssatz von 5 % annimmt). Demnach würde der Gesamtbesitz Deutschlands an Kapitalanlagen für das Jahr 1905 sich auf 24—25 Milliarden Mark mit Jahreserträgnissen von etwa 1300 Millionen Mark beziffern. Wahrscheinlich ist diese Summe aber viel zu niedrig und die Denkschrift fährt deshalb fort:

„Zieht man des weiteren die 750 000 deutschen Untertanen im Auslande als Konsumenten in Betracht, sowie die Notwendigkeit des Ausgleichs von aus Deutschland herausgezogenen Zinsen und Kapitalerträgen auswärtiger Investoren und die aus den nachstehenden Ausführungen sich ergebende, fortschreitende Anlagenvermehrung, so wird man zu dem Schluß kommen, daß eine erheblich höhere, wohl zwischen 30 und 40 Milliarden liegende Interessensumme Deutschlands im Auslande vorliegt“ [1]).

Ballod schätzte 1908 die deutschen Kapitalanlagen im Auslande auf 25 Milliarden Mark, Steinmann-Bucher in demselben Jahre auf 40, der preußische Finanzminister von Miquel hatte 1892/93 allein den preußischen Besitz an ausländischen Wertpapieren schon auf 15 Milliarden Mark geschätzt, was freilich viel zu hoch war; der deutsche Ökonomist vom 27. Juni 1908 schätzte den deutschen Besitz an ausländischen Wertpapieren auf 10—15, Sombart ihn 1908 auf $12^1/_2$—13 Milliarden Mark [2]).

Da in den Schätzungen der Denkschrift von 1905 in den auf 8—9,2 Milliarden angegebenen festen Kapitalanlagen nur diese der Übersee gemeint sind und man schon für damals annahm, daß die festen Kapitalanlagen in europäischen Ländern mindestens ebensoviel betrügen, und da man weiter annehmen darf, daß sich diese Summen in der Zwischenzeit um einzelne Milliarden vermehrt haben, so darf man heute den Gesamtbetrag der gegenwärtig im ganzen Auslande arbeitenden deutschen Kapitalien (abgesehen von den Effekten) auf 20—24 Milliarden Mark beziffern.

1) Denkschrift, S. 136. 2) Zitiert bei Rießer a. a. O. S. 81.

Die Anlage der deutschen Kapitalien in ausländischen Effekten war 1905 auf mindestens 16 Milliarden bewertet worden [1]).

Wenn man mit Arndt [2]) annimmt, daß seitdem in Deutschland jährlich mindestens 1 Milliarde, in den letzten Jahren durchschnittlich wohl 2—3 Milliarden in neuen Effekten angelegt wurden, und wenn man davon, wie Arndt, ⅓ für ausländische Werte in Rechnung stellt [3]), so erhält man einen Zuwachs von ausländischen Effekten von 400—800 Millionen Mark jährlich und für 1912 eine Summe von etwa 20—21 Milliarden deutschen Besitzes an ausländischen Effekten.

Nun sind aber manche der unter Effekten genannten Werte wohl auch bei den festen Kapitalanlagen eingerechnet, z. B. Eisenbahn- und Minenanlagen; andererseits werden unter den Effekten manche in deutschem Besitz befindliche nicht aufgeführt sein, da viele Geschäfte in sehr großem Umfang im Ausland gemacht wurden, namentlich in Paris, London und New-York, um den deutschen Effektenstempel zu umgehen. Auch muß wieder berücksichtigt werden, daß die große Mehrzahl ausländischer Wertpapiere gleichzeitig auch an ausländischen Börsen aufgelegt wurde, daß also nur ein Teil der Gesamtsumme in deutschen Besitz kam.

Macht man demgemäß vorsichtigerweise Abzüge und rundet die Summen lieber nach unten ab, so ergibt sich ein Gesamtbesitz Deutschlands an ausländischen Werten (feste Kapitalanlagen und Effekten) von mindestens 35 Milliarden Mark [4]).

Bei einem Zinsbetrage von 5 % würde dies eine jährliche Einnahme von 1750 Millionen Mark für Deutschland bedeuten.

In den deutschen Kolonien waren 1907 nur ca. 370 Millionen Mark angelegt, 1913: 550 Millionen Mark [5]).

1) Denkschrift des R.-Marine-Amts, S. 179.
2) Arndt, Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft, S. 28.
3) Ebenda S. 28.
4) Ebenda S. 29.
5) Handw. d. Staatsw. Zoepfl, Kolonien und Kolonialpolitik.

Das deutsche Nationalvermögen war 1908 in einem Aufsatz in den „Grenzboten" auf 200—216 Milliarden Mark geschätzt worden [1]).

Ballod schätzte es in demselben Jahre auf 251—266 Milliarden [2]), und Steinmann-Bucher 1909 sogar auf 350—360 Milliarden Mark [3]), so daß also in den Schätzungen Differenzen von 160 Milliarden bestehen, was zur Vorsicht gegenüber allen solchen Schätzungen mahnt.

Das jährliche deutsche Volkseinkommen wird von Steinmann-Bucher [4]) und Zahn [5]) auf 35 Milliarden angegeben, so daß also das jährliche deutsche Volkseinkommen ebenso hoch ist wie die deutschen Kapitalanlagen im Auslande.

Die jährlichen deutschen Ersparnisse werden von Schmoller auf 2½—3 Milliarden Mark angegeben [6]).

Der Staatssekretär Delbrück gab im Reichstag am 12. Februar 1911 [7]) die jährlichen Einkommenüberschüsse Deutschlands sogar auf 4 Milliarden Mark an.

Man darf annehmen, daß etwa eine halbe bis eine Milliarde jährlich zur Vermehrung der deutschen Kapitalanlagen im Auslande verwendet wird [8]). —

Über die Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten im Auslande stehen uns sehr wenig statistische Angaben zur Verfügung. Die Revue Economique Internationale [9]) gibt

1) Grenzboten Nr. 28, 9. Juli 1908, S. 55—57.
2) In der „Täglichen Rundschau" 1908. Nr. 541.
3) In seiner Schrift: „350 Milliarden deutsches Volksvermögen". Berlin 1909.
4) Ebenda S. 107.
5) Zahn, Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung in den Annalen des Deutschen Reichs 1911, 3/4.
6) Grundriß II, S. 184.
7) Reichstagsverhandl. dieses Tages.
8) Helfferichs Schrift „Deutschlands Volkswohlstand von 1888—1913", die wichtiges statistisches Material für die deutschen Kap. im Auslande bringt, war zur Zeit der Ausarbeitung dieser Arbeit noch nicht erschienen.
9) 1911, III, 2 S. 117.

an, daß die Vereinigten Staaten ca. 10 Milliarden Mark im Auslande investiert haben, daß aber 30 Milliarden Mark ausländischen Kapitales in der Union angelegt sind. Entgegen Giffen, Sartorius und Dehn möchte ich, da die Untersuchung der Revue Economique Internationale mir sehr zuverlässig erscheint, daran festhalten, daß die Union trotz aller politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, mit denen sie das Ausland über diese Tatsache hinwegtäuschen möchte, kein Gläubiger-, sondern ein Schuldnerland ist.

So wird im Grunde die ausländische Kapitalinvestition der Vereinigten Staaten mit europäischem Gelde geleistet. Die größten Summen haben die U.S.A. natürlich auf ihrem Kontinent investiert; von den gesamten ausländischen Kapitalanlagen in Kanada, die Ende 1910 auf 12 687 Millionen Francs [1]) geschätzt wurden, entfallen 2190 Millionen auf amerikanisches Kapital, und von den 3343 Millionen Francs, die im Zeitraum 1886—1907 nach Mexiko strömten, haben die U.S.A. 1771 in Besitz [1]). Die Union hat die mittelamerikanischen Staaten unter ihre Finanzkontrolle gebracht, so Domingo, Honduras, Nicaragua und Guatemala, und amerikanisches Kapital sucht mit aller Energie in Südamerika die Herrschaft an sich zu reißen [2]). Den Rahmen der Monroe-Lehre verlassend, investieren sie aber neuerdings Kapitalien auch in anderen Erdteilen, in Afrika in Liberia, in Asien vor allem in der Mandschurei und im nahen Orient, in Europa im Orient und in Rußland, und amerikanisches Kapital dringt zumeist in der Form der Trusts immer mehr und immer fühlbarer in das Wirtschaftsleben der europäischen Großmächte ein. Ein Beispiel für viele: die Amerikaner beabsichtigen mit Hunderten von Millionen Rubel neuerdings den gesamten russischen Getreideexport zu regulieren, indem sie im ganzen Zarenreiche Elevatoren zur Aufnahme des Bauerngetreides errichten.

1) Schilder, Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft, S. 373.

2) Vergl. „Kapitalinvestitionen der U. S. A. in Südamerika", Wiener Handelsmuseum, 8. Sept. 1910.

Seit 1911 schon unterhandeln die amerikanischen Kapitalisten mit der russischen Regierung [1]). —

Für die österreichische Zahlungsbilanz steht uns eine ausgezeichnete Schrift des K. K. Finanzministeriums zur Verfügung (Wien 1904: „Tabellen zur Währungsstatistik", 13. Abschnitt Daten zur Zahlungsbilanz).

Für Ende 1903 wurde darin der Besitzstand des Auslandes an österreich-ungarischen und bosnischen Effekten auf 9809 Millionen Kronen angegeben [2]). Davon entfielen auf Deutschland 4,6 Milliarden, auf Frankreich 3,2. Für die zehnjährige Periode 1892—1901 ergibt sich in der Zahlungsbilanz ein durchschnittliches Aktivum von 40 Millionen Kr. [2]).

Betrachtet man Österreich und Ungarn getrennt, so ergibt sich, daß das agrarische Ungarn unter die Schuldnerstaaten zu zählen ist, das kapitalkräftige Österreich mit seiner fortschreitenden Industrialisierung aber ein Gläubigerland ist. Österreich-Ungarn als ganzes ist, ebenso wie Italien, heute noch kein ausgesprochenes Gläubigerland, sondern erst in allmählicher Entwickelung zu einem solchen, doch hat es in den Balkanstaaten, besonders in der Türkei (Bahnbau) und in Ägypten, Kapitalien investiert. —

Ist Italien auch an das Ausland stark verschuldet und nicht unter die Gläubigerländer zu rechnen, so versucht es doch in erhöhtem Maße in der letzten Zeit seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß im Mittelmeer durch Kapitalanlagen (namentlich in den Balkanländern, besonders in Montenegro und in der Türkei, in Albanien und in Tripolis, ja selbst in Österreichisch-Dalmatien) zu stärken, und größere Summen sind in den genannten Ländern in Bank- und industriellen Unternehmungen, Hafenanlagen, Bahnen und Schiffahrt, Waldexploitationen, Handelsgesellschaften usw. angelegt. —

1) B. Ischchanian, Die ausländischen Elemente in der russischen Volkswirtschaft. Berlin 1913. S. 278/9.

2) Sartorius a. a. O. S. 107.

Ein ausgesprochenes Gläubigerland ist hingegen Belgien und zwar im Verhältnis zu der Kleinheit des Landes in auffallender Weise.

Der Export vom 24. November 1910 schätzte die gesamten belgischen Kapitalanlagen im Auslande auf $2^{3}/_{4}$ Milliarden Fr. Die größte Summe hat Belgien in Rußland investiert, nämlich 441 Millionen Fr. Belgien hat an dem Ausbau der russischen Eisenbahnen und Straßenbahnen einen großen Anteil genommen; in 27 russischen Städten, darunter in den größten, ist so belgisches Kapital in sehr exportfördernder Weise angelegt worden. Und die Entwicklung der südrussischen Eisenindustrie ist in erster Linie durch belgisches Kapital verursacht worden. Auch in China hat Belgien neuerdings große Summen investiert und sich erst kürzlich (Mai 1913) an der neuen 5 Mächte-Anleihe Chinas mit England, Frankreich, Deutschland, Rußland und Japan zusammen beteiligt, einen größeren Posten der Anleihe an Rußlands und Japans Stelle übernommen, die beide bei ihrer ungünstigen Finanzlage sich an der Zeichnung nur des politischen Ansehens halber beteiligt haben.

Belgien hat ferner angelegt in Spanien 337, im Kongostaat 327, in Argentinien 290, in Deutschland 244, in Ägypten 219, in Italien 166, in Brasilien 143, in Frankreich 137, in Holland 40 Millionen Fr. Zu beachten ist freilich, daß die an der Brüsseler Börse aufgelegten ausländischen Werte zum großen Teil auch von französischen Kapitalisten erworben werden. —

Gläubigerland ist ferner Holland. Weit zurück liegen freilich die Zeiten, da es die Meere und den Handel der Erde beherrschte, da es ein Rentnerstaat par excellence war. Aber noch heute ist Hollands großer und schöner Kolonialbesitz eine Aufnahmestätte niederländischen Kapitals.

In Tabakwerten, in Kaffee-, Tee-, Zucker- und Kautschuk-Anlagen, im kolonialen Eisenbahnbau, in der niederländischen und indischen Schiffahrt hat Holland große Kapitalien investiert,

so in Niederländisch-Indien $35^{3}/_{4}$ Millionen Gulden in Kautschukplantagen [1]).

Eine bedeutende Stellung aber hat Holland ebensowenig wie Dänemark, das man wohl auch zu den Gläubigerländern zählen darf, im Kapitalverkehr der Weltwirtschaft. —

Auch die Schweiz [2]) ist ein Gläubigerland, in erster Linie ein Gläubigerland Frankreichs. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts beteiligte sich Schweizer Kapital stark am Eisenbahnbau des Auslandes, namentlich Frankreichs, und heute dürfte etwa 1 Milliarde Fr. Schweizer Kapital in Frankreich, namentlich in Eisenbahnpapieren, angelegt sein, während andererseits etwa 1—$1^{1}/_{4}$ Milliarde Schweizer Werte (besonders Schweizer Staats-, Kantons- und Städte-Obligationen) in französischem Besitze sind. Somit hebt sich die Verschuldung Frankreichs an die Schweiz etwa mit derjenigen der Schweiz an Frankreich auf.

Die Schweizer Kapitalisten haben, wie daraus hervorgeht, die Neigung, die sicheren, aber niederverzinslichen heimischen öffentlichen Werte vorsichtigen Käufern des Auslandes zu überlassen, dafür aber ihre eigenen Kapitalien in zwar unsicheren, aber höher verzinslichen ausländischen Industrie-, Bergbau- und Bank-Werten anzulegen. Besonders in Frankreich, Deutschland und der Union, in Schutzzolländern also, errichteten in den letzten Jahren Schweizer Industrie-Unternehmungen, die in erster Linie für das Ausland arbeiten, ihre Filialen.

1) Zitiert bei Harms a. a. O. S. 239.

2) Kurz, Die Kapitalanlagen im Auslande, Zürich, S. 2, 6 u. 12.

I. Die wirtschaftliche Bedeutung der Kapitalanlagen im Auslande.

Allgemeines.

Für die wirtschaftliche Bedeutung der Kapitalanlagen im Auslande ist zu unterscheiden zwischen privat- und volkswirtschaftlicher Bedeutung. Privatwirtschaftlich betrachtet ist der Grund der Kapitalanlage im Ausland naturgemäß stets die Aussicht auf einen höheren Zinsgewinn[1]). Die Höhe der Gewinn- und Zinsquote im Ausland ist also für den Kapitalexporteur maßgebend. Ein starkes Sinken der Zins- und Gewinnquoten im Inlande kann so privatwirtschaftlich ebenso der Grund für Kapitalexport sein wie das Steigen dieser Quoten im Auslande. Es ist also vor allem der Drang des Kapitalisten, eine bessere und höhere Verzinsung seines Kapitals zu erreichen[2]). Man sollte glauben, daß hinzuzusetzen wäre „unter gleich sicheren Bedingungen", daß also der Kapitalist sich zur Kapitalanlage im Auslande mit höherem Zinsertrage nur entschlösse, wenn er die Gewißheit hätte, daß die Anlage eben solche Sicherheit vor Verlusten böte wie seine bisherige im Inlande. Dies ist aber nicht der Fall, denn der konkret durch die Zinsquote zahlenmäßig ausgedrückten höheren Gewinnchance steht die größere

1) Sartorius a. a. O. S. 43.

2) Besteht auch, und selbst für die ganze Erde, innerhalb langer Zeiträume eine Ausgleichungstendenz des Zinsfußes, so bestehen doch gewaltige Zinsfußunterschiede in den einzelnen Ländern; so war z. B. 1909 in Südamerika und im Westen der Union „ein Zinsfuß von 12% bei voller Sicherheit gewöhnlich" (Philippovich I S. 320.).

Verlustchance nicht konkret, d. h. nicht zahlenmäßig ausdrückbar gegenüber, so daß naturgemäß und psychologisch (weil es dem Wunsche entspricht) leicht erklärlich, der Kapitalist bei seinen Dispositionen das zweite Moment, d. h. die größere Verlustchance, weniger berücksichtigt. Das Streben nach höherem Zinsgewinn erklärt sich einmal durch die Steigerung der persönlichen Bedürfnisse aller Kreise infolge fortschreitender Verfeinerung der Kultur und dann dadurch, daß die Kaufkraft des Geldes geringer geworden ist als in früheren Zeiten. Wichtiger aber ist für unsere Betrachtung die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kapitalexportes.

Die allgemeine Bedeutung der Kapitalanlagen im Auslande ist besonders zu betrachten nach der Bedeutung für das empfangende und das gebende Land, nach privat- und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Betrachtung darf nicht, wie vielfach geschehen ist, die hohe Bedeutung für das kapitalempfangende Land unberücksichtigt lassen. Was wären heute die meisten Gegenden der Erde, was wären heute die Vereinigten Staaten von Amerika, was Süd-Amerika, was Süd-Afrika und Indien, Australien, China und Japan ohne die gewaltigen Ströme englischen, französischen, deutschen und (aus früheren Zeiten) spanischen und portugiesischen Kapitals? Zum großen Teil sicher noch unerschlossene Länder, ihre Naturschätze nicht gehoben, ihre Naturkräfte nicht verwertet, weil wirtschaftlich auch politisch schwache Gebilde.

So ist, und das darf nicht übersehen werden, das ausländische Kapital für das empfangende Land doch stets von höherer Bedeutung als für das Gläubigerland.

Es ist mit der einzigen Einschränkung, daß es produktiv verwendet werden muß, für das empfangende Land von immensem wirtschaftlichen Vorteil. Die Produktion steigt, die Bevölkerung findet neue Arbeitsgelegenheit und kann sich stärker vermehren. Zunächst wird das Land daran gehen, Verkehrswege zu schaffen, das ganze Gebiet zu erschließen, ja

vielleicht erst zu besiedeln [1]). Der Transport auch aus ferneren Gebieten wird so ermöglicht, und nun erst können Industrien sich entwickeln. Dadurch gewinnt auch der internationale Güteraustausch und Verkehr gewaltig. Vom Agrarstaat, wirtschaftlich nach außen abgeschlossen und sich selbst genügend, wird das Land bei immer steigender Bevölkerung, für die die Lebensmittel des eigenen Landes nicht mehr ausreichen, zum Agrareinfuhrstaat, und so in die Weltwirtschaft gezogen. Industrie- oder Kapital-Export wird nötig, um das Passivsaldo der Handelsbilanz ausgleichen zu können. Übersteigt dieser Export dann aber vielleicht wieder den Passiv-Betrag der Handelsbilanz, so wird der Staat zum Gläubigerland, schließlich vielleicht sogar zum ausgesprochenen Rentnerstaat. Diese Entwickelungsreihe ist eine der möglichen; wir sahen sie bei England, Frankreich und Deutschland, neuerdings bei den Vereinigten Staaten, die indessen zum Industrie-, ja sogar zum Kapitalexportstaat in mancher Beziehung schon wurden, während sie noch auf der Stufe des sich selbst genügenden Agrarstaates sind. Die amerikanische Wirtschaftsentwicklung geht eben mit gewaltiger Kraft und bisweilen sprungweise vor sich.

Auch in heutigen Kapital-Exportländern wie England, Frankreich und Deutschland waren in den ersten Anfängen ihrer kommerziellen und industriellen Entwickelung ausländische Kapitalien tätig.

Man lese etwa bei List [2]), wie England, heute das erste Gläubigerland der Welt, einst doch auch gewaltige Kapitalien aus dem Auslande empfangen hat. „Schon im 12. Jahrhundert

1) Der größte Teil aller ausländischen Kapitalanlagen ist Anlage im „Verkehrswesen", im weitesten Sinne des Wortes: Eisenbahn-, Telegraphen-, Kabel-, Kanal-, Hafen-Bau, Schiffahrt! Zu vergessen ist auch nicht, daß ein sehr großer Teil aller Anleihen in dieser Art verwendet wird. — Industrie-Gründungen folgen zumeist erst nach starkem Ausbau des Verkehrswesens; in der Zukunft werden sie aber eine Rolle von immer zunehmender Bedeutung spielen.

2) Fr. List, Das nationale System der politischen Ökonomie, Jena 1904, S. 137, 138.

führten politische Verhältnisse flandrische Wollweber nach Wales. Nicht viel Jahrhunderte später kamen schon vertriebene Italiener nach London, um hier Geld- und Wechselgeschäfte zu betreiben. Daß aus Flandern und Brabant zu verschiedenen Zeiten ganze Massen von Manufakturisten einwanderten, erhellt aus unserem zweiten Kapitel. Aus Spanien und Portugal kamen verfolgte Juden, aus den Hansastädten und aus dem sinkenden Venedig Kaufleute mit ihren Schiffen, Handelskenntnissen und Kapitalien und mit ihrem Unternehmungsgeist. Noch bedeutender wurden die Einwanderungen von Kapitalien und Manufakturisten infolge der Reformation und der Religionsverfolgungen in Spanien, Portugal, Frankreich, Belgien, Deutschland und Italien; sodann von Kaufleuten und Manufakturisten aus Holland infolge der nach der Religionsakte und dem Methuenvertrag dort eingetretenen Handels- und Industriestagnation. Jede politische Bewegung, jeder Krieg auf dem Kontinent führte England, solange es gleichsam ein Privilegium der Freiheit und des Asyls, der inneren Ruhe und des Friedens, der Rechtssicherheit und des Wohlstandes besaß — Massen von neuen Kapitalien und Geschicklichkeiten zu; so zuletzt die französische Revolution und die Kriege des Kaiserreichs; so die politischen Bewegungen und Kriege in Spanien, Mexiko und Südamerika. . . ." Ähnliches gilt für Deutschland, wo englische, französische und belgische Kapitalien bei der Entstehung der deutschen Industrie gewaltig mitgewirkt haben. Die Baumwollindustrie Sachsens beispielsweise verdankt unendliches den Engländern; der westfälische Bergbau viel den Belgiern und Franzosen [1]).

Auch höherer Gesittung wird das kulturell tieferstehende kapitalempfangende Land zugeführt. Die Schulen (ca. 1500 deutsche Schulen im Auslande!) und Kirchen, die Bibliotheken, Museen und Krankenhäuser, diese Kapitalanlagen höherer Art, die in höchstem Maße „Zinsen" tragen, der Arzt also und der Lehrer, der Missionar und der Pfarrer, wie haben sie alle mit-

1) B. Brandt, „Ausländische Kapitalien", St. Petersburg, 1898, I., S. 89.

gewirkt, die Kultur der Menschheit auf eine höhere Stufe zu heben; und gerade die Deutschen können stolz darauf sein, als Kulturträger ersten Ranges in der Welt gewirkt zu haben, häufig nur in allzu idealistischer Weise! —

Bei den Gründen der Kapitalanlage im Auslande muß man scharf zwischen privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen unterscheiden; privatwirtschaftlich entscheidet natürlich nur die Aussicht auf höheren Gewinn, auf größere Rentabilität. Der private Kapitalist sagt sich, daß in seinem wirtschaftlich hochentwickelten Heimatlande mit seinem Reichtum an Kapital, mit seiner scharfen wirtschaftlichen Konkurrenz das Geldverdienen schwieriger ist. Die Naturschätze sind gehoben, die Naturkräfte verwertet, und bei dem hohen Stande der wirtschaftlichen Entwicklung macht sich das Gesetz vom abnehmenden Ertrage in Landwirtschaft und Industrie fühlbar. Die Steuerlast ist drückend, die Kosten der Sozialpolitik für den Unternehmer hoch, der Boden teuer, die Transportkosten der Rohstoffe aus fernen Ländern ebenso wie die Transportkosten der Fertigfabrikate nach dem Auslande nachteilig. In der Fremde aber locken ungehobene Schätze, die die Phantasie sich doppelt reich ausmalt. Sind die Gründe für die Kapitalanlage im Auslande so fast ausschließlich privatwirtschaftlicher Art, denn eine Leitung der Volkswirtschaft durch den Staat existiert ja nicht, so sind die Folgen der Kapitalanlage im Auslande neben auch vorhandener privatwirtschaftlicher Bedeutung in erster Linie doch volkswirtschaftlicher Art.

Das Ausland wird gezwungen, dem Gläubigerlande alles das zu liefern, was der eigene Boden in nicht genügender Quantität oder Qualität oder auch gar nicht hervorbringt. Der Bau gewaltiger Verkehrsstraßen, unternommen zumeist doch unter dem privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt der Rentabilität, ist von immenser volkswirtschaftlicher Bedeutung; man denke an Bauten wie die Alpenbahnen, die Bagdadbahn, die mandschurischen Bahnen, an Werke wie den Suez- und den Panamakanal, unternommen zumeist doch nicht mit dem Kapital des eigenen Landes, und man

wird die allgemeinen wirtschaftlichen Folgen solcher Kapitalanlagen im Auslande nicht allein für das Gläubigerland, sondern für alle Staaten, die an Weltwirtschaft und Weltverkehr irgendwie beteiligt sind, und welcher Staat wäre das heute nicht, erkennen. —

Dreifach ist die wirtschaftliche Bedeutung der Kapitalanlagen im Auslande:

1. Durch die Kapitalanlagen im Auslande wird ein etwaiges Passivsaldo der Handelsbilanz gedeckt.

2. Der Warenexport wird durch sie gefördert, und handelsvertragliche und andere Vorteile im Verkehr mit dem Auslande erreicht.

3. Die Kapitalanlagen im Auslande sind eine Notreserve in Kriegs- und Krisenzeiten.

Andererseits hat der Kapital-Export aber auch gewisse Gefahren und ist daher nur unter gewissen Voraussetzungen und Einschränkungen als volkswirtschaftlich wertvoll zu beurteilen. —

Von der in neuerer Zeit immer zunehmenden politischen Bedeutung der Kapitalanlagen im Auslande wird in einem späteren Abschnitt zu sprechen sein.

1. Die Kapitalanlagen im Auslande in ihrer Bedeutung für die Zahlungsbilanz.

Wenden wir uns zunächst der Bedeutung der Kapitalanlagen im Auslande für die Zahlungsbilanz, „das Konto-Korrent der Völker im wirtschaftlichen Verkehr mit dem Auslande“ zu! Das wichtigste Glied der Zahlungsbilanz ist die Handelsbilanz: d. h. die Differenz zwischen Ausfuhr und Einfuhr im Warenverkehr, sei es nun die Differenz zwischen Ausfuhr und Einfuhr eines Landes im Verkehre mit einem anderen Lande oder mit der Gesamtheit aller anderen Länder. Nach merkantilistischer Auffassung bezeichnet man sie als „aktiv“ oder „günstig“, wenn die Ausfuhr, als „passiv“ oder „ungünstig“, wenn

die Einfuhr überwiegt. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß eine internationale Vergleichung der Handelsbilanzen der einzelnen Länder nur unter großen Vorbehalten vorgenommen werden kann, da die Methoden zur Erfassung der einzelnen Handelsziffern der Länder verschieden sind, beispielsweise in den Vereinigten Staaten Wertzölle, in Deutschland Maß- und Gewichtszölle der Statistik zugrunde liegen. Die Einfuhr ist infolge der Zollerhebung statistisch meist genauer erfaßt; die Transportkosten der Einfuhrwaren erscheinen häufig fälschlicherweise auf der Passiv-Seite der Handelsbilanz, denn erfolgt der Transport der Einfuhrwaren auf den Schiffen des Einfuhrlandes — was bei Ländern mit großer Handelsflotte wie England, Deutschland und Skandinavien in starkem Maße der Fall ist — so wären die Transportkosten richtigerweise auf die Aktivseite zu buchen.

Die Anschauungen des Merkantilismus sind heute anderen in der Beurteilung der Handelsbilanz gewichen. Man weiß, daß „Aktivität" und „Passivität" allein noch nicht viel besagen wollen. Eine aktive Handelsbilanz kann auch durchaus Ungünstiges bedeuten; so wenn sie beispielsweise eine Folge davon ist, daß die Waren im Inlande infolge verminderter Kaufkraft keine Verwendung finden; oder etwa es kann die hohe Ausfuhr zum großen Teil eine Zinszahlung an das Ausland bedeuten. Umgekehrt kann ebenso eine passive Handelsbilanz für ein Land vorteilhaft sein; sie kann der Ausdruck zahlreicher Forderungen sein, die ein Land als Gläubigerland an andere Länder hat. Das gilt für Länder wie England, Deutschland und Frankreich, deren Einfuhrüberschuß durch die Zinsen der im Auslande angelegten Kapitalien und den Gewinn aus Erwerbsgeschäften ihrer Staatsangehörigen im Auslande ausgeglichen wird.

So ist es nur möglich, die Handelsbilanz eines Landes richtig zu beurteilen, wenn man auch die anderen Werte der Forderungs- oder Zahlungsbilanz genau betrachtet. Allgemein kann jedoch der Satz aufgestellt werden, daß, wenn die Handelsbilanz passiv ist, die Summe der übrigen Teile der Forderungsbilanz mindestens einen solchen Einfuhrüberschuß ergeben

muß, daß die Passivität der Handelsbilanz gedeckt ist. Die Zahlungsbilanz muß auf die Dauer wenigstens aktiv sein, denn eine dauernd passive Zahlungsbilanz würde Edelmetallexport bedeuten. Dieses Abströmen des Edelmetalls, in großen Mengen und auf lange Zeiten, muß aber für ein an Edelmetallschätzen nicht sehr reiches Land (wie es die ganzen westeuropäischen Großmächte nicht sind) den Übergang zur Papierwährung und schließlich den Bankrott bedeuten, wie wir ihn bei kleineren Staaten schon häufiger erlebt haben. Die Aktivität der Zahlungsbilanz darf nicht erreicht werden durch Aufnahme neuer ausländischer Anleihen (an sich bedeutet jeder Kapitalexport für das kapitalempfangende Land zunächst natürlich eine Verbesserung der Zahlungsbilanz, doch folgen dem ja sodann die Zinszahlungen an das Gläubigerland und schließlich die Rückzahlung der Schuld, die die Passivseite der Zahlungsbilanz belasten!), denn durch diese würde ja die Verschuldung des Landes schließlich nur wachsen. Der Einfuhrüberschuß der Zahlungsbilanz muß vielmehr, um die Passivität der Handelsbilanz ausgleichen zu können, so beschaffen sein, daß er auf Forderungen an das Ausland beruht, und zwar auf Forderungen, die nicht etwa für spätere Zeiten wieder eine Verpflichtung dem Ausland gegenüber in sich tragen.

So sind also die Zusammenhänge zwischen Kapitalanlagen im Auslande und Handelsbilanz sehr enge. Es erhebt sich nun die Frage: was ist das Primäre, was ist das Sekundäre? Sind zuerst die Kapitalanlagen im Auslande vorhanden gewesen, sind sie die Ursachen des Einfuhrüberschusses des Gläubigerlandes; ist dieser Einfuhrüberschuß also somit nichts anderes als eine Form der Zinszahlung des Auslandes an den Gläubigerstaat? Wäre dies der Fall, so würde also bei gänzlicher Zurückziehung aller ausländischer Kapitalanlagen der Einfuhrüberschuß (an den sich das Gläubigerland freilich meist sehr gewöhnt haben wird) aufhören müssen. Das Verschwinden der Kapitalanlagen im Auslande würde also wie ein Schutzzoll wirken.

Oder aber: ist die Passivität der Handelsbilanz — z. B. der deutschen mit ihrer starken Rohstoffeinfuhr für die Industrie, der hohen Nahrungsmitteleinfuhr für die wachsende Bevölkerung — das Primäre, und werden Kapitalien vor allem in das Ausland exportiert, um durch die so hervorgerufenen Zinsverpflichtungen des Auslandes das Passivsaldo der Handelsbilanz ausgleichen zu können?

Die Frage ist natürlich allgemein nicht zu beantworten; sie wäre für jedes Land einzeln zu untersuchen und auch da wohl kaum zu entscheiden, da irgend welche statistischen Belege dafür nicht vorhanden sind. Es ist erstaunlich, daß sie bisher in der Behandlung des Problems der Kapitalanlagen im Auslande noch nicht aufgeworfen wurde, vielmehr von den meisten Schriftstellern die beiden Möglichkeiten gar nicht unterschieden wurden; und doch ist sie von größter, ja entscheidender Wichtigkeit für die Beurteilung des ganzen Problems. Denn im ersten Falle, wenn die Kapitalanlagen das Primäre sind, ist die Passivität der Handelsbilanz durchaus unschädlich: mit dem Aufhören der Kapitalanlagen im Auslande würde sie eben sogleich verschwinden. Im zweiten Falle muß sie aber als überaus bedenklich erscheinen; denn es ist fraglich, ob der Kapitalexport in Zukunft sich weiter steigern läßt, umsomehr, als ja immer mehr Schuldnerländer sich zu Gläubigerländern entwickeln.

Das aber wissen wir jedenfalls, daß die hohen Handelsbilanz-Passivsaldi Englands und Deutschlands, und auch Frankreichs reichlich ausgeglichen werden durch die Forderungen, die diese drei Länder durch ihren Kapitalexport an das Ausland haben, daß alle drei also über eine aktive Zahlungsbilanz verfügen. —

Was sind nun die Folgen einer dauernd passiven Zahlungsbilanz? Unbedingt Edelmetallexport. Wie ist dieser zu beurteilen?

Edelmetallexport — heute kommt dafür nur Gold in Betracht — Goldexport also, führt auf die Dauer zur Papierwährung und diese zur Entwertung der Valuta. Durch diese Entwertung aber sinken die im Ausland für die Ausfuhrwaren gezahlten Preise, während die für die eingeführten Waren im Lande gezahlten Preise steigen. Die Entwertung der Valuta wirkt für die Einfuhr also wie ein Schutzzoll, für die Ausfuhr wie eine Exportprämie, die Produktion wird auf dem Weltmarkt also absatzfähiger. Durch die Entwertung der argentinischen Valuta in den 90er Jahren beispielsweise sanken die für argentinischen Weizen in Europa gezahlten Preise beträchtlich, so daß man damals von einem sogen. „Papierweizen" sprach.

Goldabfluß führt ferner, da die Goldmenge im Lande geringer wird, zu einer Steigerung des Zinsfußes für Leihkapital; diese Steigerung aber wirkt wieder kapitalanziehend auf das Ausland; der Goldimport wird angeregt.

Genau umgekehrt wirkt Goldzufluß: die Warenausfuhr zeigt die Neigung sich zu vermindern, die Wareneinfuhr zu steigen. Der Zinsfuß für Leihkapital fällt und das Kapital hat deshalb die Tendenz, nach dem Auslande abzuwandern.

Für die Zeiten einer passiven Zahlungsbilanz ist der Besitz an ausländischen Werten so unersetzlich. Denn in diesem Falle kann das an das Ausland verschuldete Land einen Teil seines Besitzes an ausländischen Werten veräußern und kann so den Goldabfluß verhindern. —

Betrachten wir nun die Zahlungsbilanzen der einzelnen Länder. Die Forderungsbilanz eines Landes zahlenmäßig auch nur eingermaßen genau statistisch festzustellen ist ganz unmöglich; einen gewissen Anhalt, aber auch nur einen solchen, bieten die Wechselkurse, wie Prof. Schär in seinem interessanten, freilich auch nicht unwidersprochen gebliebenen Buche „Wechseldiskont und Zahlungsbilanz" ausführt.

Die Zahlungsbilanz mit den höchsten Wertsummen ist die englische. Der jährliche Einfuhrüberschuß Englands betrug in den Jahren 1908—1910 rund 150 Millionen Pfund = 3 Milliarden Mark[1]). Nach der oben angeführten Berechnung der englischen Kapitalanlagen im Auslande von Paish verzinsen sich diese mit etwa 180 Millionen Pfund = 3,6 Milliarden

1) Arndt, Zeitschr. f. Sozialwissensch., S. 7.

Mark. Aus dem Fracht und Versicherungsgeschäft bezieht England 90 Millionen Pfund jährlich = 1800 Millionen Mark [1]), und aus Bankkommissionsgeschäften 20 Millionen Pfund = 400 Millionen Mark [2]). Die Gesamtforderungen Englands an das Ausland, die aus diesen drei Posten resultieren, belaufen sich also auf 290 Millionen Pfund = 5,8 Milliarden Mark, von denen rund 3 Milliarden Mark zur Begleichung des Einfuhrüberschusses dienen, während die andere Hälfte zum Teil im Auslande neu angelegt werden kann. Es wird angenommen, daß die Engländer jährlich etwa 50 Millionen Pfund = 1 Milliarde Mark neu im Auslande anlegen [3]).

Auch die deutsche Handelsbilanz ist seit 1888/89 passiv. Tatsächlich war diese Passivität für das deutsche Reichsgebiet schon früher vorhanden, aber die Statistik umfaßte nur den deutschen Zollverein, und diesem gehörten Hamburg und Bremen erst seit 1888/89 an. Nachdem auch Hamburg und Bremen nach der Einverleibung in den deutschen Zollverein in die Statistik mit aufgenommen waren, erschien nun plötzlich der starke Einfuhrüberschuß Deutschlands, der jedoch in Wirklichkeit schon früher bestanden hatte [4]).

Der Überschuß der Einfuhr Deutschlands betrug in den letzten zehn Jahren durchschnittlich zirka 1600 Millionen Mark, in dem Zeitraum von 1906/10 durchschnittlich etwa 1800 Millionen Mark jährlich [5]). Für das Jahr 1912 beispielsweise lauten die Zahlen:

Einfuhr	10691,4	Millionen Mark
Ausfuhr	8956,8	„ „
Passivität	1734,6	Millionen Mark

Nun wird [6]) die Rente der im Auslande angelegten 35 deutschen Milliarden (bei 5 % Verzinsung) auf 1750 Millionen

1) Sartorius a. a. O. S. 96. 2) Sartorius a. a. O. S. 96.
3) Sartorius a. a. O. S. 95.
4) Arndt, Deutschlands Stellung i. d. Weltwirtschaft, S. 40.
5) Arndt, Zeitschr. f. Sozialwissensch, S. 9.
6) Arndt, Deutschlands Stellung i. d. Weltwirtsch., S. 42.

Mark, die Einnahmen der deutschen Seeschiffahrt auf 400 Millionen Mark jährlich, die Bezüge der deutschen Eisenbahnen aus dem Ausland jährlich auf etwa 100 Millionen Mark, Rückzahlungen von im Auslande angelegten deutschen Kapitalien von seiten der Schuldnerländer (z. B. der Vereinigten Staaten) auf 250 Millionen Mark, und sonstige Posten auf 300 Millionen Mark geschätzt; das ergibt eine Summe von 2800 Millionen Mark, von denen 1800 Millionen Mark zur Begleichung des Einfuhrüberschusses verwendet werden, während eine Milliarde im Auslande neu angelegt werden könnte.

Diese jährliche Zunahme der deutschen Kapitalanlagen im Auslande entspricht auch anderen Schätzungen [1]).

Neben den Zinserträgnissen der ausländischen Kapitalien sind es also, wie wir soeben gesehen haben, auch noch andere Einnahmequellen, die wirtschaftlich bedeutenden Staaten vom Range Deutschlands im Kapitalienverkehr zur Verfügung stehen. Betrachten wir einige davon genauer! So z. B. das Versicherungsgeschäft in und mit dem Auslande. Die ausländischen Unternehmungen des Versicherungsgeschäftes gestatten gleichzeitig eine räumlich weitere Verteilung der Risiken. Für den Umfang des deutschen Versicherungsgeschäftes in fremden Ländern (ausschließlich der Transportversicherung des deutschen Außenhandels) gibt die Denkschrift des Reichsmarineamts 1905 [2]) wichtige Belege. Dort heißt es: „Allein bei den von der Reichsstatistik erfaßten Zweigen des Versicherungsgeschäftes — also ausschließlich des ganzen Gebietes der Transportversicherung, Rückversicherung und zahlreicher Risikoversicherungen — stammen aus einer gesamten Prämieneinnahme von 680 Millionen rund 90 Millionen oder 13 Prozent aus dem Auslande; und dabei sind es zum Teil gerade von der Statistik nicht erfaßte Zweige, die die Stärke des deutschen Auslandsgeschäftes ausmachen."

Passiv wird unsere Zahlungsbilanz dagegen belastet durch

1) Arndt, Deutschl. i. d. Weltwirtschaft, S. 42.
2) S. 11.

die Verdienste ausländischer Versicherungsgesellschaften in und mit Deutschland [1]). — Ein weiterer wichtiger Posten in der Zahlungsbilanz sind die ständigen deutschen Warenkredite [2]), die auf ein Viertel bis ein Drittel, vielleicht sogar auf die Hälfte des Betrages der jährlichen deutschen Ausfuhr geschätzt werden, d. h. etwa auf $1^1/_2$—$2^3/_4$ Milliarden. Ein weiterer Posten, statistisch freilich bisher noch nicht erfaßt, sind die vielfach für die Einfuhr vorschußweise gewährten Kredite [3]).

Auch das überseeische Bankgeschäft verstärkt die heimische Zahlungsbilanz, indem es oft sehr erhebliche Geschäftsvermittlungsgebühren dem Inlande zuwendet, die sonst das Ausland bereichern würden. Auch wird der Auslandhandel für seine finanziellen Transaktionen und Kreditbedürfnisse dadurch von auswärtiger Vermittlung frei gemacht.

Um welche bedeutenden Summen es sich dabei handelt, zeigt das Beispiel, daß noch im Jahre 1888 England an den deutsch-chilenischen Handelsumsätzen in Höhe von 60 Millionen Mark jährlich $1^1/_2$ Millionen Mark verdiente [4]). Gleichzeitig illustriert dieses Beispiel, wie jungen Datums verhältnismäßig das deutsche überseeische Bankwesen noch ist. Erst im ersten Jahrfünft des 20. Jahrhunderts ist eine Epoche systematischer Ausdehnung eingetreten. Die Zahl der Banken und ihr Kapital wuchs nun beträchtlich [5]). —

So ist die Passivität der deutschen Handelsbilanz voll ausgeglichen, ohne daß wir das Ausland mit den Barmitteln unseres Nationalvermögens zu bezahlen brauchen.

Trotz allem aber muß es als bedenklich bezeichnet werden, daß wir mit unseren wichtigsten Existenzbedürfnissen, den Lebensmitteln, auf das Ausland angewiesen sind; und wenn auch heute unsere Forderungsbilanz dem Auslande gegenüber mit einem Aktivsaldo abschließt, so müssen wir doch für die Zukunft ins Auge fassen: einerseits die Möglichkeit des Rückganges der heimischen Ausfuhr durch fortschreitende Entwicklung auch der andern Staaten zu Industrieländern und durch die sich zeigende Tendenz der Erhöhung der Schutzzölle; und andererseits die wahrscheinlich infolge der wachsenden Bevölkerung und der Verteuerung der Lebensmittel und Rohstoffe steigenden Einfuhrziffern.

1) Rießer S. 430.
2) Denkschrift S. XI.
3) Denkschrift S. XI.
4) Rießer S. 430.
5) Denkschrift S. XII.

Eine große Rolle in der Zahlungsbilanz endlich spielen die bisher noch nicht mit eingerechneten Beträge, die durch den Einwanderer-, Wanderarbeiter-, Geschäfts- und Vergnügungsreisenden-Verkehr in das Land strömen, bezw. aus ihm fließen; handelt es sich doch hier zum Teil um gewaltige Beträge.

Welche Summen in Geld und Waren haben die 30 Millionen oder mehr Auswanderer mitgenommen, die im Laufe des 19. Jahrhunderts Europa verließen! [1]) Nimmt man beispielsweise an, daß jeder Auswanderer nach Amerika durchschnittlich 200 Mark mitnimmt, so hätten die 20 Millionen Menschen, die vom Ende des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges an bis zum Jahre 1900 nach Amerika auswanderten, 4 Milliarden Mark in das Land gebracht [2]). Von 1900—1911 sind nach Fields Angaben [3]) $1^3/_4$ Millionen Menschen in Kanada eingewandert und haben Kanada 636 Millionen Dollar zugeführt [4]).

Für Deutschland haben die Verhältnisse seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sich sehr zu seinen Gunsten verändert. Haben früher Hunderttausende ihr Heimatland verlassen und ihr hohes Können, den hohen Stand ihrer Kultur in den Dienst des Auslandes gestellt, so ist die deutsche Auswanderung heute nur ganz unbedeutend [5]). Heute sind es nicht mehr Deutsche,

1) Dietr. Schäfer, Weltgesch. der Neuzeit, II, S. 290.
2) Sartorius a. a. O., S. 72.
3) Field, Capital investments in Canada, Torrento 1912.
4) Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 1, Heft 2 (Juli 1913), S. 185.
5) Im 19. Jahrhundert sind 6—7 Millionen Deutsche über See ausgewandert:
1870—1890 ca. 2 Millionen
1890—1900 „ $^1/_2$ „
1900—1910 „ $^1/_4$ „
Jährlicher Durchschnitt in den letzten Jahren: 25000, dazu die unbezifferte

die im Dienst fremden Kapitals im Auslande arbeiten wie in vergangenen Zeiten; heute arbeitet deutsches Kapital im Auslande im Dienst und zu Nutzen der heimischen Volkswirtschaft.

Auch die Wertübertragungen durch Wanderarbeiter[1]) spielen in der Weltwirtschaft eine bedeutende Rolle, die neuerdings mehrfach gewürdigt worden ist. Zu dieser „Weltsachsengängerei" ist vielerlei die Ursache: die verschiedene Lohnhöhe, der verschiedene Reichtum an Arbeitskräften, die verschiedenen Lebensbedingungen in den einzelnen Ländern, daneben auch erhöhter Bedarf an Arbeitskräften — man denke beispielsweise an den Bau des Panamakanals — sind ihre Ursachen. In diesem Verhältnis sind Asien und Europa gebend, Amerika und Afrika empfangend. Die meisten Wanderarbeiter stammen aus China, Japan, Korea, Südindien, den malayischen Inseln sowie aus Rußland, Italien, Galizien, Spanien, Portugal und den meisten Staaten der Balkanhalbinsel. Nehmer sind vor allem Argentinien, Brasilien, Kanada, die Vereinigten Staaten, Algier, Ostafrika, Deutschland, Frankreich, Rumänien und die Schweiz. In Europa ist so ein Zug von Süd nach Nord und von Ost nach West festzustellen. Eine wie wichtige Rolle die Weltsachsengängerei in der Weltwirtschaft spielt, beweist, daß man die Summe der Wanderarbeiter auf 6—8 Millionen schätzt; daß Deutschland jährlich einer Million Wanderarbeiter bedarf[2]), daß beispielsweise die Ernte in Argentinien ohne die italienischen

Auswanderung zu Lande. Die Einwanderung nach Deutschland ist zeitweilig stärker als die Gesamtauswanderung. Zahl der Deutschen im Ausland über 1¼ Millionen. (Arndt, Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft, S. 25, 26).

1) Harms a. a. O. S. 223—227. Ferner: Sartorius, Zeitschr. für Sozialwissenschaft, 1911, Heft 2 u. 3, „Die Wanderarbeit als weltwirtschaftliches Problem". — Sartorius, Die italien. Wanderarbeiter. Leipzig 1903. — Sartorius, Die süditalien. Auswanderung. Conrads Jahrb., Bd. 41 (1911).

2) Arndt, Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft, S. 27.

Arbeiter überhaupt nicht eingebracht werden kann, wie die Argentinier in einem der letzten Jahre empfindlich bemerkten; daß Deutsch-Ostafrika jährlich 50000 Wanderarbeiter bedarf. Beträchtlich sind demnach auch die Wertübertragungen, die durch Lohnauszahlung erfolgen. Man denke an die hohen und zahlreichen Gehälter, die von London zur Zahlung des großen indischen Beamtenapparates nach Indien fließen. Die Vereinigten Staaten zahlen 1 Milliarde Mark Arbeitslöhne jährlich an das Ausland, wovon 280 Millionen Mark an Italien, 60 an Deutschland zu zahlen sind. Die Summen, die die polnischen Wanderarbeiter aus Deutschland ziehen, befruchten bei dem ausgezeichneten polnischen Sparkassenwesen das ganze polnische Wirtschaftsleben merklich. Die Versicherungsgelder, die das Deutsche Reich an italienische Arbeiter zahlt, sind beträchtlich und bedeuten für Deutschland durchaus einen Übelstand. Die an die Wanderarbeiter gezahlten Löhne und Versicherungsgelder sind für die deutsche Zahlungsbilanz besonders deshalb nachteilig, weil Deutschland keine Gegeneinnahmen von deutschen im Auslande tätigen Wanderarbeitern zukommen.

Anders ist dies beim Reiseverkehr. Gibt auch in den letzten Jahrzehnten eine große Zahl Deutscher durch ihre Reisen hohe Summen im Auslande aus, so wird dies doch dadurch ausgeglichen, daß auch Deutschland ein vielbesuchtes Reiseziel, namentlich für die reichen Amerikaner, geworden ist. Mit der Zunahme und Ausdehnung des Reiseverkehrs[1]) sind die durch ihn veranlaßten Wertübertragungen stark gewachsen. Es gibt Volkswirtschaften, für die der Reiseverkehr der Ausländer eine der Haupteinnahmequellen ist: so die Schweiz, Italien, Teile Österreichs (Tirol) und Frankreichs (Paris und die Riviera). Unter den 48 Millionen Besuchern der Pariser Weltausstellung des Jahres 1900 beispielsweise waren mehrere Millionen Fremde, die sicher keine geringen Summen im Lande gelassen haben[2]). Italien hat im Jahre 1897 durch Fremdenverkehr

1) Harms a. a. O. S. 221—223.

2) Aussteller: 60000!! (Wörterb. d. VW. II S. 1321).

(nur durch den auf dem Landwege hereinströmenden) 285 Millionen Lires empfangen. Die 2 Millionen Menschen, die jährlich die Schweiz besuchen, lassen den Fremdenetablissements 120 Millionen Francs. Und Banken haben berechnet, daß im Jahre 1904 die nach Europa kommenden Amerikaner 400 Millionen Francs im Lande ließen. Wie die Zahl der Reisenden sich hob, zeigt, daß im Jahre 1892 80 000 Amerikaner nach Europa kamen, während es im Jahre 1911 schon 300 000 waren [1]).

Die Handelsbilanz Frankreichs weist, in erster Linie wohl infolge seiner stationären Bevölkerung, eine viel geringere Passivität auf als die Englands und Deutschlands, im letzten Jahrzehnt kaum 300—400 Millionen Francs jährlich [2]). Die französischen Kapitalanlagen im Auslande werfen jährlich etwa 2 Milliarden Francs ab. Diese werden nur zu verschwindend geringem Teil in Frankreich angelegt, denn Kapitalanlagen im Inlande bedeuten neue Arbeitsgelegenheit, diese aber Nachfrage nach neuen Arbeitskräften, die für Frankreich unbefriedigt bleiben muß, da die Bevölkerung keinen Zuwachs an solchen aufweist, im Gegensatz zum Kapital, das sich von Jahr zu Jahr um etwa 5 Milliarden Francs vermehrt [3]). Die ungünstigen Erwerbsbedingungen des Inlandes zwingen das französische Kapital so, sich nach lohnender Betätigung außerhalb der Staatsgrenzen umzusehen.

Eine Sonderstellung nehmen die Vereinigten Staaten von Amerika ein. Die Aktivität ihrer Handelsbilanz scheint, mindestens bis vor kurzem, durch die Passivität der anderen Posten der Forderungsbilanz ausgeglichen gewesen zu sein. Der jährliche Ausfuhrüberschuß der Union von etwa 450 Millionen Dollar muß angesehen werden als Zinszahlung und zum Teil neuerdings auch als Schuldenrückzahlung an europäische Staaten, vor allem an England und Deutschland, für die

1) Diese Zahlen sind entnommen: Harms a. a. O. S. 222.
2) Arndt, Zeitschr. f. Sozialwissenschaft, S. 8.
3) „Bank", Febr.-Heft 1911, S. 111.

gewaltigen Kapitalsummen, die diese Staaten in der Union angelegt haben.

Dietzel [1]) hat berechnet, daß das Aktivsaldo der amerikanischen Handelsbilanz 1898—1901 durchschnittlich 550, 1901—1904: 460 Millionen Dollar jährlich betragen habe, bei der Zahlungsbilanz aber nur 150 resp. 20 Millionen Dollar. Für die Zeit von 1905—10 habe das Aktivsaldo der Handelsbilanz durchschnittlich 434 Millionen betragen; aber nach einer englischen Berechnung werden die sonstigen Verpflichtungen auf 600 Millionen Dollar geschätzt. Dietzel behauptet, daß die Verschuldung an Europa jährlich um 125 Millionen Dollar zunehme, und Tatsache ist, daß die ausländischen Anleihen, die in den letzten Jahren in den Vereinigten Staaten untergebracht worden waren, meist bald zurückgeflossen sind [2]).

Mitte Oktober 1909 soll [2]) so beispielsweise der New-Yorker Markt den Londoner Bank- und Börsen-Kredit mit ungefähr 2½ Milliarden Francs in Anspruch genommen haben; 1910 haben sich die U.S.A. mit 792 Millionen Mark, 1911 mit 426 und 1912 mit 472 Millionen Mark an den Londoner Geldmarkt gewandt [3]).

Ein Land, das nach weitverbreiteter Anschauung seit langem schon eine passive Zahlungsbilanz hat, ist aber das russische Reich: „Rußland ist der ewige und größte Finanzschuldner in der Weltwirtschaft" [4]). Um sein dauerndes Passivsaldo der Zahlungsbilanz decken zu können, muß es neue Kredite im Auslande aufnehmen, die aber dann wiederum mit ihren Schuldzinsen das Passivsaldo für die Zukunft vergrößern, umsomehr, als die meisten ausländischen Anleihen Konsum-, also unproduktiven Zwecken dienen, sodaß der frühere russische Finanzminister

1) Wörterbuch d. VW. I S. 1241.
2) Neue Freie Presse, 22. Okt. 09; ihr muß die Verantwortung für diese enorm hohe Zahl bleiben.
3) Weltwirtschaftliches Archiv, II. Heft, 1. Juli 1913, S. 161.
4) Tschchanian: Die ausl. Elemente i. d. russischen VW.; Berlin 1913.

von Bunge einmal sagte: „da Rußland jedes Jahr borgen muß, um die Zinsen der alten Anleihen bezahlen zu können, so muß ein Augenblick kommen, wo es nichts mehr geliehen erhält“ [1]). Bei der Charakteristik der finanziellen Lage der einzelnen Länder wird darauf näher zurückzukommen sein. Zu bedenken ist aber, daß Rußland über enorme Naturschätze verfügt, daß seine Volkswirtschaft erst am Anfange der Entwicklung steht und daß auch die Vereinigten Staaten von Amerika, für die heute der Staatsbankrott wohl ausgeschlossen erscheint, einmal in derselben finanziellen Lage, wie jetzt Rußland es ist, waren. —

So sehen wir also folgende Gruppierung:

Drei Gläubigerländer ersten Ranges: England, Frankreich und Deutschland, daneben noch als Gläubigerländer die kleineren Staaten: Belgien und die Schweiz, Holland und Dänemark.

Auf der andern Seite:

Zwei große Schuldnerländer: Rußland in erster Reihe, dann auch die U.S.A., diese aber zugleich auch Kapitalexport treibend und als Gläubigerland auftretend. —

2. Förderungen des Warenexports durch Kapitalanlagen im Auslande und die Erreichung handelsvertraglicher oder anderer Vorteile im Verkehr mit dem Auslande.

Von allen Seiten des Problems der Kapitalanlagen im Auslande, das letzten Endes in nahezu alle Probleme theoretischer und praktischer Nationalökonomie hineinreicht, ist in der wissenschaftlichen Literatur das Problem der Exportförderung durch Kapitalanlagen im Auslande wohl am meisten beachtet und behandelt worden.

Allgemein ist zu sagen, daß, wie oben schon näher ausgeführt, Kapitalanlage im Auslande nicht notwendigerweise Waren- oder Edelmetallausfuhr bedeuten muß. Bei Staaten wie England,

1) Aufsatz von Lafargue in der „Neuen Zeit“: „Der Bankrott der russischen Finanzen“ II S. 142, II. Bd., 13. Jahrgang; zitiert bei Tschajanian a. a. O. S. 207.

Frankreich und Deutschland, die infolge ihrer schon bestehenden Guthaben im Auslande Forderungen an ihre Schuldnerländer haben, kann die Neuanlage von Kapitalien im Auslande auch vor sich gehen durch Unterbleiben der Einfuhr der vom Ausland geschuldeten Beträge.

In sehr vielen Fällen aber wird zweifellos Kapitalanlage im Auslande gleichbedeutend mit Export sein, sei es nun Export von Produktions- oder Konsumgütern. Und so soll die Frage hier untersucht werden: welche Wirkungen zieht der Kapitalexport für den Warenexport nach sich.

Betrachten wir zunächst einmal die deutschen Verhältnisse. Gerade für Deutschland haben wir eine große Zahl von Beispielen, in denen durch die Übernahme fremder Anleihen von seiten Deutschlands unsere Industrie außerordentlich befruchtet worden ist.

Man braucht nur die Berichte unserer Großbanken durchzusehen, um wahrzunehmen, an wie vielen Stellen der Erde es deutschem Kapital gelungen ist, zu arbeiten; häufig genug in einer Form, die eine starke Betätigung unserer Industrie bedeutet. Rießer, ein gründlicher Kenner, eine Autorität auf diesem Gebiet des deutschen Wirtschaftswesens, der engen Verbindung zwischen Banken und Industrie, führt zahlreiche Beispiele dafür an, daß fremde Anleihen unserer Industrie eine Fülle lohnender Aufträge gebracht haben, „so die russischen, österreichischen, ungarischen, portugiesischen, sowie die rumänischen Eisenbahnanleihen der 90er Jahre, die Finanzierungen der Venezuelabahn, der Anatolischen Eisenbahnen und der Bagdadbahn, die Bauten am Eisernen Tor, die langjährigen Bauten der Schantung-Eisenbahn und der Schantung-Bergbaugesellschaft u. a. m.“ [1]). Freilich fährt er dann fort: „Dagegen ist es in anderen Fällen infolge der bestehenden Macht- und Konkurrenzverhältnisse, ungeachtet aller Bemühungen, nicht gelungen, eine Heranziehung der deutschen Industrie durchzusetzen, obwohl die Banken diese Heranziehung in geeigneten Fällen, z. B. bei der

1) Rießer a. a. O. S. 319.

Kongoeisenbahn, sogar zur Bedingung ihrer eigenen finanziellen Beteiligung erhoben hatten."

Aus der obigen Aufzählung ergibt sich, daß es besonders die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, sowie die Waffenindustrie ist, die Vorteil aus der Kapitalanlage im Auslande zieht.

So können Kredite an fremde Staaten, wie unten bei den Beispielen für Frankreich noch näher ausgeführt werden soll, direkt auf eine Stärkung gewisser einseitiger Industriezweige hinauslaufen. Darin liegt zweifellos eine Gefahr: das Kapital verteilt sich nicht auf die ganze Volkswirtschaft, die bevorzugten Betriebe werden unter Umständen zu Betriebserweiterungen und Neuanlagen in dieser Zeit hoher Anforderungen verführt; in ruhigeren Zeiten zeigt sich dann aber der volkswirtschaftliche Schaden, sofern nicht neue Industrieaufträge vom Auslande mit Hilfe von Kreditgewährungen erzwungen werden [1]).

Das charakteristische Beispiel für Exportförderungen mit Hilfe von Kreditpolitik ist Frankreich. Hier hängt die Zulassung fremder Anleihen zu den französischen Börsen zuweilen direkt davon ab, ob das Ausland sich geneigt zeigt, der französischen Industrie dafür vorteilhafte Aufträge zu gewähren. Es ist häufig vorgekommen, daß ein in Frankreich anleihesuchender Staat die Anleihe oder deren Zulassung zum Börsenhandel erst bewilligt erhielt, wenn er der französischen Industrie, namentlich den Eisenbahn- und Waffenfabriken, Bestellungen zugewiesen hatte.

Dafür einige Beispiele [2]): Anfang Januar 1909 lehnte die französische Regierung die Ermächtigung zur Zulassung einer größeren argentinischen Anleihe, die in Paris aufgelegt werden sollte, ab, und zur selben Zeit verweigerte der Finanzminister Caillaux seine Zustimmung zur offiziellen Notierung der argentinischen 5 % inneren Anleihe von 1895 an der Pariser Börse. Der Grund hierfür war, daß die argentinische Regierung im Jahre 1908 bei Geschützbestellungen Krupp gegenüber den französischen

1) Die „Bank", Septemberheft 1909, „Deutsches Kapital im Auslande" von A. Lansburgh, S. 825.

2) Schilder, „Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft", S. 343 ff.

Creusot-Werken in nach französischer Meinung illoyaler Weise bevorzugt hatte.

Im Dezember 1909 beabsichtigte die bulgarische Regierung eine Anleihe in Paris aufzunehmen; da jedoch Bulgarien sich nicht bereit zeigte, aus der Anleihe der französischen Industrie Bestellungen zukommen zu lassen, wurde Bulgarien bedeutet, daß es auf die Zulassungsbewilligung am Pariser Markt nicht zu rechnen habe, und die Aufnahme der Anleihe in Paris unterblieb.

Dieses System, durch Anleihegewährung der Industrie des Gläubigerlandes, mit mehr oder weniger großem Zwange für den anleihesuchenden Staat, Aufträge zu verschaffen, hat Frankreich außerordentlich häufig und mit großem Erfolge angewendet. In der Tat ist bei der inner-wirtschaftlichen Position Frankreichs und seiner wirtschaftlichen Stellung gegenüber dem Auslande dieses System der etwas gewaltsamen Zuführung von Aufträgen an die Industrie von unendlichem Vorteil. Denn bei den hohen Löhnen, die infolge des Mangels an Arbeitskräften die französische Industrie zahlen muß, bei der geringen Werkstättendisziplin der französischen Arbeiter und bei den dadurch sehr ausgedehnten Lieferungsterminen hat die französische Industrie, namentlich in ihren metallurgischen und Konstruktionsbranchen, an sich eine nur beschränkte Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Dieser Nachteil wird aber, wie oben ausgeführt, durch die Stärke des französischen Kapitalmarktes in der Welt häufig, wenn auch nicht immer, ausgeglichen; denn es ist bei der starken Nachfrage nach Kapital namentlich von Seiten der Union nicht immer möglich, einen anderen Gläubigerstaat zu finden, der infolge günstigerer Industrieverhältnisse die Bestellungen des Auslands billiger, rascher und besser liefern könnte. Zudem ist, wie später weiter ausgeführt werden wird, die Gewährung von Anleihen häufig auch von politischen Konstellationen abhängig. So verdanken die französischen Industriefabriken, namentlich die Kriegsmaterial liefernden, einen großen Teil ihrer Aufträge der Regierung, die die volle Schärfe der Weltmarktskonkurrenz für die Fabriken ausgeschaltet hat. An-

dererseits hat die französische Regierung aber wiederum die Macht, einzelne große Unternehmungen zu bevorzugen, ein Umstand, der leicht Korruption zur Folge haben kann.

Es kann auch der Regierung wünschenswert sein, aus politischen Gründen beispielsweise, eine Anleihe, die an zu hohen Lieferungspreisen des Gläubigerlandes zu scheitern droht, zu gewähren, und sie ermöglicht diese Gewährung dadurch, daß sie einen Druck auf die in Frage kommenden Fabriken ausübt. Ein Beispiel dafür ist in der Wiener Neuen Freien Presse zu lesen, die unter dem 15. Januar 1910 folgenden unwidersprochen gebliebenen telegraphischen Bericht aus Paris erhielt:

„Die Emission des neuen serbischen Anlehens von 150 Millionen Francs in Paris, welches bereits abgeschlossen und von der serbischen Skupschtina vor einigen Tagen votiert worden ist, schien auf gewisse Schwierigkeiten zu stoßen. Zu einer der stillschweigenden Bedingungen dieses Anlehens gehört nämlich die Übertragung einer bedeutenden Waffenlieferung für die serbische Armee an die französische Gesellschaft Schneider & Comp. in Creusot. Bisher konnte sich jedoch die serbische Regierung zu dieser Bestellung nicht entschließen, weil die Offerte der genannten Firma bedeutend höhere Preise enthielt, als das gleichzeitig eingelaufene Angebot der deutschen Firma Krupp. Die französische Regierung verweigerte daher die Genehmigung zur Emission, machte aber gleichzeitig ihren Einfluß bei der Creusot-Gesellschaft geltend, um eine Herabsetzung der Offertpreise auf das Niveau der Kruppschen herbeizuführen. Diese Bemühungen haben Erfolg gehabt. Die Creusot-Gesellschaft hat eine Ermäßigung ihrer Preise bewilligt, und die Emission des Anlehens in Paris wird mit Genehmigung der französischen Regierung in den nächsten Tagen stattfinden."

Auch in Deutschland wird das System der Exportförderung durch Anleihegewährung an das Ausland in großem Umfang und planmäßig betrieben, wobei das deutsche System der engen Verbindung zwischen Großbanken und Industrie außerordentliche Vorteile und Erleichterungen gewährt. So sind gelegentlich der

durch Deutschland und Österreich aufgenommenen türkischen Anleihe 2 deutsche Kriegsschiffe an die Türkei verkauft worden. So ist zur Gründung deutscher Salpeterwerke in Chile eine Anleihe von 15,3 Millionen Mark gewährt worden, eine Summe, die aber lediglich in der Form des Exports deutscher Maschinen nach Chile ging. Von der Anleihe waren bis 1908 bereits 5 Millionen zurückgezahlt, und 7 Millionen Dividende sind nach Deutschland geflossen [1]).

Zu unterscheiden ist in dieser Frage jedoch sehr, ob der Schuldnerstaat, dem eine Anleihe gewährt wurde, ein wirtschaftlich hoch entwickeltes Land mit selbständiger Volkswirtschaft, ein politisch mächtiger Staat, wie beispielsweise die Union, oder ob er ein politisch mehr oder minder abhängiger Kleinstaat ist, wirtschaftlich nicht dazu imstande, alles das, dessen er bedarf, im Lande herzustellen.

Kapitalgewährungen an die Union beispielsweise werden wohl nie von Industriebestellungen dieses Landes abhängig gemacht werden können bei der politischen Großmachtstellung, die die Union einnimmt. In diesem Sinne sind (wie Graf Kanitz in der Bankenenquete 1908 ausführte) die in deutschem Besitz befindlichen amerikanischen Eisenbahnanleihen eine schlechte Kapitalanlage; denn bei dem hohen Stand der amerikanischen Eisenindustrie und bei den hohen amerikanischen Einfuhrzöllen auf Eisenbahnmaterial und dergleichen ist eine Ausfuhr deutschen Eisenbahnmaterials nach Amerika natürlich ausgeschlossen.

Bei Kreditgewährungen an Staaten wirtschaftlich und politisch zweiten Ranges, wie die Türkei, ist es naturgemäß leichter, seine Forderungen durchzusetzen; um so mehr, als solche Staaten nicht eine so hoch entwickelte Industrie besitzen, die imstande wäre, den qualitativ wie quantitativ enorm hohen Anforderungen der modernen Waffentechnik beispielsweise zu genügen.

Im übrigen muß auch bemerkt werden, daß es bei kleineren Staaten wesentlich leichter ist festzustellen, welche Exportförde-

1) Banken-Enquête 1908, S. 86 87.

rungen durch Kreditgewährungen dem Gläubigerlande erwachsen sind, da die einfacheren und unkomplizierteren Handelsbeziehungen dieser Staaten in der Handelsstatistik leichter festzustellen sind als bei wirtschaftlichen Großmächten, etwa vom Range Englands und der Union. Das Äquivalent für die Kreditgewährung an solche Großmächte wird bisweilen auch in einer Exportförderung bestehen, die vielleicht nur deshalb in der Handelsstatistik nicht erfaßbar ist, weil sie in einem Unterbleiben der Einfuhr besteht, oder auch weil die Ausfuhr nicht direkt von Land zu Land erfolgt, sondern viele Staaten in den komplizierten Austauschverkehr hineinbezogen sind.

Häufig, wenn auch naturgemäß nicht mit Sicherheit immer darauf zu rechnen ist, wird durch die Kapitalanlage im Ausland der Ausfuhrhandel nach dem Schuldnerlande auch in den kommenden Zeiten eine Steigerung erfahren, da das Schuldnerland sich an die betreffenden Fabrikate, an den Handelsverkehr mit dem Gläubigerlande gewöhnt hat. Daß in dem nächsten Jahre nach der Kreditgewährung und der dadurch forcierten Exportsteigerung die Exportziffer wieder etwas zurückgeht (wie Lansburgh[1]), gegen die Kapitalanlagen im Auslande polemisierend, ausführt), ist selbstverständlich.

Auch daß unsere Ausfuhr nach finanziell unabhängigen Ländern, wie England, Frankreich, Schweiz usw., schneller gewachsen ist als nach Deutschlands Schuldnerländern, läßt sich durch die im Vergleich zu unseren Schuldnerländern eben viel gewaltigere und raschere wirtschaftliche Entwickelung der finanziell unabhängigen Länder erklären, und wenn Lansburgh[2]) ausführt, „daß die Schuldnerländer trotz des auf sie ausgeübten Druckes ihre Bezüge aus Deutschland im Durchschnitt nicht in dem Maße gesteigert haben wie die unabhängigen Länder", so bleibt eben doch die Frage offen, ob nicht unser Export nach diesen Ländern sich noch langsamer entwickelt hätte, wenn wir nicht einen gewissen „Druck" durch Kreditgewährung auf sie ausgeübt hätten.

1) „Bank", Septem. 1909, S. 826. 2) Ebenda S. 827.

Auch England hat seinen Export gewaltig gesteigert durch seine Kapitalanlagen im Auslande. So wurde gelegentlich eines Vortrags Sir Edg. Speyers im Mai 1911 ganz in demselben Sinne bemerkt[1]): „Das Zusammentreffen des Kapitalexports mit dem Anwachsen unseres Fabrikatexports war höchst bemerkenswert" („The coincidence of the export of capital with the increase of our exports of manufactures goods was most remarkable"), und „Wenn man dagegen Deutschland Geld leiht, so sind die Folgen davon für unsere Ausfuhr bei weitem nicht so groß. Wenn ein Land wie Deutschland oder irgendein anderes hochschutzzöllnerisches Land von uns Geld liehe, so würde uns das in unserer Ausfuhr nur sehr indirekt zugute kommen („we should only benefit in our exports very indirectly"). lange nicht so wie in den eben erwähnten Fällen."

Und schon früher einmal im Jahre 1900 hatte Speyer in einem Vortrag vor dem Institute of Bankers bemerkt: „Was bedeuten die ausländischen Kapitalanlagen für uns? An erster Stelle geben sie unserer Arbeiterschaft viel Beschäftigung. Wir exportieren unser Kapital in die Kolonien und fremden Länder größtenteils in Gestalt britischer Erzeugnisse, Schienen, Brücken, Betriebsmaterial für Eisenbahnen, die wir im Auslande bauen, Kleidung und oft Nahrung für die Arbeiter bei auswärtigen Unternehmungen. Wenn wir in die Länder, in denen wir Geld anlegen, nicht direkt Waren senden, tun wir es indirekt. Mit anderen Worten haben wir während der letzten 50 Jahre jährlich 30 Millionen Pfd. Sterl. unserer Exporte versenden können, weil wir auswärtige Anlagen gemacht haben. Die Summe war hinreichend, um 300 000 Menschen mit jährlich 100 Pfd. Sterl. 50 Jahre lang zu bezahlen" [2]).

Eine besondere Bedeutung für die Exportförderung besitzt das überseeische Bankgeschäft[3]). Es ist in der Lage,

1) Zitiert bei Arndt, Wesen und Zweck der K. i. A. (Zeitschrift für Sozialwissenschaft), S. 17.

2) Denkschrift des Reichs-Marine-Amts 1905, S. 240.

3) Rießer a. a. O. S. 431.

rechtzeitig und leicht in Erfahrung zu bringen, wenn im Auslande eine Vergebung größerer Aufträge, Lieferungen und Arbeiten und die Emission auswärtiger Anleihen bevorsteht. In demselben Sinne wirken unsere konsularischen Vertretungen im Auslande, insbesondere die den Konsulaten zugeteilten Handelssachverständigen. Das überseeische Bankgeschäft vermag ferner durch seine Beziehungen zu ausländischen Abnehmern diese auf deutsche Lieferanten aufmerksam zu machen und ebenso umgekehrt deutsche Fabrikanten von geeigneten Absatzgebieten im Auslande zu benachrichtigen.

Eng mit der Exportförderung durch die Kapitalanlage im Auslande hängt eine andere Vorteilsmöglichkeit, die diese gewähren, zusammen: die Möglichkeit, handelspolitische oder ähnliche wirtschaftspolitische Vorteile, die meist dann in Handelsverträgen festgelegt werden, durch Kreditgewährung zu erreichen.

Dafür einige Beispiele[1]): Durch den österreichisch-britischen Handelsvertrag vom 16. Dezember 1865, der am 1. Januar 1867 in Kraft trat, wurden neben anderen günstigen Nebenzugeständnissen an England die früher fast prohibitiven österreichischen Industriezölle, deren Österreichs eben erst entstehende Industrie bedurfte, stark ermäßigt und auf 10 Jahre festgelegt. Für diesen für Österreich sehr ungünstigen Vertrag erhoffte das österreichische Ministerium, da Österreich damals in großer Finanznot war, eine größere Anleihe von Seiten Englands zu erhalten. Die Hoffnung aber täuschte, und so waren die großen handelspolitischen Zugeständnisse Österreichs umsonst gebracht. —

Ein weiteres Beispiel ist der russisch-französische Handelsvertrag vom September 1905. In ihm erhielt Frankreich große Zollzugeständnisse von Seiten Rußlands, die Frankreich die Einfuhr landwirtschaftlicher und industrieller Erzeugnisse nach Rußland erleichtern. Die russischen Konzessionen erklären sich durch die Finanznot des von Frankreich finanziell stark abhängigen Zarenreiches infolge des Krieges mit Japan und der Revolution im

1) Schilder a. a. O. S. 351 ff.

Innern. Ist der Vertrag auch mit einjähriger Frist zu jeder Zeit kündbar, so dürfte doch Rußland von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch machen.

Der Kapitalbedarf Rußlands während des russisch-japanischen Krieges hatte aber auch für Deutschland seine Vorteile. Als im Jahre 1902 die Handelsverträge abliefen, versuchte Rußland in dem Jahre darauf Zollerhöhungen für die deutschen Industriefabrikate durchzusetzen. Nach Ausbruch des Krieges aber wurde in den Nordernever Verhandlungen Rußland klar gemacht, daß es Deutschland zur Aufnahme russischer Anleihen nur bereit finden würde, wenn es die Zölle nicht erhöhte. Die Folge davon war, daß in dem deutsch-russischen Handelsvertrag von 1906 Rußland seine Zölle nur leicht erhöhte (entsprechend der Erhöhung der deutschen Agrarzölle). Der wichtigste Vorteil für Deutschland war aber, daß die Zölle bis 1917 festgelegt wurden. —

Die vor einigen Jahren erfolgte Herabsetzung des schwedischen Einfuhrzolles für nichtschäumende Faßweine erklärt sich durch das französische Gegenzugeständnis, daß Frankreich künftighin die öffentlichen schwedischen Werte an der Pariser Börse zulassen wolle, was bisher nicht der Fall gewesen war.

Der französisch-japanische Handelsvertrag von 1911 gewährte den Japanern, für deren Anleihen neben dem Londoner auch der Pariser Geldmarkt von großer Bedeutung ist, wie in den Verhandlungen betont wurde, nur den französischen Minimaltarif, während Frankreich Ermäßigungen des allgemein gültigen japanischen Tarifs für wichtige französische Ausfuhrwaren erhielt.

In diesem Sinne ist auch der für England vorteilhafte britisch-japanische Tarifvertrag von 1911 zu deuten.

Daß Mitte Juni 1911 ein Ansuchen an die französische Regierung, Aktien der United States Steel Corporation an der Pariser Börse zuzulassen, abschlägig beschieden wurde, hat, zum Teil wenigstens, auch seinen Grund in den hohen Zollsätzen des

amerikanischen Payne-Tarifs von 1909, die viele französische Exportartikel schwer trafen. —

Endlich noch ein Beispiel aus der deutschen Handelspolitik. Eine bulgarische 100 Millionen Fr. Anleihe, deren Aufnahme in Paris im Dezember 1909 gescheitert war, wurde Januar 1910 von einem österreichisch-deutschen Konsortium übernommen, zunächst aber an den deutschen Börsen nicht zugelassen, da Bulgarien der deutschen Industrie keine Aufträge erteilt hatte. Die Zustimmung zum deutschen Börsenhandel wurde erst November 1911 erteilt, nachdem Bulgarien sich zu verschiedenen handelspolitischen Zugeständnissen Deutschland gegenüber bequemt hatte.

Neuerdings kommt es bisweilen vor, daß bei öffentlichen Anleihen das Gläubigerland dem Schuldnerlande sogar die Schiffahrtslinien vorschreibt, auf denen der Transport der gleichfalls ausbedungenen Industrieaufträge zu erfolgen hat.

Nachteile des Warenexports[1]).

Der Kapital-Export, und namentlich derjenige in der Form des Exportes von Produktionsmitteln, hat aber auch eine nachteilige Seite in seiner Bedeutung für die Volkswirtschaft.

Häufig wird nur durch den Kapital-Export die Entstehung ausländischer Industrien ermöglicht oder doch ihre Entwicklung befruchtet, derselben Industrien, die ein Menschenalter später oder auch nach kürzerer Zeit schon der Industrie des Gläubigerlandes empfindliche Konkurrenz machen. Und so erhebt sich die Frage: sollen wir wirklich der Industrie des Auslandes unser mühsam und in langer Zeit erworbenes Kapital zu niederem Zins, unsere geschulten Arbeitskräfte, leitende und ausführende, unsere in harter Arbeit errungenen, hochentwickelten Arbeitsmethoden mühelos in den Schoß werfen, um bei dem immer schärfer werdenden Konkurrenzkampfe auf dem Weltmarkt einen neuen Rivalen uns heranzuziehen? Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß manche Länder schon durch den Reichtum an Naturschätzen weit günstiger daran sind als wir, so China, das man mit Recht wohl das „Dornröschen der Entwickelung" genannt hat, mit seinen unermeßlichen Schätzen an Kohlen und Eisen, so die Vereinigten Staaten mit ihren Petroleumquellen und ihrem Kupferreichtum und Rußland mit seinen Petroleumquellen und seinen Platinschätzen. Und ferner: bisher ist der Industrie-Export, wenn er zu starke Konkurrenz fand, von Land zu Land gewandert; auch das ist heute nicht mehr so leicht möglich wie früher. Die für den Industrie-Export günstigsten Absatz-Gebiete sind schon besetzt, die Erwerbung neuer ist schwieriger als bisher.

Viele fremde Länder sind den europäischen Staaten aber nicht nur überlegen durch ihren Reichtum an Naturschätzen, sie sind es auch durch die billigeren und bedürfnisloseren Arbeitskräfte, so Japan und China in erster Linie.

Muß man auch alles eben Angeführte berücksichtigen, und bisher geschieht dies sicher viel zu wenig, so darf aber andererseits die Kehrseite der Medaille nicht übersehen werden. Zunächst entstehen doch in der unmittelbaren Gegenwart für unsere Industrie durch den Export, durch die Schaffung einer neuen Industrie in einem fremden Lande gewaltige Vorteile, und diesen Vorteil der Gegenwart muß sie ausnützen; er ist *sicherer* und feststehender als die gefährlichen Folgen, die in der Zukunft *wahrscheinlich* eintreten werden. Es ist gerade in wirtschaftlichen Dingen außerordentlich schwer zu prophezeien, wie die in der nationalökonomisch-wissenschaftlichen Literatur zahlreichen falschen Prophezeiungen beweisen. Die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Entwickelung sind so zahlreich, daß für die fernere Zukunft kaum etwas Sicheres vorausgesagt werden kann. *Zunächst* ist also erschließt sich eben doch für die eigene Industrie. beispielsweise die deutsche, ein neuer Markt. Erobert ihn die Industrie nicht, so wird dies sogleich die hochentwickelte Industrie eines anderen Landes, die englische oder belgische etwa, tun. Den Schaden haben wir auch in diesem Falle in der Zukunft zu

1) Literatur zu diesem Abschnitt: A. *Wagner*, Agrar- u. Industriestaat; *Pohle*, Deutschland am Scheidewege; *Dietzel*, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft; *Brentano*, Die Schrecken des Industriestaats.

tragen, aber ohne daß die deutsche Industrie einen Vorteil davon hatte. Die Industrie fremder Länder nicht zu entwickeln und heranzuziehen, hätte also nur dann einen Sinn, wenn das Unmögliche möglich würde: eine Verständigung aller hochentwickelten Industrieländer dahin, daß sie sich verpflichten, keine fremde Industrie heranzuziehen. Das aber wird wohl noch lange eine Utopie bleiben.

Auch darf nicht vergessen werden, daß ein großes gewaltiges Gebiet für die Industrialisierung noch offen steht, das ganze große Gebiet der heißen Wirtschaftszone. Schon zeigen sich starke Ansätze einer solchen Industrialisierung. Zu den Kapitalanlagen im Auslande in der Form von Staatsanleihen und sodann von Eisenbahnpapieren ist in erhöhtem Maße heute die Kapitalanlage in der Form von Errichtung von Fabriken in den Rohstoffproduktionsgebieten getreten. Die Exportindustriellen errichten Filialen oder selbständige Fabriken. Sie ersparen so den Schutzzoll, besonders aber die Transportkosten des Rohstoffs, häufig auch die Transportkosten des Fertigfabrikats. So ist ein Zug der Industrie zum Rohstoffland zu beobachten. Freilich wird diese Industrialisierung der Tropen die Lage für unsere Exportindustrie auf dem Weltmarkte *später* sehr fühlbar verschlechtern.

Das Problem ist übrigens heute noch verhältnismäßig wenig von der nationalökonomisch-wissenschaftlichen Literatur beachtet worden. Und doch handelt es sich hier um eine Frage von höchster Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft der Menschheit. Wie weit ist eine Tropenindustrie nach westeuropäischer Art möglich? Die Frage ist großenteils eine hygienische. Wie weit ist die Besiedlung der Tropen durch die Weißen möglich? [1]) Der Verein für Sozialpolitik hat, seine wissenschaftlichen Forschungsgebiete weiter ausdehnend, sich diesem Problem seit einigen Jahren zugewandt und für die einzelnen tropischen Länder Referenten gewählt, die die Gebiete untersuchen sollen [2]). Nach dem

1) Von Herrn Prof. Zoepfl in seinem Kolleg „Weltwirtschaftslehre und Weltwirtschaftspolitik" behandelt.

2) Einige Arbeiten darüber sind schon in den Schriften des Vereins

heutigen Stand hygienischer Kenntnis erscheint es nicht als ausgeschlossen, Weiße ohne Schaden für ihre Gesundheit dauernd in den Tropen anzusiedeln, sofern für sie nur auf heiße Tage kühle Nächte folgen. Das aber ist ja eventuell auch auf künstlichem Wege, durch kälteerzeugende Maschinen zu erreichen. Doch darf das Siedelungsproblem heute noch nicht als gelöst gelten. Eine Arbeitsteilung zwischen den Tropen als Rohstoffländern und uns als Industrieländern, wie Fr. List sie prophezeite, ist so bis heute noch nicht eingetreten, vielmehr ist heute ein Hinstreben der Produktionsfaktoren „Kapital" und „Arbeit" zum Produktionsfaktor „Natur", wie man gesagt hat, zu verzeichnen, und es scheint fast, als sollte in den nächsten Zeiten in der nationalökonomisch-wissenschaftlichen Literatur und Praxis der Produktionsfaktor „Natur" ganz besonders stark betont und in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Betrachtungsweise gestellt werden, so wie es im 19. Jahrhundert mit den Produktionsfaktoren „Arbeit" und „Kapital" geschah. Sollte so vielleicht wirklich, in später Zukunft freilich, einmal das Prophetenwort Roschers sich erfüllen, daß der Schauplatz der Menschheitsgeschichte zu ihrem Ausgangspunkt, zu ihrer Wiege, den Tropen, zurückkehren würde? Vorerst scheint nach Meinung der Historiker ja die germanisch-angelsächsische Rasse zur Weltherrschaft berufen zu sein, und Zeichen scheinen darauf hinzudeuten, daß im Kreislauf der Weltgeschichte die Slawen und besonders die Mongolen sie einmal ablösen werden; aber warum sollen darnach nicht auch einmal die Tropen eine führende Rolle in der Weltgeschichte spielen? — Sind dies auch noch Fragen fernster Zukunft, so verdient das Problem der Möglichkeit einer Tropen-Industrie — eines weiten neuen Betätigungsfeldes für den Kapital-Export also, doch heute schon volle Beachtung.

für Sozialpolitik erschienen. Neben *Sering* haben besonders *Rathgen*, *Schumacher*, *Zoepfl* bezw. deren Schüler Arbeiten übernommen. — Bd. 147, I der Schriften des Ver. für Sozialpolitik: „Deutsch-Ost-Afrika als Siedlungsgebiet für Europäer". Bd. 147, III „Die Ansiedlung von Europäern in den Tropen".

3. Die Kapitalanlagen im Auslande als Notreserve für Krisen und Kriege.

Neben die hohe Bedeutung der Kapitalanlagen im Auslande für unsere Zahlungsbilanz, unseren Industrie-Export und unsere Handelspolitik tritt nun noch eine weitere. Sie besteht darin, daß die Kapitalanlagen im Auslande für wirtschaftliche oder politische Krisen eine Notreserve bilden [1]). Dafür kommen natürlich nur kurzfristige Kapitalanlagen in Betracht, die in kritischen Zeiten rasch flüssig gemacht werden können, also vor allem ausländische Goldvaluten, „Golddevisen und sonstige Goldguthaben, wie gute ausländische, in Gold zahlbare Wertpapiere, die auch an ausländischen Börsen gehandelt werden, also einen internationalen Markt haben“ [2]). Natürlich kann es sich nur um fremde Wertpapiere im deutschen Besitz, nicht um Anlagen des deutschen *festen* Kapitals im Auslande dabei handeln. Sie sind zugleich „ein notwendiges Ausgleichungsmittel im Falle der Zurückziehung größerer ausländischer Guthaben aus dem Inlande“ [3]). Ferner bedürfen wir ihrer, „um Gold aus dem Auslande heranziehen zu können zur Befriedigung der in den ersten Tagen nach und in den letzten Tagen vor einer Kriegserklärung gewöhnlich stürmisch andrängenden Kredit- und Zahlungsmittel-Bedürfnisse, sowie zur Deckung eines bei vorübergehendem Nachlassen des Vertrauens auf Geldsurrogate in solchen Zeiten leicht auftretenden heftigen Verlangens nach Barmitteln. Wir bedürfen ihrer aber auch, um in dem Besitz solcher internationalen und an verschiedenen auswärtigen Börsen zu realisierenden Werte gegen die in kriegerischen Zeiten erwachsenden Kursverluste an den heimischen Werten und gegen die dann eintretende Schwäche oder Überfüllung der inländischen Börsen eine Deckung zu finden“ [4]). Dem hält *Arndt* das Bedenken entgegen: „ob nicht etwa die im Kriege zu erwartenden Entwertungen der ausländischen Kapitalanlagen die Schwierigkeiten vermehren werden“ [1]), und *Lansburgh* [2]), weist überzeugend nach — er führt Beispiele für die Kriegsjahre 1866 und 70 und für die Krisen 1874, 1882, 1890, 1900, 1907 an — daß „der Kapitalist niemals weniger Neigung verspürt, sich seiner fremden Effekten zu entledigen, als wenn im Inland eine Krisis ausgebrochen ist, daß gerade im Gegenteil in solchen Zeiten der Kapitalist seinen Besitz an ausländischen Papieren, die er für relativ sicherer hält als deutsche Werte, zu vergrößern sucht“ [3]). Für den Kapitalisten sind eben in erster Linie privatwirtschaftliche Motive maßgebend. Es bedürfte eines hohen Standes politischer Erziehung, wie wir ihn in England jedoch bisweilen fanden, damit der Kapitalist seine privatwirtschaftlichen Interessen dem Wohle des Landes opferte.

1) *Rießer* a. a. O. S. 433, 434 vor allem, und sein Buch: „Finanzielle Kriegsführung und Kriegsbereitschaft“.
2) *Rießer* S. 20. 3) *Rießer* S. 19.
4) *Rießer* a. a. O. S. 433/434.

Ist es für uns anzustreben, daß wir dem Ausland nur kurzfristige, also leicht kündbare Kredite gewähren, so ist es umgekehrt für uns vorteilhaft, daß das Ausland an uns nur langfristige Kreditforderungen hat.

Ein weiteres Erfordernis für unsere Kreditanlagen im Auslande ist, daß sie auch an den anderen Börsen gehandelt werden, vor allem aber natürlich an der Börse des Heimatlandes, damit so der Wiederverkauf der Anlagewerte möglich ist.

Diese beiden Erfordernisse der Kapitalanlagen im Ausland, die als Voraussetzung für ein günstiges Urteil über sie gelten müssen, führen uns nunmehr zu einer genaueren Betrachtung darüber, welche Voraussetzungen und Bedingungen die Kapitalanlagen im Auslande erfüllen müssen, um als wirtschaftlich wertvoll und günstig bezeichnet zu werden.

4. Gefahren des Kapital-Exports. — Voraussetzungen und Einschränkungen für einen vorteilhaften Kapital-Export.

Als oberstes Erfordernis wird der Satz aufzustellen sein, daß Kapitalanlagen im Auslande erst erfolgen dürfen, wenn der

1) *Arndt* a. a. O. S. 182 (Zeitschrift Heft III).
2) „Die Bank“, September 1909, S. 829—831.
3) ebenda, S. 831.

Kapitalbedarf des Inlandes genügend gedeckt ist, oder wie man gesagt hat: „Wenn wir im Auslande Emissionen übernehmen und unterstützen wollen, dürfen die Gelder dafür nur Überschüssen entnommen werden, die eine eigentliche gute Verwendung im Inlande nicht finden können“ [1]).

Nun ist dieser Begriff der Deckung des Inlandbedarfes freilich ein sehr relativer. Gerade Deutschland mit seiner sich immer noch gewaltig entwickelnden Volkswirtschaft, mit seinem starken Bevölkerungszuwachs bedarf außerordentlicher Kapitalmengen für seinen Inlandbedarf. So ist die Frage sehr wohl berechtigt: wäre es nicht vielleicht günstiger für unser Land, wenn durch ein Aufhören des Kapitalstromes nach dem Ausland der deutsche Zinsfuß fiele? Wenn der so hervorgerufene niedere Zinsfuß der deutschen Landwirtschaft, dem gewerblichen Mittelstand, dem Handwerk es ermöglichte, sich in ganz anderem Maße als heute an den deutschen Markt zu wenden? Freilich ist zu bemerken, daß eben jede Zinsfußsenkung mit der daraus folgenden erhöhten Kapitalnachfrage auch wiederum zu einer Tendenz der Steigerung des Zinsfußes führt. Und ferner: eine gewisse Regulierung dahin, daß Kapitalanlagen im Auslande nur stattfinden, wenn auch der Inlandbedarf einigermaßen gedeckt ist — von einer absoluten Deckung wird man, wie gesagt, eben niemals reden können — erfolgt von selbst, gewissermaßen automatisch. Denn der niedere Zinsfuß im Inlande, eine gewisse Kapitalsättigung also, dem der höhere Zinsfuß des Auslandes gegenübersteht, sie sind es ja gerade, die zur Kapitalanlage im Auslande führen. Blieben die nach dem Ausland strömenden Kapitalien im Inlande, würde der Zinsfuß voraussichtlich noch weiter fallen; dieser niedere Zinsfuß aber würde dann umso sicherer zum Abströmen des Kapitals nach Ländern mit höherem Zins führen. Und andererseits muß bemerkt werden, daß ganz analog ein hoher inländischer Zinsfuß, eine starke inländische Kapitalnachfrage ganz von selbst ein Abströmen inländischer Kapitalien nach dem Auslande erschweren.

1) Bankenenquête 1908, S. 83.

In welchem Verhältnis stehen nun die Kapitalanlagen im Auslande zu dem inländischen Kapitalbedarf? Wir verfügen zur Beantwortung dieser Frage über eine leidlich gute Statistik. So teilte der Staatssekretär des Innern Delbrück am 11. Februar 1911 folgende Ziffern im Reichstag mit [1]):

Jahr	Emissionen (in Millionen Mark) inländ. Werte		ausländ. Werte	
1900/01	2166,5		295,9	
1901/02	2287,4		342,7	
1902/03	2332,2	ca. 12355,7 Millionen Mark	1054,2	ca. 3233 Millionen Mark
1903/04	2178,4		424,4	
1904/05	2598,3		584,0	
1905/06	2959,4		828,0	
1906/07	3703,7		333,8	
1907/08	2994,3		168,0	
1908	4022,5	17720,9 Millionen Mark	238,7	1990 Millionen Mark
1909	4146,3		720,8	
1910	2854,1		528,4	

Faßt man die Beträge der Emissionen für einen längeren Zeitraum, also etwa für 1901—1905 und für 1906—1910 zusammen (was wegen Konjunkturschwankungen und dergl. rätlich ist), so erhält man an Auslands-Anleihen für den 1. Zeitraum die Summe von rund

3233 Millionen Mark,

für den 2. rund

1990 Millionen Mark,

während die inländischen Werte
im 1. Jahrfünft

12 356 Millionen Mark,

im 2. Jahrfünft

17 721 Millionen Mark

betragen. Hier ist also ein Rückgang der Auslands-Emissionen, eine Steigerung der Inlands-Emissionen zu verzeichnen.

1) Zitiert bei Helfferich „Bankarchiv“, X. Jahrg., Nummer 14 (15. 4. 1911), S. 210. — Diese Nummer des Bankarchivs ist ganz den ausländ. Kap.-Anl. gewidmet!

Nach der Statistik des „Deutschen Ökonomisten" (von Helfferich zusammengefaßt in Gruppen von 5 Jahren) ergibt sich weiter, daß in der Zeit von 1891/5—1906/10 „die Kapitalanlage in Inlandswerten sich verdreifacht hat, die Kapitalanlage in Auslandswerten ungefähr gleichgeblieben ist" [1]).

	(in Millionen Mark)	
Jahre	inländ. Werte	ausländ. Werte
1886/1890	4360	2322
1891/1895	4833	1462
1896/1900	8216	2420
1901/1905	8339	2147
1906/1910	12615	1497.

Es kann also darnach als feststehend betrachtet werden, daß die Ausland-Emissionen sich nicht in demselben Verhältnis wie die Inland-Emissionen entwickelt haben. Und wenn man dem entgegenhält, daß der deutsche Zinsfuß in der Zeit von 1890—95 sehr viel niedriger war, als im Durchschnitt von 1905—10, und daß der Kurs unserer 3 prozentigen Staats-Anleihen von annähernd 100 auf 80 % und weniger heruntergegangen ist, so darf man dafür doch nicht die Kapitalanlage im Auslande in erster Linie verantwortlich machen, denn wie die folgende Tabelle [2])

	(In Millionen Mark)				
	Öffentlicher Kredit		Bodenkredit	Inlands-	Auslands-
Jahr	Staats-anleihen	Kommunal-anleihen	Pfand-briefe	werte überhaupt	werte, überhaupt
1886/1890	1508	274	1248	4360	2322
1891/1895	1356	409	2189	4833	1462
1896/1900	838	841	1879	8216	2420
1901/1905	2125	1195	2262	8339	2147
1906/1910	4131	1942	2588	12615	1497

zeigt, hat der öffentliche Kredit (des Reichs, der Bundesstaaten

1) Helfferich, Bankarchiv, S. 211.
2) Bank-Archiv S. 212.

und, last not least, der Kommunen), der industrielle und kommerzielle Kredit (Industrie-Obligationen, Aktien, Bankaktien) enorme Steigerungen aufzuweisen, die Auslandsemissionen (d. h. immer nur die öffentlich an deutschen Börsen notierten!) aber sind zurückgegangen.

Die starke Nachfrage nach Kapitalien von seiten der öffentlichen Körperschaften, der Industrie, des Handels und der Banken in den letzten Jahrfünften war es vor allem, die eine Zinsfußsteigerung hervorgerufen hat. Das ist gleichbedeutend mit dem Sinken der Kurse der festverzinslichen Werte. Mit dem starken Kapitalverbrauch konnte die Neubildung von Kapital nicht gleichen Schritt halten, und es begann eine Periode des steigenden Zinsfußes und sinkender Rentenkurse, in der wir noch sind, während in den 90er Jahren eine umgekehrte Tendenz zu verzeichnen war und wegen steigender Kurse zu Konversionen geschritten wurde.

Immerhin muß gesagt werden, daß Geldmarktverhältnisse wie die des letzten Jahres (1912/13) eine möglichst starke Einschränkung unserer Kapitalanlagen im Auslande rätlich erscheinen lassen. War doch der deutsche Geldmarkt nicht in der Lage, für die Wehrvorlage eine deutsche Staatsanleihe aufzunehmen. Dies war freilich zum Teil durch die Unsicherheit des Geldmarktes infolge der politischen Ereignisse begründet; aber ist es nicht trotz allem als unlogisch zu bezeichnen, daß wir Kapitalien ins Ausland senden, während uns, um unsere Rüstung ausgestalten zu können, kein anderes Mittel bleibt, als zu einer Art Kriegssteuer zu greifen, die der Beurteilung unserer Finanzlage im Auslande vielleicht schadet?

Daß die Deckung des inländischen Kapitalbedarfes, daß die Forderungen der heimischen Volkswirtschaft voranzugehen haben, ist nicht immer beachtet worden. So ist der starke Kapitalexport Englands in der Zeit der Entwicklung der süd- und mittelamerikanischen Märkte ein Hauptgrund der englischen Krise des Jahres 1825 gewesen [1]), so konnte in der Bankenquête [2]) Frhr.

1) Philippovich I, S. 364. 2) S. 122.

v. Wangenheim anführen, „daß deutsches Kapital die pontinischen Sümpfe entwässere, daß es ihm trotz großer Reklame aber nicht gelungen sei, auch nur die Aufmerksamkeit der Kreise unserer Finanzwelt auf die Moorkultur, insbesondere die Arbeiten des deutschen Moorkulturvereins hinzulenken."

Auch der Zeitpunkt für die Kapitalanlagen im Ausland muß richtig gewählt sein. Freilich ist dabei zu bedenken, daß wir dabei (namentlich bei Staatsanleihen) doch auch darauf angewiesen sind, die Wünsche des Auslands zu berücksichtigen [1]). Ein anderes Land würde den Kredit an unserer Stelle gewähren und damit erhöhten politischen und wirtschaftlichen Einfluß gewinnen, den wir uns entgehen ließen. —

Ein Nachteil der Kapitalanlagen im Auslande ist die Möglichkeit ihrer späteren Rückzahlung. Entwickeln sich doch immer mehr Schuldner- zu Gläubigerländern. So beginnt die Union ihre Schulden bei günstigen Gelegenheiten allmählich an Europa abzutragen. Dienten nun bisher die Zinsen unserer Kapitalanlagen im Auslande dazu, die Passivität unserer Handelsbilanz zu decken, und verfügen wir später nicht mehr über diese Ausgleichszinsen, so müssen wir entweder unsere Einfuhr vermindern, was uns nach jahrzehntelanger Gewöhnung und bei zunehmender Entwickelung unserer Volkswirtschaft und Bevölkerung wohl nur schwer gelingen wird, oder wir müssen unseren Export stark steigern: starke wirtschaftliche Umwälzungen werden also die Folge sein.

Dazu kommt noch, daß, während früher die Kapitalanlagen im Auslande zumeist in der Form von Anleihen erfolgten, sodann in Eisenbahn-Papieren, heute in erhöhtem Maße der Kapital-Export in der Form industrieller Gründungen im Auslande vor sich geht. Damit entsteht, namentlich bei der Anlage in höher-

1) Bank-Enquête S. 114: „Wenn z. B. ein Land 10 Jahre lang keine Anleihe aufgenommen hätte, und es braucht in einem bestimmten Moment Geld, ja dann können wir vielleicht gar nicht sagen: wäre es nicht besser, wenn du 1 Jahr warten wolltest? Wir würden bei einem solchen Vorgehen uns oft mutwillig wertvolle Beziehungen verscherzen."

stehenden Ländern — und immer mehr Staaten werden sich ja zu solchen entwickeln — die Gefahr der Entnationalisierung des Kapitals: die Zinsen fließen nicht mehr ins Gläubigerland zurück, sondern werden im Ausland zur Erweiterung des Unternehmens oder zu Neugründungen angelegt. Die heimische Volkswirtschaft hat so in diesen Fällen nur Schaden, denn mit Recht kann verlangt werden, daß jeder Kapital-Export „nationale Ziele" verfolge, daß er „in den Dienst der nationalen Arbeit" [1]) gestellt werde.

„Bei der Auswahl der zu emittierenden Papiere ist ferner zu verlangen, daß von seiten der Banken und des Staates mit größter Sorgfalt vorgegangen, zwischen den einzelnen Ländern und Werten scharf unterschieden wird" [2]), um Verluste an exotischen Wertpapieren wie die in den 80er Jahren, speziell in den Jahren 1886—89 zu vermeiden (Argentinier, Griechen, Portugiesen, Serben, Brasilianer, Mexikaner).

Nur solchen Ländern sollten wir Kredit geben, die genügende Sicherheitsgarantien uns zu geben vermögen, nur solchen, „die durch gute Kolonien oder große landwirtschaftlich oder kommerziell ausnutzbare Provinzen ein reiches und ausgedehntes Hinterland oder sonstige starke Reserven besitzen, die also selbst schlechte Zeiten gut zu ertragen und leicht zu überstehen in der Lage sind" [3]).

Im allgemeinen kann man sagen, daß bei uns nicht allzuviel an ausländischen Wertpapieren verloren worden ist, wenn man bedenkt, daß wir mit unserem Kapitalexport auch erst eine Lehrzeit durchzumachen hatten, daß auch an inländischen Papieren zu Zeiten viel verloren worden ist (man vergesse z. B. auch nicht die großen Konvertierungen der deutschen 4 %-Anleihe von 1897, nicht die Verluste an Bank-, Industrie-, Hypothekenbank-Aktien in den Jahren 1900 und 1902, und daß beispiels-

1) Rießer a. a. O. S. 317.
2) Rießer S. 317.
3) Bankenenquête S. 91.

weise Frankreich in den Jahren 1881—1891 zwei Milliarden Francs an ausländischen Werten verloren hat.) Im großen und ganzen kann man so sagen, daß die Banken das Geschäft des Kapitalexportes umsichtig geleitet haben, wenn auch Ausnahmen zu verzeichnen sind. —

Gefordert werden kann mit Recht, daß ausländische Werte vor allem im Besitz des sogenannten großen Mannes sind. Zu bedenken ist freilich, daß nach der letzten Berufszählung über 11 % der deutschen Bevölkerung zu denen gehören, die keine produktive Arbeit leisten und als solche auf Pensionen, Alters- und Rentenversicherungen und Kapitalzinsen angewiesen sind. Rechnen wir davon auch die Kapitalrentner mit hohem Einkommen ab, so bleibt doch eine große Zahl: alte Beamte und Offiziere, freie Berufe ohne Pensionsberechtigung, Witwen, kleinere Geschäftsleute und Privatbeamte. Diese alle werden von den gesteigerten Lebenskosten betroffen, ohne daß ihr Einkommen sich erhöht, und sie erwerben so häufig neben festverzinslichen inländischen sicheren Werten auch hochverzinsliche ausländische Papiere und versuchen damit zu spekulieren. Da etwaige Verluste diese Schichten dann doppelt schwer treffen, ist dieser Besitz des Mittelstandes an exotischen Werten durchaus ungünstig zu beurteilen. —

Ferner muß scharf geschieden werden, nach welchen Staaten der Kapital-Export sich richten soll, soll er als wertvoll angesprochen werden. Die ausländischen Kapital-Anlagen sollen nicht in einem Lande konzentriert werden, das Risiko und in gewissem Sinne auch die durch die Kapitalanlage im Auslande entstehende Abhängigkeit vom Schuldnerlande soll verteilt werden.

Immer wird so der Staat, die Regierung an dem Kapitalexport des Landes in höchstem Maße interessiert sein; und es ist durchaus zu fordern, daß sie, wenn sie es für nötig hält, einen Einfluß auf ihn — verhindernd, hemmend, veranlassend, fördernd und schließlich eventuell selbstunternehmend — ausüben kann. —

Zusammenfassung.

So gelten also folgende Einschränkungen für den Kapital-Export, soll er als volkswirtschaftlich wertvoll angesprochen werden. Er soll erfolgen:

1. nur nach Deckung des Kapitalbedarfs der heimischen Volkswirtschaft — denn „der Schwerpunkt des nationalen Wirtschaftslebens wird innerhalb der Grenzen des eigenen Landes verbleiben müssen“ [1]);
2. nur im Dienste nationaler Wirtschaftsentwickelung;
3. nur in möglichst kurzfristiger und in einer Form, die eine Wiederabstoßung leicht macht;
4. nur bei möglichst großer Sicherheit vor Verlusten;
5. in der Hauptsache nur aus dem Besitz des großen Mannes.

Alle diese Momente müssen bei der Beurteilung jeder ausländischen Kapitalanlage berücksichtigt werden. Sie lassen so erkennen, daß ein allgemein-gültiges Urteil über den volkswirtschaftlichen Wert oder Nachteil der Kapitalanlagen im Auslande im ganzen nicht gefällt werden kann, daß jeder Fall ausländischer Kapitalanlage vielmehr individuell zu erforschen und zu beurteilen ist. —

1) Brockhage a. a. O. S. 10.

II. Die politische Bedeutung der Kapitalanlagen im Auslande.

1. Moderne Weltpolitik.
Wirtschaftlich-politische Expansion der Großmächte gegenüber Staaten zweiten Ranges.

Haben wir im vorstehenden gesehen, welch hohe wirtschaftliche Bedeutung die Kapitalanlagen im Ausland haben, so müssen wir uns nun der politischen Bedeutung der ausländischen Kapitalanlagen zuwenden, die mindestens ebenso groß ist. Im vorstehenden war bisweilen schon kurz von ihr die Rede; denn wirtschaftliche und politische Momente sind häufig so eng verknüpft, daß eine scharfe Scheidung beider unmöglich ist.

Es ist ja ganz naturgemäß, daß Weltwirtschaftspolitik und auswärtige Politik sich eng berühren. Die Weltwirtschaftspolitik in ihren Teilen: Handels-, Verkehrs-, Kapitalinvestitions- und Auswanderungspolitik greift über die Staatsgrenzen hinaus, ihre Beziehungen müssen vertraglich mit den anderen Staaten — im Völkerrecht — geregelt werden, Reibungen und Konflikte entstehen.

So ist die auswärtige Politik, namentlich der großen Mächte, heute in ganz anderem Maße als in früheren Zeiten Wirtschaftspolitik geworden. Dies ist häufig genug in der nationalökonomisch-wissenschaftlichen Literatur der letzten Jahre betont worden; vielleicht sogar schon allzuhäufig, so daß bisweilen wohl der falsche Eindruck erweckt worden ist, die ganze auswärtige Politik sei heute nur mehr Wirtschaftspolitik. Das ist natürlich in diesem Maße übertrieben und unrichtig. Es existieren auch heute noch, und werden immer existieren: internationale Konstellationen rein politischer Art. So ist das politische Verhältnis Frankreichs und Deutschlands, Frankreichs deutsch-feindliche Prestige-Politik durch psychologische Momente vor allem bestimmt; so spielen bei der russischen deutsch-feindlichen Politik Rassengegensätze und Gründe der inneren Politik Rußlands ihre ausschlaggebende Rolle.

Im ganzen aber haben, wie gesagt, die Zeiten sich, und zwar innerhalb der letzten 40 Jahre sogar bedeutend geändert. Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts stand unter dem Zeichen der Aufteilung der Erde, dem Zeichen kolonialer Besitzergreifung — man denke nur an die Kolonialerwerbungen der Mächte in Afrika! Seit Mitte der 90er Jahre — gegen Ende des Jahrhunderts — ist darin ein Umschwung eingetreten: die Erde ist so gut wie verteilt, und ganz wenige Gebiete nur bleiben als koloniale, umso heißer begehrte Ziele der Großmächte übrig: Marokko, Abessinien und Liberia, Persien, Mesopotamien, Siam und bis zu gewissem Grade auch China. Charakteristisch wurde für diese neue Zeit im Gegensatz zu der Periode kolonialer Erwerbungen die immer zunehmende Bedeutung und immer fortschreitende Ausbildung des politischen Begriffs der „offenen Tür", der „Gleichberechtigung", dem der Gegensatz des „Désintéressement", der politischen Uninteressiertheit entspricht. Er verdankt seine Entstehung dem gegenseitigen Neid der Mächte untereinander: keine der Mächte soll das Land als Kolonie erwerben, keine irgend einen Vorteil für das Land zugestanden erhalten, den nicht die andern Mächte auch hätten: vollkommene Gleichberechtigung aller konkurrierenden Mächte also, keine Bevorzugung, Differenzierung, kein Monopol irgend einer Macht. Das wirtschaftliche Moment ist das wesentliche und wichtigste an dem neuen politischen Begriff, der der Politik der Großmächte seit den 90er Jahren seinen Stempel aufdrückt. Besonders Deutschland ist im stärksten Maße an einer solchen Politik der offenen Tür, an der Gleichberechtigung mit den andern Mächten interessiert. Ist es doch spät erst in die Reihe der Einheitsstaaten — und nur solche können ja irgendwie nennenswerte auswärtige Politik treiben — eingetreten, und fand und findet sich Mächten gegenüber, deren aus-

wärtige Politik infolge ungleich günstigerer geographischer Lage und historischer Vergangenheit große, klare Richtlinien verfolgen und sich auf schon fest Errungenes stützen kann: England mit seinem Riesenkolonialreich, mit seiner Etappenstraße: Gibraltar, Malta, Cypern, Suez, Aden, Singapore, Hongkong, dieser „Schlagader der britischen Reiches"; mit seinem Kap—Kairo-Plan, dem großen Ziele der Politik Chamberlains und Eduards VII., durch gewaltige Bahnen das indische Reich mit dem ägyptischen Besitz zu verbinden und zu einer einheitlichen englischen Ländermasse zu vereinen.

Deutschland fand sich gegenüber den Vereinigten Staaten mit ihrem klaren Ziel: Amerika den Nordamerikanern, wozu die Union den Sinn der Monroe-Lehre längst umgestaltet hat; es fand sich gegenüber Rußland: mit seinem uralten Streben nach eisfreien Häfen, nach dem alten Byzanz einerseits, dem Stillen Ozean andrerseits. Und auch Frankreich hat an der Schaffung eines geschlossenen nordwestafrikanischen Kolonialreiches ein einheitliches Ziel, das seiner Politik, die im Gegensatz zur deutschen nicht wirtschaftliche Ziele, sondern Befriedigung des nationalen Ehrgeizes verfolgt, ein mächtig wirkendes Schlagwort liefert. Deutschland, das ist kein Zweifel, ist unter den Weltmächten am ungünstigsten daran, und das sollte bei einer Kritik unserer auswärtigen Politik ebensowenig vergessen werden wie die Tatsache, daß wir eben erst seit 1871 in die auswärtige Politik der europäischen Staaten und — sehen wir von den Kolonialerwerbungen der 80er Jahre ab — seit Mitte der 90er Jahre etwa erst in das Staatensystem der Weltmächte eingetreten sind. Sind für diese kurze Spanne Zeit nicht doch der Erfolge viele?

Deutschland ist so in der unangenehmen Lage, überall da, wo irgend ein Staat der Erde Vorrechte für sich zu erwerben sucht, auch auf dem Plane erscheinen und seine Forderungen geltend machen zu müssen; denn an allen Teilen der Erde hat es wirtschaftliche Interessen. So erscheint seine, man kann fast sagen „negative" Art der Politik (andere Staaten dürfen nichts Neues erwerben, ohne daß uns dasselbe zugestanden wird oder

wir „Kompensationen" — ein in den letzten Jahren in der Politik immer häufiger angewendetes Wort — erhalten) stets als friedenstörend, Deutschland als der Staat, der sich in alles hineinmischt. Die Deutschen im Auslande werden von allen Fremden am feindseligsten und am mißtrauischsten betrachtet; man fürchtet ihr wirtschaftliches Können und verdächtigt sie politischer Aspirationen; indessen die wirtschaftliche Expansion kleinerer Staaten, beispielsweise der Kapitalexport der Schweiz, Belgiens und Hollands den Vorteil genießt, davon frei zu sein.

Bisweilen führt die Politik der offenen Tür trotzdem zur Erwerbung des Landes als Kolonie durch eine einzige Macht, indem zuerst ein Protektorat geschaffen wird, das später in eine Kolonie umgewandelt wird.

Die Kapitalisten können hier die „Avantgarde" sein [1]), wenn es gilt, auf eine politische Eroberung auszugehen. Man denke hierbei etwa an die Kolonialpolitik Frankreichs in Nordafrika, sein berühmtes System der pénétration pacifique, die freilich nicht immer friedlich gewesen ist. So ist Frankreich in Tunis planmäßig vorgegangen: Steigerung des auswärtigen Handels, Zur-Verfügung-Stellen großer Kapitalien durch Anleihe-Gewährung, Kapitalinvestionen zum Eisenbahn-, Straßen- und Hafenbau, zur Errichtung von Bergwerken, Bauken und industriellen Unternehmungen, Erwerbung der Staatsschuld, häufig künstlich hervorgerufene Konflikte, die dann zur politischen Einmischung zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen des Heimatlandes den äußeren Anlaß geben, Entsendung von Kreuzern und Landung von Marine- oder Landtruppen, Erklärung des Protektorates über das Land: das etwa sind im großen die Etappen der pénétration pacifique, bis schließlich die Umwandlung des Protektorats in die vollkommene Herrschaft über das Land, das zur Kolonie wird und als solches von den andern Großmächten anerkannt wird, das Werk krönt. So ist Frankreich in Tunis vorgegangen und zum Teil in Marokko. Freilich stießen die Franzosen hierbei auf den energischen Widerstand Deutschlands und

1) Sartorius S. 50.

zum Teil auch Spaniens; und es muß gesagt werden, daß in Bezug auf Marokko das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, was häufig genug in der deutschen Presse übersehen worden ist. Wie hartnäckig ist auf der Algeciras-Konferenz zwischen den Großmächten um die Höhe der Kapitalbeteiligung an der zu gründenden marokkanischen Bank gekämpft worden![1])

Ganz ähnlich sind auch andere Nationen vorgegangen; so die Engländer in Portugiesisch-Ostafrika, das sie bei der höchstwahrscheinlich einmal eintretenden Liquidation des portugiesischen Kolonialbesitzes als Kolonie später zu erwerben hoffen. Das ganze Wirtschaftsleben ist mit englischem Gelde finanziert, doch haben in kluger Zurückhaltung die Engländer den Portugiesen die Regierung (freilich nur der äußeren Form nach) überlassen[2]).

Ein weiteres Beispiel für England ist Argentinien: Argentinien hat seit 1824 seinen finanziellen Rückhalt an England. Die Engländer haben in weit ausschauender Weise auf die sofortige Rentabilität des angelegten Kapitals verzichtet und auch für sie schlechte Zeiten standhaft überwunden. Heute kann man sagen, daß nahezu die ganze Provinz Buenos-Aires den Engländern gehört, da ein gewaltiger Grundbesitz aus den ihnen verpfändeten oder von ihnen angekauften Ländereien in ihre Hände kam. England hat gewaltige Eisenbahnstrecken gebaut. Es hat die Einführung der rationellen Vieh- und Pferdezucht in Argentinien übernommen. Reizende Parklandschaften entstanden aus weiten Gebieten der öden Pampas. Mancher Engländer hat in Argentinien Geld verloren, aber England als Ganzes hat schließlich gewonnen[3]).

Häufig kommt es vor, daß die Großmächte kleineren schwachen Staaten geradezu nachlaufen und ihnen Geld aufdrängen, meistens freilich ihnen gleichzeitig die Verwendungsart des geliehenen Geldes vorschreibend. Die verleihenden Staaten

1) Arndt, Zeitschrift f. S. W. S. 187.

2) Kundt, Die Zukunft unseres Überseehandels, S. 144. Zitiert bei Sartorius a. a. O. S. 50.

3) Sartorius S. 45/46.

gewinnen durch dieses förmliche Aufdrängen von Kapital einen starken Einfluß auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens des Landes, und häufig genug gelingt es, das Land in weitere Abhängigkeit dadurch zu bringen, indem man ihm einen in Wirklichkeit recht zweifelhaften Freundschaftsdienst erweist. Derart ist der Wettbewerb der englischen und russischen Kapitalien in Persien. Rußland, obwohl selbst in ungeheurem Maße verschuldet, suchte Persien Kapital aufzudrängen, ebenso England; beide Rivalen bemüht, möglichst starken Einfluß auf das Land zu gewinnen. Der neuen konstitutionellen Regierung Persiens dagegen kam es darauf an, sich nach Möglichkeit von der englisch-russischen finanziellen Vormundschaft zu befreien, und so wandte sich Persien an den deutschen und amerikanischen Kapitalmarkt, um von diesen, politischer Absichten mit Recht weniger verdächtigen Staaten, Kapitalien zu erhalten, in der Absicht, die russisch-englischen Anleihen damit zurückzuzahlen[1]).

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei China: Rußland, Japan und die Vereinigten Staaten (diese ersteren drei obwohl selbst Schuldnerländer), England, Deutschland und Frankreich bemühen sich, durch China gewährte Anleihen ihre wirtschaftliche und auch ihre politische Machtstellung im Reiche der Mitte zu heben. Dabei wachen die rivalisierenden kreditgebenden Mächte ängstlich darüber, daß keine von ihnen irgendwelche Vorrechte — wirtschaftlicher oder gar politischer Art — von China erhalte. — Politische Absichten verfolgen hierbei vor allem die Vereinigten Staaten.

In der Mandschurei[2]) sind die Eisenbahnen teils in russischen, teils in japanischen Händen. Nun erklärten die Amerikaner plötzlich, der politische Standpunkt der offenen Tür Chinas erfordere, daß China die Herrschaft über die Schienenwege zurück erhielte. Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen in Washington Knox erbot sich (November 1909), ein inter-

1) Arndt, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, S. 186.

2) Preuß. Jahrbücher, Polit. Teil, Band 141, August 1910, S. 365—374.

nationales Kapitalistenkonsortium zu bilden. Dieses sollte den Russen die nordmandschurische, den Japanern die südmandschurische Bahn abkaufen und sodann das ganze an die chinesische Regierung weiter veräußern. Neben der Absicht, auf diese Weise den nordamerikanischen Waren den Eingang in die Mandschurei offen zu halten, wollte Knox sich vor allem die chinesische Regierung durch diese ihr geleisteten großen diplomatischen Dienste verpflichten und den Vereinigten Staaten auf diese Weise für lange Zeit den maßgebenden Einfluß in Ostasien sichern. Dem Vorgehen der amerikanischen Diplomatie sollte sodann das wirtschaftliche Vordringen folgen: der nordamerikanische Stahltrust sollte sich ein Monopol in China verschaffen. Bestand bisher ein russisch-amerikanisches Zusammengehen in Bezug auf die Politik gegenüber China, so hatte dieses jetzt mit einem Schlage ein Ende; das Vorgehen der U.S.A. hatte — wenige Jahre waren seit dem russisch-japanischen Kriege erst verflossen — eine russisch-japanische Annäherung zur Folge, die in dem russisch-japanischen Abkommen vom Juni 1910 klar zum Ausdruck kam. Dieses Abkommen zielte in allererster Linie gegen die Vereinigten Staaten. In der Tat gelang den Amerikanern ihre Absicht, die mandschurischen Bahnen China wieder in die Hände zu spielen, nicht. — Eine wichtige Folge des Juni-Abkommens war, daß es Rußland zum größten Teil der Sorge um den fernen Osten entlastete, indem Japan in gewissem Maße an Stelle Rußlands die Aufgabe übernahm, das amerikanische Vordringen in die Mandschurei abzuwehren, und sodann, daß Rußland so in die Lage kam, sich mit ganzer Kraft seiner inneren Festigung einerseits und der Politik des nahen Orients andererseits zu widmen.

In diesem Zusammenhange mag auch die soeben gezeichnete chinesische Reorganisations-Anleihe (vom 21. Mai 1913) erwähnt werden. Lange Monate hat sie die Finanzkreise der ganzen Welt beschäftigt. Und neben der wirtschaftlichen Bedeutung hat sie ihre hohe politische. Der Abschluß war ein Gewaltakt ohne Zustimmung des Parlaments der chinesischen Republik. Den Mächten genügte es, daß der Großkanzler von China den

Anleihevertrag unterschrieben hatte. Die für die Sicherheit der Anleihen geforderten Garantien wurden bewilligt. Die Chinesen mußten eine Reorganisation der Verwaltung der Salzzölle zugestehen. In die Verwaltung der Salzsteuer trat ein englischer Inspektor ein. Das Deutsche Reich mußte infolge französischen Einspruchs auf den Posten verzichten und wurde durch die Entsendung eines Direktors in das Anleihedepartement entschädigt. Frankreich und Rußland erhielten das Recht zugestanden, Vertreter in den Rechnungshof zu entsenden. Das bedeutet also ein weites Nachgeben der chinesischen Regierung in der Frage der europäischen Oberaufsicht. Die neue fünfprozentige Anleihe hat einen Gesamtbetrag von 500 000 000 Mk.; Emissionskurs 90 %. Die Anleihe wurde nicht internationalisiert, denn Frankreich fürchtete in diesem Fall eine zu große Inanspruchnahme des Pariser Marktes. Die Zahl der mitwirkenden Mächte ist von 6 auf 5 verringert worden; die amerikanischen Banken traten einem Winke der Regierung gemäß zurück, um nicht das Triumphkonzert über die chinesische Schwäche mitzuerleben. Das Finanzsyndikat besteht also aus den drei ältesten Geschäftsfreunden Chinas, ergänzt durch dessen beide jüngste Bedränger Rußland und Japan. Allerdings ist bei den Japanern die Geldnot so groß, daß sie nur ehrenhalber im Anleihekonsortium figurieren. Eine Unterbringung der neuen chinesischen Schuldverschreibung in Tokio und Yokohama war nicht möglich. Auch das schuldenreiche Rußland konnte nur wenig selbst aufnehmen und mußte sich im Auslande Hilfe suchen. So wurde der Betrag von 250 000 000 Pfd. Sterl. derart verteilt, daß England und Frankreich je 7,42 Millionen, Deutschland 6 Millionen, Rußland 2,78 Millionen und das kapitalstarke kleine Belgien 1,39 Millionen übernahmen. In Deutschland wurden 6 Millionen Pfund Sterl. = 122,7 Millionen Mark zur öffentlichen Zeichnung ausgelegt. Die deutsch-asiatische Bank stand an der Spitze des Übernahmekonsortiums. Als Sicherheitspfand dienten der neuen Anleihe die Erträge aus der Salzsteuer. Die Zinsen der neuen Anleihe waren durch das Ergebnis der Salzsteuer noch

um fast 2 Millionen Pfund überdeckt. Die Anleihe wurde stark überzeichnet, so daß die deutsch-englisch-französischen Banken deshalb zur Stabilierung des chinesischen Geldsystems die baldige Ausgabe einer sogenannten „chinesischen Währungsanleihe" beabsichtigen [1]).

Im Kapitalienverkehr der Weltwirtschaft nehmen die Vereinigten Staaten eine ganz eigenartige Stellung ein, die in erster Linie auf die politisch-imperialistischen Tendenzen der Union zurückzuführen ist.

Wie oben angeführt wurde, hat die Union, obwohl zirka 30 Milliarden Mark ausländisches Kapital, eine ungeheure Summe also, im Inlande arbeiten, doch ca. 10 Milliarden Mark im Auslande investiert. Die der Union geliehenen Kapitalien der europäischen Westmächte sind von den U.S.A. so eminent produktiv verwendet worden, daß die Union nicht nur ihre Zinsen an das Ausland stets mühelos zahlen kann, sondern daß sie auch in dafür günstigen Zeiten mit der Rückzahlung der fremden Kapitalien beginnen kann, wie beispielsweise zu Zeiten des Burenkrieges.

Häufiger aber noch ist es, daß die Union die ihr geliehenen fremden Kapitalien im Auslande anlegt, ihren wirtschaftlichen Einfluß, namentlich natürlich auf dem amerikanischen Kontinent, vergrößert, und häufig sogar dem europäischen Kapitalexport empfindliche Konkurrenz macht. Namentlich in den letzten 1½ Jahrzehnten haben die U.S.A. große Kapitalmengen in Mittel- und Süd-Amerika, besonders aber in Mexiko, Kuba und Kanada investiert und diese Kapitalinvestitionen als mächtige Hilfsmittel für ihren Fabrikatenexport benutzt. Die Amerikaner haben durch das geschickte und entschlossene Vorgehen ihrer Geschäftsleute, Bankiers und Diplomaten sich in den Besitz wertvoller Konzessionen im Auslande zu setzen gewußt.

„Mit den Geldern, die aus Deutschland (und Westeuropa!) nach den Vereinigten Staaten fließen, können die dortigen

1) Weltw. Archiv, Juliheft 1913, S. 149.

Banken große Unternehmungen in China, in der Türkei und in Mittel- und Südamerika finanzieren, die sonst der deutschen Bankwelt und dem Unternehmungsgeist direkt zugefallen wären. Wie scharf auf diesem Gebiete der amerikanische Wettbewerb ist, kann daraus ersehen werden, daß vor einiger Zeit Morgan den Plan ins Werk setzte, die deutschen und die englischen Banken aus ihrer beherrschenden Stellung im südamerikanischen Kreditverkehr zu verdrängen. Mittelamerika und Südamerika sollen mit einem dichten Netz nordamerikanischer Banken überzogen werden, die aber nicht allein den Geldverkehr besorgen, sondern auch die Aufträge für die amerikanische Industrie erhalten sollen, die sonst vielleicht nach Europa gewandert wären" [1]).

Zur Finanzierung dieser Geschäfte selbst waren dann aber die Gründer häufig bei dem außerordentlich starken Kapitalbedarf der heimischen Volkswirtschaft darauf angewiesen, europäische Kapitalien hinzuzuziehen, und häufig blieb den in Besitz der Konzessionen befindlichen Amerikanern nichts übrig als die Konzession aufzugeben, oder sie mit europäischen Kapitalisten zu teilen. Besonders häufig sind solche finanziellen Bündnisse zwischen Amerika und England zu konstatieren. Wenn irgend möglich versuchen aber natürlich die Amerikaner, die europäischen Kapitalisten von allen Bestimmungsrechten über die von ihnen geliehenen Kapitalien fern zu halten. Haben die Vereinigten Staaten hohe Kredite aus Europa gerade erhalten, so pflegen sie, wie z. B. in der Hausse-Periode 1899—1901, den internationalen Kapitalmarkt dadurch zu täuschen, daß sie sich als Geld verleihendes Gläubigerland aufspielen. So schrieb die „Times" damals: „Wir haben den Vereinigten Staaten so viel Geld geliehen, daß sie sich einbilden, reich zu sein." Aber man hat in europäischen Finanzkreisen seither den wahren Sachverhalt erkannt, und man läßt nicht mehr wie früher derartige gewaltige Summen nach Amerika strömen, schon um den starken Sturz oder Krach zu ver-

1) Zickert, Die Kapital-Anlagen in ausländischen Wertpapieren S. 60, Berlin 1911.

meiden, der eintrat, wenn die europäischen Gläubigerländer bei eigenem starken Kapitalbedarf, wie z. B. im Herbst 1907 und Herbst 1909, genötigt waren, ihre Guthaben von den Vereinigten Staaten einzufordern. —

Trotz aller Energie, mit der die amerikanische Dollardiplomatie vordringt, kann man aber sagen, daß der Pan-Amerikanismus [1]) nicht allzu viele wirtschaftliche Erfolge in Südamerika zu verzeichnen hat. Es hat sich in den letzten Jahrzehnten, namentlich seit der immer festeren Ausgestaltung der Dragodoktrin mit ihrem Leitsatz: „Südamerika den Südamerikanern" eine starke Bewegung gegen das wirtschaftliche Vordringen der U.S.A. herausgebildet. Die Sorge um politischer Selbständigkeit einzubüßen hat ein starkes Mißtrauen bei den Südamerikanern gegen die Vereinigten Staaten hervorgerufen. Und bei allem Unternehmungsgeist, bei aller Unterhändlergeschicklichkeit, bei aller Unterstützung der nordamerikanischen Geschäftswelt durch die Diplomatie wird es den Vereinigten Staaten nicht gelingen, den Nachteil auszugleichen, daß sie politischer Aspirationen verdächtig sind. Nur bei Brasilien ist es den U.S.A. gelungen, in ein gegenseitiges Vorzugsverhältnis bezüglich der Zölle zu gelangen. Die übrigen südamerikanischen Staaten behandeln die Union lediglich nach der Meistbegünstigung, also den europäischen Staaten gleich. In Mexiko sind vor allem Eisenbahnen und Bergbau durch die Amerikaner finanziert. Jedoch auch Brasilien und Argentinien haben die befruchtende Kraft des nordischen Unternehmertums in Eisenbahnbau und Industrie reichlich zu spüren bekommen. Argentinien z. B. hat seinen alten Traum, eine transkontinentale Eisenbahn über die Anden hinweg nach Chile zu erhalten, von den U.S.A. erfüllt gesehen, und seiner Viehzucht sind die Anlagen der nordischen Fleischtrusts zugute gekommen.

Die Einigkeit der südamerikanischen Staaten in ihrer Opposition gegen die U.S.A. ist bisweilen stark zum Ausdruck gekommen, so bei der Verständigung zwischen Bolivien und Brasilien über das Acre-Gebiet, dessen Verpachtung an ein nordamerikanisches Syndikat (mit Polizei- und Militärgewalt ausgestattet!) so verhindert wurde [1]).

1) Artikel „Panamerikanismus" im Wörterb. d. V. W.

Auch auf Abstimmungen der zweiten Haager Friedenskonferenz zeigte sich häufig die Verschiedenheit der nord- und südamerikanischen Interessen.

Die U.S.A. haben übrigens die mehr oder weniger bedrängte wirtschaftliche und finanzielle Lage der europäischen Staaten während des gegenwärtigen Balkankrieges mit großem Geschick bei ihrem Vordringen in das südamerikanische Wirtschaftsgebiet ausgenützt.

Bemerkenswert und bisher verhältnismäßig wenig beachtet ist das Hinübergreifen amerikanischer Wirtschafts- und Machtpolitik nach Afrika.

Das westafrikanische Liberia hat Ende des Jahres 1910 mit Zustimmung Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands seine Vertretung im Ausland der Union anvertraut, und die genannten vier Großmächte beschlossen eine gemeinsame Finanz- und Zollkontrolle über Liberia. Nach der letzteren ist die Zollbehandlung aller Auslandsstaaten völlig gleich. Im Dezember 1911 schlossen die Banken der genannten vier Großmächte einen Anleihevertrag mit Liberia ab (1,7 Millionen Dollar; 5 %): es wurde die offene Tür für Liberia festgesetzt, der Union aber ein gewisser Vorrang gewährt. Die internationale Zollbehörde soll aus je einem Vertreter der vier Großmächte bestehen, zu diesen vier Vertretern stellt die Union aber noch einen Generalzolleinnehmer, der gleichzeitig Finanzberater und Budgetzensor der Regierung Liberias ist. Wichtigere Fragen sind von den vier Vertretern mit Stimmenmehrheit zu entscheiden; herrscht Stimmengleichheit, so gibt die Präsidialstimme des amerikanischen Generaleinnehmers den Ausschlag [2]).

Auch der Einfluß des amerikanischen Kapitals im nahen Orient ist größer, als man wohl denkt. Die Amerikaner

1) Dehn a. a. O. S. 274.

2) Schilder, Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft, S. 288.

befolgen dabei ein eigenartiges Prinzip[1]). Sie errichten Colleges, so ein solches in der Nähe von Beiruth und das sogenannte Robertcollege bei Konstantinopel. In diese Institute treten nur die Söhne aus den besten türkischen Kreisen ein, da der jährliche Pensionspreis absichtlich hoch gewählt ist (für den Orient wenigstens); er beträgt 500 Mark. Dort werden die Pensionäre vor allem für die praktischen Berufe erzogen (zu Ärzten, Apothekern, Lehrern, Landwirtschaftlern usw.). So sind die Amerikaner in Beamtenkreisen sehr beliebt und haben daher einen großen Einblick in das türkische Leben. Jede Propaganda für das Christentum wird ängstlich vermieden, ja man wünscht aus Rücksicht für die Familien und um auf die anderen Muhamedaner einen größeren Einfluß zu behalten, gar nicht den Übertritt der Zöglinge, wobei die Amerikaner sehr wohl wissen, daß diese, wenn auch noch der Form nach, so doch im Innern längst nicht mehr Muhamedaner sind. So wird auf den Religionsunterricht wenig Wert gelegt. Er ist ohne alle Glut und Kraft und wird nach einem englischen Geschichtenbuch gehalten; außerdem wird etwas Ethik und Moralphilosophie betrieben. Trotzdem hat sich die amerikanische Mission den europäischen überlegen gezeigt; nur sie ist dem Islam gewachsen. Sie hat einen weitreichenden, auch politischen Einfluß, namentlich auf den in der Türkei sehr angesehenen Ärztestand. Der amerikanische Tabaktrust fand für sein Eindringen in das orientalische Wirtschaftsgebiet das Land so gut vorbereitet. — —

Auch in Rußland ist neuerdings amerikanisches Kapital in steigendem Maße tätig. Die amerikanischen Kapitalexporteure bemühen sich energisch um vorteilhafte Konzessionen für den Flottenbau, für Straßenverkehrsanlagen, Beleuchtungswerke u. dergl.

So arbeitet heute nordamerikanisches Kapital im Dienste der Wirtschafts- und der auswärtigen Politik der Union auf der ganzen Erde. — —

1) Studien aus meiner Konstantinopler Zeit.

2. Politische Bündnisse, Ententen und Gegensätze und ihre finanziellen Analogien.

In dem politischen Spiel und Gegenspiel der Großmächte macht sich das finanzielle Moment außerordentlich stark geltend. In stärkerem Maße als in früheren Zeiten ist in der hohen Politik der letzten 3—4 Jahrzehnte die Tendenz zu beobachten, Bündnisse nicht nur in defensivem Sinn zu schließen, sondern auch in Ententen und ähnlichen mehr oder weniger festen Mächtegruppierungen politische Konstellationen zu schaffen, die schon durch die Tatsache ihres Bestehens als gefährliche Gegnerschaft in Rechnung zu stellen sind.

Es läßt sich nun beobachten, daß den politischen Bündnissen und Ententen und den politischen Gegensätzen auch solche finanzieller Natur häufig in ganz scharf ausgeprägtem Maße entsprechen. Und es ist außerordentlich interessant, sich zu veranschaulichen, wie hohe Politik und hohe Finanz häufig zusammen gehen, wie sie in engen Wechselwirkungen miteinander verknüpft sind, so daß oft eine scharfe Scheidung beider nicht möglich ist.

Betrachten wir also einmal die politischen Bündnisse, Ententen und Gegensätze der letzten Jahrzehnte unter diesem Gesichtspunkt!

Naturgemäß ist das Material für eine wissenschaftliche Betrachtung der Frage der Zusammenhänge zwischen Finanz- und auswärtiger Politik der Staaten außerordentlich schwer zu bekommen. Zumeist wird es in den Auswärtigen Ämtern und Botschaften der Staaten wohlverwahrt ruhen. So ist es ein seltener Fall, daß man die organischen Zusammenhänge durch eine lange Reihe von Jahren verfolgen kann. Doch liegt dieser Fall vor in dem politischen Verhältnis Frankreichs zu Rußland.

Die Bedeutung des finanziellen Moments in dem französisch-russischen Bündnis ist stark in die Augen springend, so daß es schon häufig als Schulbeispiel in der Literatur aufgeführt worden ist.

Seit dem Berliner Kongreß im Jahre 1878 trat in der russischen öffentlichen und Volksmeinung ein Stimmungsum-

schwung zu Deutschlands Ungunsten ein. Bismarck zog aus diesem neu entstehenden Gegensatz seine Konsequenzen in der Gründung erst des Zwei-, dann des Dreibundes: Deutschland, Österreich, Italien. Die Folge war, daß sich in Rußland die Anschauung bildete, der Weg nach Konstantinopel, dem uralten und immer letzten Ziel der russischen Orientpolitik, führe über Wien. Um aber über Wien gehen zu können, müsse man durch das Brandenburger Tor ziehen. Denn die russische Diplomatie war der Meinung, daß Deutschland seinerseits einen Angriff Rußlands auf Österreich sogleich mit einem Angriff auf Rußland beantworten werde. Einem Kriege mit diesen beiden Ländern wollte sich aber Rußland allein nicht aussetzen; andererseits wollte es aber auch nicht so leicht das Hauptziel seiner auswärtigen Politik, das Vordringen bis zum Bosporus, aufgeben. Was war da natürlicher, als sich einen Bundesgenossen gegen die beiden politischen Hauptgegner zu suchen? Und was war natürlicher, als daß Rußland ihn in Frankreich fand? So wurden von Rußland selbst so starke Bedenken gegen das Bündnis, wie sie sich aus der republikanischen Staatsform Frankreichs und seinen so häufig wechselnden Regierungen ergaben, schließlich überwunden. Kam doch zu dem rein politischen Gesichtspunkt noch ein ausschlaggebender wirtschaftlicher: Rußland bedurfte dringend des Geldes.

Und so sehen wir von Ende der 80er Jahre ab, wie Rußland politisch sich immer mehr Frankreich nähert, bis zur öffentlichen Anerkennung des von Frankreich so heiß ersehnten Bündnisses, während Frankreich wiederum immer mehr der Kapitalgeber des Zarenreiches wird.

1889 schon ist eine russische Anleihe von Frankreich übernommen worden. 1891 folgte eine weitere, nachdem 1890 die russischen Steuerrückstände 60 Millionen Rubel betragen hatten; sie wurde 7½ mal überzeichnet. Aber noch ehe die Stücke vom Publikum übernommen waren, trat ein Umschwung ein. Eine ganz außergewöhnliche Mißernte in Rußland brachte die Landwirtschaft in eine trostlose Lage. Dies wurde vom Ausland erkannt, und der Anleihekurs sank infolgedessen reißend. Wenn auch Rothschild, der sich vorsichtigerweise vorher ferngehalten hatte, jetzt auf Veranlassung der französischen Regierung einsprang, so konnten doch 200 Millionen der Anleihe nicht untergebracht werden. Frankreich zog indessen aus diesen Vorgängen keine Lehre für die Zukunft: es hat russischen Anleihen stets wieder bereitwillig seinen Markt geöffnet.

Gleichzeitig mit diesen Ereignissen war die politische Annäherung gefördert worden. Im Jahre 1891 besuchte eine französische Flotte Kronstadt, und 14 Tage lang wurde enthusiastisch gefeiert. Auch politisch-praktische Folgen von nicht geringer Bedeutung traten schon in demselben Jahr zutage: Rußland unterstützte Frankreich darin, der endgültigen Festsetzung der Engländer in Ägypten entgegenzuarbeiten, und Frankreich wiederum verzichtete zugunsten Rußlands auf gewisse Ansprüche hinsichtlich des Schutzes der abendländischen Christen im Orient.

1893 stattete ein russisches Geschwader dann seinen Gegenbesuch in Toulon ab; im Juni 1895 wurde zum ersten Mal amtlich der Ausdruck „alliance" gebraucht; 1896 erfolgte die Reise des Zaren Nikolaus II. nach Frankreich, 1897 die des Präsidenten Faure nach Rußland, und in diesen Jahren wurde von beiden Herrschern durch die feierliche Redewendung von den „deux grandes nations amies et alliées" das Bestehen des Bündnisses ostentativ betont [1]).

Aber selbst der französische Kapitalmarkt genügte Rußland nicht, das unter Witte mit großen Industrie-Gründungen begann. Rußland bedurfte auch noch des deutschen und belgischen Kapitals. Witte verstand es nun ausgezeichnet, die deutsche und französische Hochfinanz gegeneinander auszuspielen; schließlich aber war er doch gezwungen, die äußere Politik in den Dienst seiner Wirtschaftspolitik zu stellen; und da er auf Deutschlands Kapitalmacht angewiesen war, trat eine Wendung in der russischen Politik nach dem fernen Osten zu ein. Mit dem Eintritt des Wittéschen Re-

1) Lamprecht, Deutsche Geschichte, 2. Ergänzungsband, 2. Hälfte, S. 689/690.

gimes wurde der Bau der sibirischen Bahn begonnen und die anderen asiatischen Eisenbahnen mit französischem Kapital ausgebaut. So wurde mit dem von Westen kommenden Gelde die russische Macht nach Osten geworfen. Rußland zeigte sich Frankreich dankbar, indem es in der Marokkoaffäre (Algeciras-Konferenz), freilich gegen Gewährung neuer französischer Kredite, auf die französische Seite trat, trotz seines Unwillens über das neue französisch-englische Bündnis. —

Seine finanzpolitische Bedeutung hatte auch der im Herbst 1912 erfolgte Besuch des russischen Ministers Sasanow in London und Paris [1]). Es stand nämlich eine russische Anleihe in Höhe von 1,2 bis 1,5 Milliarden Mark in Paris bevor. — In dem Potsdamer deutsch-russischen Abkommen vom 19. August 1911 bestimmt nämlich der Artikel 2, daß innerhalb zweier Jahre nach Vollendung der Eisenbahnzweiglinie Bagdad—Khanikin (der Bagdadbahn) Rußland die Linie Khanikin—Teheran fertig zu stellen habe. „Bei Nichtinnehaltung des Termins wird die russische Regierung die deutsche benachrichtigen, daß sie auf die Konzession für die letztere Linie verzichte." Nun war Rußland durchaus nicht gewillt, dies zu tun, vielmehr beabsichtigt es in dem bis heute noch ganz eisenbahnlosen Persien verschiedene Ost-Westlinien und sogar eine Nord-Südlinie quer durch das ganze Land nach dem Meere hin zu bauen. Dazu aber bedurfte Rußland des französischen Kapitals. Auch stehen zwei Flottenprogramme, ein sogenanntes kleines (in Höhe von 1 Milliarde) und ein bedeutend größeres für die nächsten Jahre in Aussicht. Die Vorlegung der russischen Garnisonen näher an die deutsche Grenze, an die Weichsel (die vor einigen Jahren zum großen Leidwesen der Franzosen zum Teil mehr ins Innere des Landes zurückgezogen worden waren), das geheime Marineabkommen mit Frankreich, der Besuch des Großfürsten Nikolaus zu den französischen Manövern waren Gegenleistungen der Russen für die Bereitwilligkeit des französischen Kapitalmarktes. Daneben ge-

1) Vgl. Preußische Jahrbücher, Oktoberheft 1912, „Politische Korrespondenz" von Emil Daniels.

statteten sie auch den Franzosen im nordöstlichen Kleinasien, in Pontus, Kappadozien und Armenien Bahnen mit ihrem Gelde zu bauen. Dies hatte Rußland der Türkei nämlich nur mit russischem oder türkischem Gelde zugestanden, und dabei der Türkei erklärt, daß es den Bau mit türkischem, aber von Frankreich geliehenem Gelde nicht gestatten würde. Seitdem aber die Amerikaner ihre Absicht, den Bahnbau im nordöstlichen Anatolien zu übernehmen, energisch zu erkennen gegeben hatten, zog Rußland es doch vor, diesen Frankreich zu überlassen, wobei Frankreich sich bereit erklärte, keine von Westen nach Osten führenden Linien zu bauen, vor allem nicht die Linie Erzingjan—Erzerum, da diese einen Aufmarsch des türkischen Heeres gegen die russische Grenze bedeutend erleichtern würde.

In diesem Zusammenhang soll auf die finanzielle Stellung Rußlands näher eingegangen werden. Sie ist wie die keines andern Landes der Welt durch politische Tatsachen bestimmt. Rußland ist der größte Finanzschuldner der Welt, und an eine Tilgung dieser Schuld ist vorläufig gar nicht zu denken. Zurückzuführen ist dies darauf, daß Rußland stets bestrebt war, sich in der auswärtigen Politik stark expansiv zu betätigen, daß es bei den geringen Einnahmequellen, die die agrarischen und zurückgebliebenen Wirtschafts- und Kulturverhältnisse dem Staate lieferten, doch bestrebt war, in kriegstechnisch militärischer Hinsicht, im Ausbau von Heer und Flotte und in der ganzen Führung seiner Politik es den europäischen Weltmächten gleichzutun. Die Aufwendungen Rußlands für militärische und politische Zwecke sind enorm; und wenn man für Deutschland sagen kann, daß die Aufwendungen für unsere Kriegsrüstungen im vollsten Sinne des Wortes produktiv sind, so kann dies für Rußland nicht behauptet werden, denn wir sind nach unserer geographischen und politischen Lage, wenn wir uns selbst erhalten wollen, gezwungen, eine starke Verteidigungswehr zu besitzen, während Rußlands Politik, wenn sie auf weitere Expansion verzichtet hätte, keinen Gegner gehabt hätte, dessen Angriffe abzuwehren es stets hätte bereit sein müssen. Wir haben oben gesehen, wie

in Rußland selbst wirtschaftliche Unternehmungen wie der Eisenbahnbau [1]) zum größten Teil in den Dienst politisch-strategischer Zwecke gestellt werden, und so ist selbst der russische Eisenbahnbau nicht im vollsten Sinne als produktiv zu bezeichnen. Die Eisenbahnen, besonders die staatlichen, geben nicht nur keine Überschüsse, sondern decken auch nicht einmal die Betriebskosten und ergeben Defizits.

So ist Rußland der Staat in der Welt, der bei weitem die meisten auswärtigen Schulden hat, und der die ihm gewährten Kredite zu im engern Sinn unproduktiven Ausgaben verwendet, und zwar so, daß, um den Zinsverpflichtungen an das Ausland nachzukommen (die jährlich 600—700 Mill. Fr. betragen), Rußland gezwungen ist, neue ausländische Anleihen aufzunehmen [2]). Für geistig-kulturelle und für rein wirtschaftlich-produktive Zwecke gibt Rußland unter allen zivilisierten Ländern der Welt am wenigsten aus [3]) und die gewaltigen Bedürfnisse des Marine- und Kriegsministeriums werden zum größten Teil durch Bestellungen im Auslande gedeckt, so daß auch hierfür Hunderte von Millionen an das Ausland fließen. Mit Recht hat man gesagt: „Die historische Chronik der riesigen auswärtigen Anleihen ist als unvermeidliche Folge mit der Chronik der verheerenden Kriege des Zarenreiches organisch verbunden und die Geschichte der russischen Staatsschulden . . . ist nichts anderes als die Geschichte der militärischen Rüstungen und imperialistischen Tendenzen des größten Abenteurers Europas“ [4]).

Frankreich hat allein den 4. Teil seiner ausländischen Kapitalanlagen in Rußland investiert, zum weitaus größten Teil in russischer Staatsrente, zu verhältnismäßig geringerem Teil ($^1/_{10}$) in Unternehmungen [5]). Bei Belgien ist es umgekehrt. Das kleine Land ist im Verhältnis zu seinem geringen Areal ein mächtiger Gläubigerstaat; es hat ebenfalls ungefähr $^1/_4$ seines ausländischen Kapitalvermögens (dessen Gesamtsumme 2715 Millionen Frcs. beträgt) in Rußland angelegt, aber nicht in Staatsrente, sondern nur in produktiven Unternehmungen, in erster Linie in metallurgischen und mechanischen Industriezweigen und im Straßenbahnbau; wurden doch Hunderte von belgischen Aktiengesellschaften in Rußland gegründet [1]).

1) Jschchanian a. a. O. S. 233—35.
2) Jschchanian a. a. O. S. 207.
3) Jschchanian a. a. O. S. 215.
4) Jschchanian a. a. O. S. 217.
5) Jschchanian a. a. O. S. 250.

In der Reihe der Gläubigerstaaten Rußlands folgt nach Frankreich als zweiter Deutschland. Es hat einen Besitz von ungefähr 3 Milliarden Mark in russischen Staatspapieren im Jahre 1907 gehabt [2]), und dieser Besitz hat sich seither vermehrt. Auch für Deutschland gilt also, daß es einen großen Teil seiner ausländischen Kapitalien in Rußland konzentriert hat. Deutschland hat in erster Linie die polnische Textil-, Eisen- und Montanindustrie geschaffen.

Die finanzielle Lage des Zarenreichs erscheint als eine außerordentlich gefährliche. Erhielte es vom Ausland keine neuen Kredite, so könnte es seinen finanziellen Verpflichtungen an das Ausland nicht mehr nachkommen. Freilich ist kaum anzunehmen, daß das Zarenreich einmal keinen einzigen ausländischen Kreditgeber mehr findet; auch ist zu bedenken, daß es durch die Größe und den Reichtum seines Landes über unermeßliche Schätze verfügt. Reich an Getreide, Gold, Eisen und Erzen, im Monopolbesitz des wichtigen Platin, reich an Radium, Kupfer, Manganerzen und Naphtaquellen, kann Rußland, wenn es diese Schätze hebt, wenn es alle produktiven Kräfte ausnützt und geistig-kulturell zur Höhe seiner westeuropäischen Rivalen sich entwickelt, ein Land werden wie die Vereinigten Staaten es heute sind: eine Wirtschaftsmacht allerersten Ranges, in vollstem Maße dazu befähigt, die einstigen Schulden an das Ausland zurückzuzahlen. Das freilich läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, wann

1) Jschchanian a. a. O. S. 247—250.
2) Sartorius a. a. O. S. 292—93.

diese Zeit für Rußland kommen wird; vorläufig jedenfalls ist sie noch weit entfernt.

Eine Gefahr bedeutet es jedoch immer, seine ausländischen Kapitalanlagen in einem Lande zu konzentrieren, so wie es Frankreich und in kleinerem Maße auch Deutschland in Rußland getan haben. Der Gläubigerstaat gerät dadurch geradezu in Abhängigkeit vom Schuldnerland, er ist an dessen Wohlergehen wie an dem seines eigenen Landes interessiert.

Frankreich hat die Revancheidee im Lauf der Jahre 9—10 Milliarden Francs (die es Rußland bis 1907 gewährte) gekostet. Heute mag sich die Summe auf etwa 12 Milliarden belaufen. Seinen eigentlichen Zweck hat aber Frankreich damit bis heute nicht erreicht: ein Niederwerfen des Deutschen Reichs. Die französische Politik aber ist gezwungen, stets im Fahrwasser der russischen Politik zu segeln, das Gedeihen des russischen Reichs muß Frankreich nun fast so am Herzen liegen, wie das des eigenen Landes, und so kann von einer selbständigen französischen Politik kaum mehr die Rede sein; sie liegt heute in den Händen Englands und Rußlands.

Es ist das krasseste Beispiel dafür, wie die Verhältnisse sich umkehren: nicht das Schuldnerland ist mehr, wie es vor der Gewährung des Kredites der Fall war, das abhängige; das Gläubigerland vielmehr kommt in die Lage vom Gedeihen des Schuldnerlandes abhängig zu werden, und je höher die geborgten Summen sind, desto mehr natürlich, aber auch, wenn es sich um weit geringere Kreditbeträge als bei Frankreich-Rußland handelt, besteht diese Abhängigkeit doch immer. —

Zeigte sich das enge politische und finanzielle Bündnis zwischen Frankreich und Rußland in ausgesprochenem Maße im russisch-japanischen Kriege, so kam andrerseits in demselben Kriege auch das englisch-japanische Bündnis in finanzieller Hinsicht [1]) zum Ausdruck. Das politische Bündnis Englands mit Japan, das ungeachtet starker Rassengegensätze geschlossen wurde, läßt sich nur unter dem Gesichtspunkt des starken Gegensatzes

1) Helfferich, Das Geld im russisch-japan. Kriege.

Englands zu Rußland verstehen, der in seiner gewaltigen Schärfe um die Jahrhundertwende, als die russische Politik auf der Höhe ihrer Macht stand, die Leitung der ganzen auswärtigen englischen Politik bestimmte. Wir vermögen an diesem Punkt wieder einmal Einblick in die straffe Einheitlichkeit der englischen Auslandspolitik [1]) zu tun, deren Bestreben es stets war, alle Kräfte gegen den jeweils stärksten Gegner zu sammeln und mangels eines eigenen starken Landheeres einen Bundesgenossen zu finden, der die Aufgabe Englands erfüllte, den Gegner zu Lande niederzuwerfen. So war es seit dem Jahre 1500: im Kampfe Englands gegen Spanien und Holland, in dem gewaltigen Ringen um die Weltherrschaft mit Frankreich, neuerdings in dem Gegensatz zu Rußland und in allerneuester Zeit zu Deutschland. Japan hat die Aufgabe Englands, den russischen Gegner niederzuwerfen, erfüllt.

Die Finanzpolitik Japans in bezug auf Anleihen war und konnte nicht so günstig sein wie die Rußlands. Rußland legte in außerordentlich geschickter Weise nur so viel äußere Anleihen auf, als es Schulden im Ausland hatte. Es verhinderte so den Abfluß von Gold in das Ausland. Japan nahm im Laufe des Krieges neben fünf inneren vier äußere Anleihen auf; die letzte äußere, kurz vor Friedensschluß, an der sich trotz der Bemühungen Englands, Deutschland von dem Finanzgeschäfte fernzuhalten, auch Deutschland beteiligte, war nötig, da gegenüber Rußlands Goldbestand von einer Milliarde Rubel in effektivem Gold, Japan nur 100 Millionen Yen aufzuweisen hatte. Der nach den Waffenerfolgen Japans für dieses so ungünstige Friedensschluß (ohne Kriegsentschädigung!) läßt sich nur daraus erklären und beweist im vollen Maße die hohe Bedeutung finanzieller Gesichtspunkte für die hohe Politik. Witte konnte nach dem Friedensschlusse sagen, noch nie seien die Erfolge des Schwertes so durch die der Diplomatie eingeschränkt worden. Besser aber hätte er gesagt: „durch die der Finanz“ [2]).

1) E. Marcks, Die Einheitlichkeit der englischen Auslandspolitik seit 1500.

2) Helfferich, Das Geld im russisch-japanischen Kriege.

Bemerkenswert ist, daß bei den japanischen ausländischen Anleihen der Zinsfuß im Laufe des Krieges von 6 % auf 4½ % gefallen war. Die glänzenden militärischen Erfolge der Japaner hatten das Vertrauen der fremden Mächte gestärkt. Nach der Schlacht von Mukden wurde Japan auch als finanzielle Großmacht anerkannt, nachdem man freilich sehr lange Japan mißtraut und an dessen endgültigem Erfolg gezweifelt hatte. Die Petersburger Arbeiterunruhen und die Ermordung des Großfürsten Sergius bewirkten den Stimmungsumschwung zugunsten Japans, nicht der Fall von Port Arthur. England aber hat Japan finanziell nur gerade so lange unterstützt, bis dieses seine Mission, als „kontinentaler Degen" Englands das Zarenreich niederzuwerfen, erfüllt hatte.

Auch der deutsch-österreichisch-italienische Dreibund hat seine finanziellen Analogien. So wurde in der Bankenenquête festgestellt, daß etwa 70 % der österreichischen und 75 % der italienischen Staatspapiere in den Besitz des deutschen Volkes gelangt sind, was sich freilich großenteils durch die Nachbarschaft und die sonstigen engen Verkehrsbeziehungen Deutschlands mit diesen Staaten erklärt. Diese Papiere sind jedoch später zum Teil von Deutschland wieder abgestoßen worden und amerikanische Werte an ihre Stelle getreten. Die italienische Rente war durch Frankreich abgestoßen worden, als Italien dem deutsch-österreichischen Bunde beitrat. — Für die letzten Jahre ist festzustellen, daß auf österreichischer Seite die Neigung besteht, sich an den Kapitalmarkt des deutschen Bundesgenossen zu wenden. Der österreichische Geldmarkt ist durch die starke Entwicklung der agrarischen und industriellen Produktion Österreichs stark in Anspruch genommen und seine Aufnahmefähigkeit für Staatsanleihen stark vermindert. So ist Österreich auf ausländische Kreditgewährung angewiesen, und wenn ihm der französische und englische Kapitalmarkt aus politischen Gründen gesperrt ist, so ist es naheliegend, daß es sich an den deutschen Kapitalmarkt wendet, wie dies erst kürzlich im April 1913 wieder geschah [1]).

1) Bankarchiv, Heft v. 1. Okt. 1912; Handelsteil der Frkft. Ztg. vom 22. April 1913.

Und wie bekannt und wie oft angeführt als Beispiel für die Betätigungsart deutscher auswärtiger Politik und für die enge Verbindung wirtschaftspolitisch-finanzieller und rein politischer Tendenzen ist das Verhältnis Deutschlands zur Türkei; wie hat Deutschland seit Jahren in steter Konsequenz auf die wirtschaftliche, politische und militärische Stärkung der Türkei hingearbeitet, wie hat sich die hohe Finanz Deutschlands hier so voll in den Dienst der auswärtigen Politik gestellt und im Unternehmen der Bagdadbahn ein Werk geschaffen, das, wenn vollendet, Deutschland gewaltige Betätigungsmöglichkeiten eröffnet!

Charakteristisch für die politische Lage waren die Vorgänge [1]) im Winter 1910 und Frühjahr 1911. Die Türkei wollte eine Anleihe von 150 Millionen Francs in Paris aufnehmen. Frankreich stellte für die Zulassung zum Pariser Börsenhandel Bedingungen, die die Türkei in die vollkommene Schuldknechtschaft Frankreichs gebracht hätten. Die Banque Ottomane (also damit indirekt die französische Regierung) sollte ein Einspruchsrecht gegen alle Ausgaben der türkischen Regierung eingeräumt erhalten. Der etwaige Ankauf weiterer deutscher Kriegsschiffe durch die Türkei wäre dadurch beispielsweise zur Unmöglichkeit geworden. Der Versuch, der Türkei solche demütigenden Bedingungen finanzieller Kontrolle aufzudrängen, ist zum Teil wohl eine Folge der Mißstimmung Frankreichs gegen die Türkei, weil diese in jener Zeit mehr zu Deutschland-Österreich hinneigte. Frankreichs Vorgehen, das mit der Schwäche des deutschen Kapitalmarktes gerechnet hatte, hatte aber nicht den gewünschten Erfolg. Obwohl der deutsche Kapitalmarkt im Frühjahr 1911 sehr angespannt war und vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus Kreditgebung an das Ausland unerwünscht erscheinen mußte, entschloß man sich in Deutschland, freilich unter hoher Anspannung der wirtschaftlichen Kräfte und zusammen mit Österreich, die türkische Anleihe zu übernehmen. So gingen die großen türkischen Aufträge, die mit der im März 1911 be-

1) Preuß. Jahrbücher 1910, Oktoberheft, S. 179 ff.

gebenen Anleihe verbunden waren, nach Deutschland und Österreich. Mit Recht hatte man gehandelt nach den Worten des Staatssekretärs Delbrück (Reichstagsverhandlungen vom 11. Febr. 1911): „Rücksichten auf unsere politische Weltgeltung könnten die Anlage deutschen Kapitals in auswärtigen Werten notwendig machen, auch unter Verhältnissen, unter denen wir vielleicht aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus das Geld lieber im Inlande behielten."

Im allgemeinen aber begegnen sich im Orient deutsche und französische Kapitalinteressen, während die deutsch-französischen Orientinteressen in ausgesprochenem Gegensatz zu den englischen stehen, die für eine Schwächung der Türkei eintreten. So kam Frankreich während des jüngst vergangenen Balkankrieges in eine prekäre Lage: einerseits politisch und finanziell in dem naturgegebenen Gegensatz zu Deutschland-Österreich auf russischer Seite und damit auf Seiten der kleinen Balkanstaaten, war es andererseits durch seine gewaltigen Kapitalinteressen im türkischen Orient mehr auf Seiten der Türkei, und seine Politik lief so vielfach mit der deutschen zusammen. So war während der diplomatischen Verhandlungen über die Balkanverhältnisse eine erfreuliche Übereinstimmung der deutschen und französischen Interessen festzustellen, die in friedenserhaltendem Sinne sich bewährt hat. Auch die am 5. Juni 1913 in Paris zusammengetretene internationale Finanzkommission bewies die Interessenharmonie der französisch-deutschen Finanz. Es handelte sich einmal um die Verteilung der türkischen Schuld (dette publique), insbesondere die Regelung desjenigen Teiles, welcher auf die Balkansieger entfallen sollte, und sodann um die Regelung der Kriegsentschädigung, welche die Mächte des Balkanbundes von der Türkei beanspruchten [1]). Ist doch fast die Gesamtheit der türkischen öffentlichen Schulden in dem europäischen Ausland untergebracht, und sind fast die gesamten großen öffentlichen Unternehmungen, wie Eisenbahn- und Hafenanlagen durch europäisches Kapital finanziert; sind doch

1) Deutsche Tageszeitung, 7. Juni 1913.

20 % = 661 Millionen Francs der gesamten türkischen Staatsschuld in deutschen und 57 % = 1830 Millionen Francs in französischen Händen, während an dem gesamten türkischen Eisenbahnnetz Deutschland (mit Beteiligung Österreichs und der Schweiz) mit 40,7 %, Frankreich mit 26,5 % interessiert ist. Auf dem Gebiet der Staatsschuld hat Frankreich die erste Position; in Unternehmungen, namentlich im Eisenbahnbau, ist das deutsche Interesse gleich dem französischen: Deutschland und Frankreich haben zusammen rund drei Viertel der gesamten türkischen Staatsschuld, und so ist es naturgemäß, daß die Finanzfrage in erster Linie von diesen beiden Mächten geregelt wird [1]).

Daß Rußland, die eigentliche Triebfeder für die Politik des Balkanbundes, diesen auch finanziell unterstützt hat, mag in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnt werden. Die österreichischen Interessen aber harmonierten auch in den Finanzfragen voll mit den deutschen; auch sie waren ja auf Seiten der Türkei, in der viel österreichisches Kapital steckt.

Auch die finanzielle Abhängigkeit Portugals vom Londoner Kapitalmarkt hat ihre politische Seite. Seit dem gewaltigen Gegensatz zwischen England und Frankreich, der in der Zeit von 1689 bis 1815, von der die volle Hälfte Kriegsjahre gewesen sind, die ganze europäische Politik beherrscht hat, ist Portugal als Bundesgenosse Englands zu dessen politischem und wirtschaftlichem Vasallen geworden und heute bei seiner finanziell trostlosen Lage ganz in den Händen des Inselreichs. So ist die Liquidation des wertvollen portugiesischen Kolonialreiches nur mehr eine Frage der Zeit, an der übrigens auch Deutschland stark interessiert ist.

Ebenso wie die politischen Bündnisse haben auch die politischen Gegensätze ihre wirtschaftliche und finanzielle Seite. Untersuchen wir zuerst die finanziellen Konsequenzen des deutsch-französischen und deutsch-englischen Gegensatzes. Der deutsch-französische Gegensatz

1) Bankarchiv, Heft v. 1. März 1913, Aufsatz von Helfferich: Die türkische Staatsschuld und die Balkanstaaten.

kommt darin zum Ausdruck, daß Frankreich mit seinem gewaltigen Kapitalexport nur ganz verschwindend kleine Summen in Deutschland angelegt hat. 1902 wurden die gesamten Kapitalanlagen Frankreichs in Deutschland auf 85 Millionen Francs geschätzt (außer dem Grundeigentum der Franzosen in Elsaß-Lothringen und den französischen Kapitalien in deutschen Webereien und Spinnereien). Von diesen 85 Millionen Francs entfallen auf [1]):

Handelshäuser . . .	8 Mill. Frcs.
Grundeigentum . . .	6 Mill. Frcs.
Industrie	22 Mill. Frcs.
Banken	16 Mill. Frcs.
Staatspapiere . . .	30 Mill. Frcs.

Nach Leroy-Beaulieu's Meinung ist diese Summe zu gering geschätzt [2]). Selbst wenn sie aber wesentlich höher wäre, ist die verschwindende Kleinheit der Summe bemerkenswert und nur auf die politische Lage zurückzuführen; hat doch Frankreich im kleinen Belgien über 600 Millionen Francs angelegt [3]), in der Schweiz eine Milliarde und im kleinen Monaco 158 Millionen! [4]). Diesen Ziffernangaben widerspricht freilich, daß während der Marokkokrise einige Hundert Millionen Francs französischer Kredite uns gekündigt worden sein sollen. Vom deutschen Standpunkt aus ist gegen *langfristige* französische Kapitalanlagen, also namentlich Anlagen *stehenden Kapitals* in Unternehmungen nichts einzuwenden; sie sind in Zeiten politischer Krisen ja nicht kündbar; kurzfristige, jederzeit kündbare französische Kredite aber sind, soweit nicht deutsche Kredite ebensolcher Art in mindestens derselben Höhe ihnen gegenüberstehen, für Deutschlands finanzielle Lage, insbesondere für seine finanzielle Kriegsbereitschaft in allerhöchstem Maße bedenklich; doch sind die

1 Denkschrift des Reichsmarineamts 1905, S. 208.
2) L'Economiste Français 1902 II S. 449 ff.
3) Denkschrift S. 206.
4 Denkschrift S. 210.

deutschen Banken sich ihrer nationalen Pflichten hier voll bewußt und tragen ihnen Rechnung. Aber auch die Anlage französischen Kapitals in Unternehmungen kann höchst bedenklich sein, und es ist sicher zu bekämpfen, daß, wie verlautet, beispielsweise die Dillinger Panzerplattenwerke zum Teil mit französischem Gelde arbeiten, daß ein Teil ihrer Aktien in französischen Händen ist, daß mehrere Franzosen im Aufsichtsrat sitzen [1]).

Auch die englischen Kapitalanlagen in Deutschland sind außerordentlich gering (rund 120 Millionen Mark [2]). Und doch hat früher viel englisches Kapital in Deutschland gearbeitet. Es ist natürlich in erster Linie zurückgeflossen, weil Deutschland selbst immer kapitalkräftiger geworden ist, und es ist sehr zu bezweifeln, ob politische Motive eine wirklich ausschlaggebende Rolle dabei gespielt haben. Bei der heutigen politischen Lage aber gilt alles oben für die französischen Kapitalanlagen in Deutschland Gesagte in vollem Maße auch für die englischen. Ein warnendes Beispiel mag uns hier die Tatsache sein, daß früher zahlreiche preußische Konsols in englischem Besitz waren; sie wurden abgestoßen, als England Geld brauchte, und der preußische Konsolkurs fiel dadurch stark. —

Der englisch-deutsche Gegensatz hat sich in besonderem Maße immer im Orient gezeigt. Die englische Orientpolitik verfolgt im großen und ganzen die gerade entgegengesetzten Ziele wie die deutsche. Sie erstrebt vor allem eine Schwächung der Türkei, denn jede Stärkung des Islam würde die an sich schon schwierige Stellung Englands in Indien und Persien, Ägypten und Arabien noch weiter gefährden [3]). So hat sich das englische Kapital in der Türkei nur wenig betätigt, so am Küstenhandel und einigen kleinen Stichbahnen von Hafenplätzen nach dem Innern Kleinasiens. Dem Bau der

1) Handelsblatt der Nat. Ztg. vom 24. April 1913.
2) Journal of the Royal Statistical Society. Vol. LXXIV 1910 11. S. 167 ff. (Great Britains Capital Investments in Individual Colonial and Foreign Countries. By. George Paish).
3) *Arndt*, Grundzüge der auswärtigen Politik Dtschlds. S. 43.

großen Überlandbahnen, der Bagdad- und der Hedschas-Bahn, die eine politische und wirtschaftliche Stärkung der Türkei bezwecken, hat sich England stets widersetzt und ihn mit allen Mitteln zu vereiteln gesucht. Es ist ein langes Kapitel, wie England sich hier immer und immer wieder hartnäckig den Zielen der deutschen Politik entgegengestellt hat. England will nicht, daß der indisch-europäische Verkehr mit den reichen Erträgen, die der englischen Volkswirtschaft aus ihm fließen, künftighin seiner Kontrolle, die es jetzt noch durch den Suezkanal ausüben kann, und seiner Betätigung entzogen wird. Nun, da England aber sieht, daß trotz all seiner Widerstände das Unternehmen, dem es sich hartnäckig ferngehalten, dennoch seiner Vollendung entgegen geht, erstrebt es mit allen Mitteln der Politik und der Finanz, in letzter Stunde noch einen Einfluß auf das Unternehmen zu gewinnen. Es möchte durch finanzielle Beteiligung am Bahnbau von Bagdad ab und durch Beiziehung des Endpunktes der Bahn am Persischen Golf das Werk seiner Macht ausgeliefert wissen, wie es einst, freilich vergeblich, durch die angestrebte Heranführung der Bahntrace an das Mittelmeer, bei Alexandrette, die Bahn unter die Kanonen seiner Kriegsschiffe bringen wollte. Es ist eine vom englischen Standpunkt begreifliche Politik, die hier im Orient besonders scharf vor Augen tritt: jeder Betätigungsart deutscher auswärtiger Politik als der ihres gefährlichsten Gegners entgegenzutreten.

Wie heute der deutsch-englische Gegensatz die Weltpolitik zum größten Teile beherrscht, so tat es um die Jahrhundertwende, bis zum Ende des russisch-japanischen Krieges, der russisch-englische Gegensatz. Dementsprechend war Rußlands starkem Finanzbedarfe für Jahrzehnte der Londoner Geldmarkt verschlossen [1]). Während Rußland große Anleihen in den Jahren 1880/81, 1890/91 in London aufgenommen hatte, blieb von da ab, seitdem sich in Asien, vor allem im nahen und im fernen Orient, in Persien und in China, der englisch-russische Gegensatz immer schärfer zugespitzt hatte, Rußland ganz auf den französischen und zum Teil auch auf den deutschen Kapitalmarkt angewiesen. Erst im Jahre 1906, also nach Beendigung des russisch-japanischen Krieges, wurde ein Teil einer 2¼ Milliarden Francs betragenden russischen Anleihe auch in London aufgenommen. Aber während auf Frankreich 1,2 Milliarden Francs davon entfielen, war England nur mit der minimalen Summe von 330 Millionen Francs beteiligt [1]). Es waren die Jahre, in denen die englische Politik eine scharfe Wendung vollzog, in denen sie sich scharf gegen Deutschland wandte und Frankreich und Rußland sich näherte, als ihren natürlichen Bundesgenossen gegen Deutschland. Auch hier wieder finden wir also, daß die Finanzpolitik voll in den Dienst der auswärtigen Politik gestellt wurde. Die im Frühjahr 1906 von England erworbenen russischen Papiere sanken stark im Kurs, und schon im Herbst 1906 soll ein Teil von ihnen auf den Kontinent abgewandert sein [2]), so daß die Engländer also Verluste gehabt haben. Aber das englische Volk ist im Gegensatz zum deutschen zu solcher politischen Reife erzogen, daß es um politischer Ziele willen auch pekuniäre Opfer zu bringen bereit ist [3]). Aus politischen Gründen hat sich die englische Finanz von dem so rentablen Bau des Suezkanals ferngehalten, aus politischen Gründen wurden gelegentlich des „Alabama"-Konfliktes mit Amerika von seiten der Londoner Börse amerikanische Werte auf den Markt geworfen und so mit einem Schlage die Amerikaner zum Nachgeben veranlaßt [4]).

In der Zukunft wird sicher einmal, und vielleicht früher als man heute wohl denkt, der englisch-amerikanische Gegensatz, der sich mit Naturnotwendigkeit in voller Schärfe herausbilden und die Weltpolitik bestimmend beeinflussen muß, auch zu einem hartnäckigen und erbitterten finanziellen Kampfe führen; ist doch die Union ein ausgesprochenes Schuldnerland Englands. Heute sucht Eng-

1) Sartorius a. a. O. S. 314.

1) Tschchanian a. a. O. S. 197/8.
2) Sartorius a. a. O. S. 314.
3) Arndt a. a. O. S. 42.
4) Bankarchiv, 15. April 1911, S. 223.

land, weil es seine ganzen Kräfte gegen Deutschland konzentrieren zu müssen glaubt, um jeden Preis die politische Freundschaft mit Amerika zu erhalten und ist selbst in wichtigen politischen Fragen, wie in der Regelung der Panamakanalverhältnisse, vor der Union zurückgewichen. In Kanada aber ist schon heute ein hartnäckiger Kampf des englischen Kapitals gegen das stark eindringende amerikanische festzustellen, kennt doch England die gefährdete Stellung Kanadas gegenüber den Vereinigten Staaten nur zu gut und weiß es, daß das englische Kapital eines der wichtigsten, wertvollsten und nicht zu entbehrenden Bindeglieder ist, die Kanada an das Mutterland fesseln. Vielleicht wird die gefährdete Lage Kanadas, das zweifellos in gar nicht allzu ferner Zeit eine wirtschaftliche Macht vom Range der U.S.A. werden wird [1]), England früher oder später einmal die Augen öffnen, daß der wirtschaftlich und politisch bei weitem gefährlichere Gegner nicht Deutschland, sondern die Union ist, und daß daher ein Zusammengehen Englands und Deutschlands gegen die U.S.A. klüger wäre als ein gegenseitiges Bekämpfen der beiden wirtschaftlich so stark aufeinander angewiesenen Länder.

Heute aber schon viel akuter ist *der Gegensatz zwischen Amerika und Japan*. Das Vordringen der Amerikaner, weit über ihren Kontinent hinaus und den Rahmen der Monroelehre durchbrechend, nach dem Hawai-, Samoainseln und den Philippinen, ihr wirtschaftlicher Vorstoß in die Mandschurei einerseits, und andererseits der Zustrom japanischer Arbeiter nach Nord- und Mittelamerika, das Bestreben der Japaner, wirtschaftlich auf dem amerikanischen Kontinent Fuß zu fassen, ja wenn möglich sogar einen Marinestützpunkt an der Westküste Mittelamerikas zu erwerben: dies alles scheint darauf hinzudeuten (man denke nur an die Magdalenenbay-Affäre!), daß eine ernste Auseinandersetzung früher oder später erfolgen, der Stille Ozean zum Schauplatz weltpolitischer Kämpfe werden wird.

1) Vgl. den Aufsatz: „Die Bedeutung des ausländischen Kapitals für die wirtschaftliche Erschließung Canadas", Weltwirtschaftliches Archiv, S. 172—185 (Juliheft 1913).

Neben den wirtschaftlichen und politischen Gegensätzen spielen die Rassengegensätze hier eine ausschlaggebende Rolle. Diese sind akut in der immer noch ungelösten „kalifornischen Frage". Der Bundesstaat Kalifornien verbietet auf dem Wege der Gesetzgebung den Japanern das Erwerben von Grundbesitz; diese wenden sich nach Washington und berufen sich auf einen internationalen amerikanisch-japanischen Vertrag, dem zufolge sie ein Anrecht auf Grundbesitzerwerb in den U.S.A. haben. Bisher hat sich die Regierung der Union vergeblich an die Regierung des Bundesstaates Kalifornien gewandt, um sie zu veranlassen, den japanischen Wünschen nachzugeben. Kalifornien, das zu seinem Vorgehen voll berechtigt ist, hat bisher abgelehnt. So ist an diesem Beispiel wieder einmal die Schwierigkeit der Leitung der auswärtigen Politik eines *Bundes*staats (mit seinen souveränen Einzelstaaten) recht deutlich zu sehen. Und noch etwas anderes ist ebenfalls interessant. Seit dem Regierungsantritt Wilsons ist ein merklicher Umschwung in der auswärtigen Politik der U.S.A. eingetreten: eine Art Abkehr von der imperialistischen Politik der Union und somit auch ihrer auswärtigen Kapital-Expansions-Politik, gegen die Wilson in seiner ersten „Botschaft" sich scharf wandte. So kann also auch die Staatsform die ausländische Kapitalinvestitions-Politik stark beeinflussen.

Der amerikanisch-japanische Gegensatz wird auch noch durch ein anderes Faktum in erhöhtem Maße akut: die baldige Eröffnung des Panamakanals wird die strategische Position Japans in seinem Verhältnis zu der Union außerordentlich verschlechtern.

Die japanische Regierung ist sich voll bewußt, daß bei der schlechten finanziellen Lage ihres Inselreiches, das in so hohem Maße Schuldner Englands ist, Japan dem Tempo und Ausmaß der amerikanischen Rüstungen nicht folgen kann, daß seine Finanzen einen Krieg mit Amerika unmöglich machen. Auch das weiß man, daß ein Krieg in erster Linie die Geschäfte Englands besorgen würde. —

Doch zurück zu den europäischen Verhältnissen. *Der eng-*

lisch-französische Gegensatz hat sich von jeher in Nordafrika und im nahen Orient am krassesten gezeigt. Ägypten war hier stets das Streitobjekt der beiden Mächte, und teuer hat Frankreich die Bundesgenossenschaft Englands gegen Deutschland im Marokkokonflikt mit dem Aufgeben jeglicher Ansprüche auf Ägypten bezahlt; hat doch französisches Kapital in scharfem Kampfe gegen die englische Politik das gewaltige Werk des Suezkanals vollendet. Der Streit um seinen Bau zwischen England und Frankreich stellt fast ein genaues Gegenstück dar zum englisch-deutschen Streit um den Bau der Bagdadbahn [1]). England versuchte immer von neuem, den Bau zu hintertreiben, denn mit Recht sagte es sich, daß der Kanal eine neue Straße nach Indien bedeutete, die nicht unter britischem Einfluß stände, daß der ganze Weltverkehr eine für England nachteilige Verschiebung erfahren würde, indem die südeuropäischen Hafenplätze und Länder, Italien, Südfrankreich und Österreich, und mittelbar auch Deutschland, den Hauptvorteil aus diesem gewaltigen Werk ziehen würden. So wurde von englischer Seite die technische Ausführbarkeit des Kanals bestritten; man versuchte die Pforte zu veranlassen, den Beginn des Kanalbaues zu verbieten, den Khediven, die Frohnarbeit zu beseitigen; die englischen Finanzkreise wurden zu vollständiger Fernhaltung von dem Unternehmen veranlaßt. Als dann aber der Kanal doch vollendet und 1869 eröffnet war, änderte sich die Politik Englands vollkommen: es versuchte, den Kanal in seinen Besitz zu bringen. Als im Jahre 1875 der Khedive infolge Finanznot seine Kanalaktien veräußern mußte, kaufte ihm die englische Regierung (der Premierminister Disraeli) das Ganze ab und kam so in den Besitz fast der Hälfte des ganzen Aktienkapitals. Seit dieser Zeit beherrscht England wirtschaftlich den Suezkanal. 1878 folgte die Pachtung Cyperns, 1882 die militärische Okkupation Ägyptens: der neue Weg nach Indien stand unter britischer Herrschaft. Englands Flagge steht heute im Kanalverkehr an erster Stelle, und die in englischem

1) Arndt, Grundzüge der auswärtigen Politik Deutschlands, S. 39 ff.

Besitz befindlichen Suezkanal-Aktien haben heute den achtfachen Wert des damaligen Preises. —

Aus weiter zurückliegender Zeit ist ein interessantes und oft genanntes Beispiel für die Verbindung von Finanzpolitik und Politik das vom Fürsten Bismarck im November 1887 veranlaßte Verbot der Beleihung russischer Werte durch die Reichsbank. Die Unterbringung neuer russischer Werte in Deutschland wurde dadurch sehr erschwert. Auch wanderte der vorhandene Besitz zum großen Teile aus. Es ist zweifelhaft, ob dieses Vorgehen eine Gegenmaßregel gegen russische handelspolitische Maßregeln bedeutete oder ob die Absicht einer Erschütterung des russischen Staatskredites bestand, als ein wirksames Mittel, Rußland von einem Kriege gegen Deutschland abzuschrecken, der bevorzustehen schien. Die russischen Werte sind in großen Mengen dann nach Frankreich geflossen, während Deutschland dafür die Rente seines italienischen Verbündeten aufnahm. Diese italienische Rente aber war, auch aus politischen Gründen, in den Jahren vorher durch Frankreich abgestoßen worden, als Italien dem deutsch-österreichischen Bunde beigetreten war.

Russische Anleihen wurden in Deutschland dann erst wieder im Jahre 1902 aufgelegt (Eisenbahnobligationen), dann wieder 1905 und 1908/09. Der ausgesprochene politische Gegensatz Deutschlands zu Rußland, wie er sich in der serbisch-bosnischen Krise und neuerdings im Balkankrieg vor aller Augen gezeigt hat, läßt den großen Besitz Deutschlands an russischen Werten bedenklich erscheinen: ist es nicht wirtschaftlicher und politischer Selbstmord, Rußland Kapitalien zu liefern, durch die es im stande ist, seine Rüstungen zu Lande und zu Wasser, seine strategischen Eisenbahnlinien zu stärken, seinen Goldschatz zu heben und infolgedessen einen Krieg gegen Deutschland mit gewaltigerer Macht zu führen? Erhöhen wir dadurch nicht selbst die Neigung und die Gefahr eines Krieges gegen uns? Ganz abgesehen davon, daß Rußlands Entwicklungsmöglichkeiten doch in sehr ferner Zeit erst liegen.

Noch schärfer ist gerade in den letzten Jahren der öster-

reichisch-russische Gegensatz in der Politik hervorgetreten; so ist jetzt der österreichische Markt für den russischen Kredit ebenso gesperrt, wie der russische Markt für den österreichischen Kredit.

Eine stark österreich-feindliche Stellung zeigten in den letzten Jahren, besonders seit der ersten Marokkokrisis, aber auch der Londoner und der Pariser Geldmarkt. Von London wie von Paris aus gab man Österreich scharf zu verstehen, daß bei seiner politisch deutschfreundlichen Haltung diese beiden Märkte für den österreichischen Kredit verschlossen seien, und einer ungarischen Anleihe von 550 Millionen Francs wurde Mitte September 1910 die Zulassung zur Pariser Börse verweigert [1]). Freilich erreichte Frankreich nicht seine Absicht; es hatte die Stärke des deutschen Geldmarktes, der damals freilich sehr angespannt war, doch unterschätzt: die Anleihe wurde zu günstigen Bedingungen von deutschen und österreichischen Bankkonsortien übernommen, und Deutschland konnte dies als einen auch politischen Erfolg buchen. —

3. Kapitalanlagen im Auslande und politische Krisen.

Wie für wirtschaftliche Krisen haben die Kapitalanlagen im Auslande auch ihre eminente Bedeutung für politische Krisen, für Kriege und für die finanzielle Kriegsbereitschaft [2]).

Alles oben für die Krisen angeführte gilt natürlich auch für Zeiten politischer Unsicherheit und Gefahr. So sind: „nur solche Anlagen fremden Kapitals in Deutschland wünschenswert, die nicht leicht zurückziehbar sind" [3]). Andererseits ist natürlich für uns ein starker Besitz an leicht kündbaren Auslandswerten, besonders an Auslandswechseln, anzustreben. So ist, wie der Präsident der Reichsbank Havenstein in der Bankenenquête [4]) ausführte, „eine geschickte Diskontpolitik durch eine starke Devisen-

1) Schilder a. a. O. S. 345.
2) Rießer, „Finanzielle Kriegführung und Kriegsbereitschaft".
3) Bankenenquête S. 59.
4) Ebenda S. 64

politik zu ergänzen", und er berichtete im Anschluß daran, daß „beispielsweise im Jahre 1908 unser Bestand an Auslandwechseln 126 Millionen Mark, unsere Guthaben, die wir aus den ausländischen Wechseln im Auslande stehen haben, etwas über 50 Millionen Mark betragen haben, so daß die Gesamtsumme an Devisen und ausländischen Guthaben im Jahre 1908 176 Millionen Mark betragen habe"; und er fügte [1]) hinzu: „der Bestand an Auslandswechseln und Guthaben ist heute 19 % des Inlandswechselporteseuilles der Reichsbank." Das Reichsbankdirektorium hat unseren großen Banken die Anregung gegeben, zahlreichere ausländische Devisen ständig in ihrem Porteseuille zu halten, um in kritischen Zeiten, besonders also bei Kriegsausbruch, einem übermäßigen Golderport nach dem Auslande vorzubeugen. Und die Banken sind dieser Anregung nachgekommen aus national-politischen Gründen, obwohl die geringere Verzinsung ihres Geldes bei dem niedrigeren Diskont in England und vor allem in Frankreich privatwirtschaftlich ihnen Verluste brachte.

Es ist also, um zusammenzufassen, bei der gegenwärtigen politischen Konstellation für Deutschland wünschenswert, zahlreiche leichtkündbare und in Gold zahlbare Guthaben in England, Frankreich und Rußland stehen zu haben, während umgekehrt kurzfristiger englischer, französischer und russischer Kredit für uns gefährlich erscheint.

Auch unser Besitz an österreichischen und italienischen Werten würde uns im Falle eines Krieges wenig nützen, da anzunehmen ist, daß in einem solchen auch der Geldmarkt unserer Verbündeten stark erschüttert wird.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, nützt auch Frankreich für seine finanzielle Mobilmachung sein Besitz an russischen Staatsrenten wenig [2]).

Die Stellung Deutschlands im Kapitalienverkehr der Weltwirtschaft ist ähnlich wie

1) Bankenenquête, S. 64.
2) Sartorius a. a. O. S. 233.

die der Vereinigten Staaten durch politische Einflüsse stark bestimmt. Unter den kapitalexportierenden Staaten der Welt steht es an dritter Stelle; weit überflügelt von England, wird es wohl nächstens in der Höhe seines Kapitalexportes Frankreich erreichen, vielleicht es sogar überholen. Wir haben gesehen, wie Deutschland seinen ausländischen Kapitalexport in großem Umfang und planmäßig in den Dienst der Exportförderung stellt. Der inländische Kapitalbedarf Deutschlands, namentlich für Staat, Kommunen und Industrie, ist bei der stetig und gewaltig fortschreitenden wirtschaftlichen Entwickelung enorm. So kommt Deutschland bisweilen in die Lage, ausländischen Kredit in Anspruch nehmen zu müssen, und es erscheint so fälschlicherweise bisweilen geradezu als Schuldnerland. So sagte Fischel [1]) mit Recht: „Wir verleihen manchmal mehr Gelder, als wir überflüssig haben, und diese Gelder kommen dann zum Teil aus dem billigsten Geldmarkte wieder nach Deutschland herüber." Bisweilen konkurrieren wir durch Erhöhung des Bankzinsfußes so um die Kapitalüberschüsse der andern Gläubigerländer, vor allem Englands und Frankreichs. Die mit der Industrie eng verbundenen deutschen Großbanken nutzen ihren Kredit so aus. Dadurch kommen wir in die unangenehme Lage, daß, wenn England und Frankreich, um unsere wirtschaftliche Macht zu schwächen, die uns gewährten Kredite zurückfordern, die Reichsbank den Zinsfuß steigern muß, oder aber unsere Ausfuhrgeschäfte eingeschränkt werden müssen. So kam bisweilen der deutsche Kapitalmarkt durch einen allzugroßen Umfang seines Kapitalexportes in eine schwierige Lage, die dazu führte, daß die Stärke des deutschen Kapitalmarktes namentlich von England und Frankreich unterschätzt wurde, woraus diese beiden Länder die falsche und für uns ungünstige Folgerung zogen, daß durch Nichtgewährung oder durch Rückforderung von Krediten Deutschland verhindert werden könne, seine wirtschaftlichen und damit auch politischen Kräfte voll zu entfalten. Die leitenden Finanzkreise Englands und Frankreichs täuschten sich aber, wenn sie glaubten,

1) Bankenenquête, S. 105.

dazu im stande zu sein, durch ihre Finanzpolitik deutsche Werke, wie die Fortsetzung der Bagdadbahn oder die Aufnahme ungarischer und türkischer Staatsanleihen im Herbst 1909, verhindern zu können. Häufig erhielt Deutschland durch den freilich nur schwachen österreichischen Markt und die Märkte Hollands, Belgiens und der Schweiz Unterstützung, und die Finanzgeschäfte wickelten sich glatt ab.

Viel diskutiert worden ist die Lage des deutschen Kapitalmarktes während der Marokkokrise [1]), von seiten Frankreichs natürlich in tendenziöser Weise; dem wurde aber von seiten der deutschen Hochfinanz scharf und überzeugend entgegengetreten. Helfferich [2]) wies folgendes nach: einmal, daß die Kurse der deutschen Staatspapiere in der kritischen Zeit, d. h. namentlich im September 1911, weit weniger stark gesunken sind als die der englischen und französischen, und sodann, daß auch die deutschen Zinsverhältnisse sich als weit widerstandsfähiger bewährt haben, und dies sogar, obwohl ein großer Teil der bei uns stehenden kurzfristigen Auslandsgelder, namentlich französischer Gelder, zurückgezogen wurde. Wie hoch die Summe der uns überhaupt gewährten kurzfristigen Kredite war, und wie viel davon zurückgezogen wurde, steht nicht fest; doch ist sicher, daß erhebliche Beträge zurückgezogen worden sind und daß trotzdem der französische Zinsfuß stärker gestiegen ist als der deutsche. Ende September 1911 mußten sogar die Minister durch Maßregeln hinter den Kulissen der Börse über den Ultimotermin hinweghelfen. Und Helfferich fügt hinzu, daß auch die Zurückziehungen aus Sparkassen und Bankeinlagen in Frankreich höher waren als in Deutschland.

Deutschland hat also die finanzielle Kraftprobe des Marokkokonflikts gut bestanden. —

1) Deutschland in der Marokko-Krise: Anticus 1912.
2) Bank-Archiv 5, 1913, S. 19ff.

4. Der Staat und die Kapitalanlagen im Auslande. Der rechtliche Schutz der Kapitalanlagen im Auslande. Kapitalanlagen in den Kolonien.

Ist das Problem der Kapitalanlagen im Auslande für die Volkswirtschaft eines Staates von weittragendster Bedeutung, so interessiert uns nunmehr die Frage: welche Stellung nimmt der Staat — die Regierung — dazu ein? Welchen Einfluß übt der Staat auf die Gestaltung der Kapitalanlagen im Auslande aus? Läßt er sie ohne Einmischung sich frei gestalten? Läßt er ihnen Förderung angedeihen oder sucht er sie zu hemmen?

Wie unsere ganze Volkswirtschaft auf dem System der freien Konkurrenz beruht und einer Leitung durch die Staatsautorität — cum grano salis gesprochen — entbehrt, so darf wohl auch hier als das Prinzipielle gelten, daß sich der Staat in die Entwickelung der Kapitalanlagen im Auslande nicht einmischt. Namentlich gilt dies für die Kapitalanlagen Privater. Aber wie wir oben gesehen haben: allzusehr ist doch die auswärtige Politik der Großmächte heute mit der auswärtigen Wirtschaftspolitik verbunden, allzusehr stützt sie ihre Ansprüche auf wirtschaftliche Errungenschaften, als daß der Staat sich um die Wirtschaftsinteressen der Einzelnen nicht zu kümmern brauchte. Er muß die wirtschaftlichen Interessen seiner Staatsbürger im Auslande schützen, seine Politik muß sich — eventuell mit den Machtmitteln des Staats — dafür einsetzen; so wird man ihm in gewisser Weise auch das Recht nicht versagen dürfen, bei der Entstehung und Entwickelung dieser Beziehungen mitreden zu dürfen. So sind alle großen deutschen Kapitalunternehmungen im Ausland (man denke etwa an die Bagdad- oder die Hankow—Kanton-Eisenbahn) nur im Einverständnis und unter starker Förderung der Staatsregierung möglich gewesen.

Andererseits vermag der Staat auch für Zwecke seiner Politik privates Kapital, in gewissem Grade wenigstens, nach seinen Wünschen zu dirigieren. In ausgesprochenstem Maß ist dies bei der stark ausgebildeten politischen Erziehung des englischen Volkes der englischen Regierung möglich. Aber auch die deutsche hat in

vielen Fällen so gehandelt, und deutsche Kapitalanlagen in der Türkei, in Marokko, in Persien beispielsweise sind aus politischen Gründen vom Auswärtigen Amt besonders gefördert worden. Zumeist handelt es sich ja auch bei den politisch-wirtschaftlichen Zielen der Regierung um Unternehmungen, die auch in hohem Maße als rentabel anzusehen sind, so daß es der Staatsleitung nicht schwer fällt, das notwendige Kapital Privater dafür aufzubringen. Unternehmungen wie Eisenbahn- und Kanalbauten, Telegraphen- und Hafenbauten sind in den meisten Fällen der Rentabilität sicher; an ihnen sind zudem auch unsere Banken und unsere Großindustrie interessiert, unsere Import- und Exportfirmen, unsere Schiffahrtsgesellschaften usw. [1]).

Ist das Risiko zu groß, so übernimmt der Staat oft die Garantie von Mindestzinsen, oder er fördert durch sonstige Maßnahmen (wie Frachtermäßigung, Erlaß von Steuern und Zöllen, durch Ausstellungen und Einrichtung von Versuchsinstituten und dergleichen mehr) das Unternehmen. So hat er namentlich in den Kolonien die Kolonialgesellschaften, so hat er Plantagengesellschaften in weitestem Maße unterstützt. Endlich kann auch hier der Staat selbst als Unternehmer auftreten [2]).

Auch durch die Beeinflussung der Auswanderung kann der Staat auf die ausländischen Kapitalanlagen einwirken: die Auswanderung kann durch die Auswanderungsbüros nach bestimmten Ländern hingeleitet werden, die Schiffahrtsgesellschaften können veranlaßt werden, die Fahrpreise nach den Ländern besonders billig zu gestalten, nach denen die Auswanderung dem Staate erwünscht erscheint.

Ferner kann der Staat den Strom des nach dem Ausland fließenden Kapitals in bestimmte Produktionszweige leiten, deren Stärkung ihm für die heimische Wirtschaft besonders erwünscht erscheint. Das gilt besonders für solche Produktionszweige, in denen das Ausland eine Monopolstellung einnimmt und in denen

1) Arndt, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, S. 190 ff.
2) Vergl. Arndt, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, S. 190, 191.

wir daher ganz auf das Ausland angewiesen sind. So ist ein wirtschaftlich sehr anzustrebendes Ziel, zu dessen Erreichung auch der Staat seine Hilfe bieten sollte, daß durch Anlage deutschen Kapitals in ausländischen Baumwollplantagen das Baumwollmonopol der U.S.A. gebrochen werden kann, oder wir doch unabhängiger davon werden. Daß man die Notwendigkeit hierfür an der leitenden Stelle erkannt hat, beweist u. a. die große Baumwolldenkschrift des Reichskolonialamts. Auch für das Kupfer- und das Petroleummonopol gilt dasselbe. —

Laufen so privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche und wirtschaftliche und politische Interessen häufig zusammen, so kann es doch auch zu Konflikten kommen, indem sich die einzelnen Interessen so scharf gegenüberstehen, daß ein Ausgleich unmöglich ist. So sind die russisch-polnischen Wanderarbeiter für unsere Landwirtschaft nötig, vom politisch-nationalen Standpunkt aus aber bedeuten sie eine schwere Gefahr. In Queensland würden beispielsweise die Kapitalanlagen in Zuckerplantagen durchaus wirtschaftlich vorteilhaft erscheinen. Da sie aber nur mit farbigen Arbeitskräften bewirtschaftet werden könnten und der politische Gesichtspunkt, Australien den Weißen zu erhalten, wichtiger ist, müssen sie unterbleiben. Der Missionar mit seinen religiösen Zielen setzt sich bei seinem Vorgehen oft in scharfen Gegensatz zu den Pflanzern, die die Arbeitskräfte der Eingeborenen rücksichtslos auszubeuten suchen. Macht-, Kultur- und Wirtschaftspolitik durchkreuzen sich so häufig; im einzelnen Fall wird zu entscheiden sein, wer von diesen das größere Interesse beanspruchen darf [1]).

Ein interessantes Beispiel [2]) für einen Konflikt privater und volkswirtschaftlicher Interessen war der Streit um die Zulassung amerikanischer Eisenbahnpapiere, der Milwaukee Shares, zur Berliner Börse im Jahre 1911. Der preußische Handelsminister hatte in seiner Stellung als Aufsichtsbehörde der Berliner Börse

1) Arndt, Zeitschrift für Sozialwissenschaft S. 188.

2) Literatur hierzu: Dernburg: „Kapital und Staatsaufsicht" und Bankarchiv vom 15. IV. 1911.

die Einführung amerikanischer Eisenbahnpapiere an der Berliner Börse verboten und dies mit Rücksicht auf den heimischen Geldmarkt motiviert. Die Entscheidung war umso bemerkenswerter, als kurz vorher die Beteiligung an einer türkischen Anleihe als wünschenswert erklärt worden war. Aber bei der türkischen Anleihe waren es eben politische Gründe, die eine Beteiligung dringend notwendig erscheinen ließen, während deutsche Kapitalanlagen in nordamerikanischen Eisenbahnpapieren lediglich vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus hohe Gewinne versprechen. Durch die Zulassungsstelle, an deren Sitzungen ja bekanntlich ein ständiger staatlicher Börsenkommissar teilnimmt, vermag die Regierung Emissionen zu verhindern; sie besitzt so einen starken Einfluß auf die Politik der Kapitalanlage. Die Zulassungsstelle dient der Sicherung der öffentlichen Interessen. Nun beanspruchte der Minister das Recht, auch g e g e n einen Beschluß der Zulassungsstelle die Zulassung von Papieren zu verbieten, die dem öffentlichen Interesse zuwider zu sein scheinen, und er begründete das Verbot damit, daß im Jahre 1911 schon zahlreiche Auslandswerte eingeführt worden waren, so die ungarische, San Franzisko- und Tientsin-Pukow-Anleihe. Durch ein zu starkes Angebot hochverzinslicher ausländischer Werte werde der deutsche Zinsfuß in die Höhe getrieben. Der Eingriff des Handelsministers rief einen Sturm der Entrüstung, namentlich in den Kreisen der Hochfinanz, hervor. Von dieser Seite wurde, und nicht ganz mit Unrecht, betont, daß auch ein öffentliches Interesse an hohem Zinsfuß vorliege, nämlich das der Sparer; fließt doch jährlich über ½ Milliarde in die deutschen Sparkassen. Auch ist es außerordentlich schwer festzustellen, wann der geeignete Augenblick gekommen ist, den Markt für exotische Werte zu sperren. Denn wenn mit Recht die Forderung aufgestellt wird, daß zunächst der inländische Kapitalmarkt gedeckt werden muß, so ist damit praktisch wenig gesagt; diese Deckung wird stets nur eine relative sein können, bringt doch jede Zinssatzermäßigung die Kapitalnachfrage zum Steigen. So würde, wenn der Einspruch des Ministers gegen den Beschluß der Zulassungsstelle häufiger würde,

die Gefahr entstehen, daß zahlreiche kleinere Geschäfte in ausländischen Werten nur mit Gefahr von den Banken eingeleitet werden könnten, denn häufig wird bei solchen Geschäften die Stellungnahme der staatlichen Stellen dazu nicht klar vorauszusehen sein, und gerade die kleineren Banken, die solche Geschäfte betreiben, würden dann schwer betroffen. Auch ist es unmöglich, das deutsche Publikum zu hindern, Auslandswerte zu erwerben; der Erwerb kann höchstens erschwert werden. Das Kapital aber wird auf ausländische Märkte hingelenkt, der deutschen Kontrolle und Führung entzogen und in den Depots der ausländischen Banken in erhöhtem Maße in den Dienst unserer Konkurrenten gestellt. Der Staat aber übernimmt eine Aufgabe, die er nicht erfüllen kann und die darum sein Ansehen schädigt. Lehnte der Handelsminister auch ab, daß sein Einspruch eine Entscheidung über die Qualität der Papiere bedeute, so wird das Publikum trotzdem eine zulassende Entscheidung der Regierung als eine gewisse Sicherheitsgarantie betrachten. Besonders bedenklich aber muß dies erscheinen für Finanzgeschäfte von politischer Bedeutung. Tritt die Regierung mit ihren Entscheidungen über Zulassung oder Verbot voll in die Öffentlichkeit, so werden Verstimmungen und Gegenmaßregeln von Seiten des Auslandes die Folge sein. So war es für Frankreich durchaus nachteilig, daß der Finanzminister die offizielle Entscheidung über die Zulassung ausländischer Werte zur Kursnotiz an der Pariser Börse hat. Das Scheitern der Aufnahme der türkischen Anleihe in Paris wurde so zum offenkundigen Fehlschlag auch der französischen Politik. Hier ist jedenfalls der diskrete Einfluß des Auswärtigen Amts auf unsere Banken vorzuziehen; wird doch jede Bank bei jedem größeren ausländischen Finanzgeschäft möglichst früh sich mit diesem Amt in Verbindung setzen und seinen Winken folgen.

Eines dagegen ist anzustreben: das ist eine Reform der Börsenzulassungsstellen. Sie sind heute in Deutschland noch nicht einheitlich organisiert, und doppelt stark macht sich dieser Nachteil fühlbar, wo Wirtschaftsbeziehungen mit dem Auslande hineinspielen. So konnte es vorkommen, daß die Berliner Zulassungsstelle die Börsennotiz für eine bulgarische Anleihe verbot, die Hamburger sie zuließ. Wenn nun auch solche Unstimmigkeiten in weitem Umfang durch das Börsenrecht vermieden werden, so hat doch die Forderung des Grafen Kanitz nach Schaffung einer zentralen deutschen Zulassungsstelle für ausländische Werte ihre große Berechtigung.

Durch das Amt des staatlichen Börsenkommissars hat der Staat, wie wir gesehen haben, so eine gewisse Kontrolle über die Auslandsgeschäfte der Banken; freilich nicht mehr als nur eine „gewisse". „Der Kapitalist ist Weltbürger", und alle Verhinderungs- oder Erschwerungs-Maßregeln des Staates können die Auslandsgeschäfte doch nicht unterdrücken. Am leichtesten ist dies noch bei ausländischen Anleihen möglich; wie häufig aber kommen diese in verschleierter Form als Inlandsgeschäfte vor: irgend eine Aktiengesellschaft liefert dem Auslande vorschußweise Waren, gleichzeitig gibt sie in Höhe des dem Ausland gewährten Kredites neue Aktien aus; dann ist, dem Sinne nach, diese Aktienausgabe zweifellos ein Auslandsgeschäft; nur der Eingeweihte aber wird es als solches erkennen. —

Durch das stärkere Hervortreten des wirtschaftlichen und insbesondere des finanziellen Moments in der auswärtigen Politik der letzten beiden Jahrzehnte ist die Macht der Banken gewaltig gewachsen; ihre enge Verbindung mit der Industrie, ihre zunehmende Konzentration haben ihnen allmählich im wirtschaftlichen und politischen Leben des Staates eine Machtstellung verschafft, die als durchaus bedenklich bezeichnet werden muß. Haben die Banken — namentlich von den Großbanken, den 4 D-Banken ist hier die Rede — bis jetzt auch im großen und ganzen die Aufgaben des Kapitalexportes im nationalen Sinne gelöst, so liegt doch in der Möglichkeit schon eine starke Gefahr, daß die Banken, wenn sie wollten, auch anders handeln könnten. Und so hat kein Geringerer als Adolph Wagner Vorschläge zur Kontrolle der Banken durch den Staat gemacht, die heute freilich schon außerordentlich schwer durchzuführen sein würden. —

Sind heute die Banken recht eigentlich die Organe des Kapi-

talexportes, so waren es früher mehr die Handels-, Kolonial-, Plantagen-Gesellschaften, die in bedeutendem Umfange wirtschaftliche und finanzielle Unternehmungen im Auslande durchführten.

Wie bedeutsam für Deutschlands Ausfuhrhandel und Schiffahrt waren von jeher die von den Kapitalisten der Hansastädte in den überseeischen Gebieten begründeten Plantagen! Ihnen verdankt Deutschland seine hervorragende Stellung in Guatemala und den anderen mittelamerikanischen Staaten; und wie die Hamburger Plantagenanlagen auf Samoa die Grundlage der schließlichen Kolonialherrschaft Deutschlands auf diesen Inseln waren, soll im folgenden näher ausgeführt werden [1]). Es ist ja naturgemäß, daß auch der Staat ein starkes Interesse an dem Gedeihen *solcher* wirtschaftlicher Unternehmungen im Ausland hat, auf die er später Ansprüche auf Erwerbung des Gebietes gründen kann; und unter Umständen wird der Staat solche Unternehmungen in Zeiten der Bedrängnis finanziell unterstützen.

Im Jahre 1880 kam die Hamburger Firma Godeffroy & Sohn, die einen ausgedehnten Handel im Südsee-Archipel und Plantagen auf Samoa betrieb, in finanzielle Schwierigkeiten, sodaß ihr Besitz in englische Hände überzugehen drohte. Da Hilfe von anderer Seite ihr nicht kam, legte Bismarck dem Reichstag ein Subventionierungsgesetz vor. Nach diesem sollte der Deutschen Seehandelsgesellschaft, die den Godeffroyschen Besitz übernehmen sollte, eine $4^1/_2$ % Dividenden-Garantie für 20 Jahre zugesichert werden.

Der Gesetzes-Entwurf wurde im Reichstag eingehend durch Regierungs-Organe begründet, aber die Vorlage wurde mit 128 gegen 112 Stimmen abgelehnt [2]).

In der Begründung hatte es geheißen: „Wenn wir diesen Zentralpunkt aufgeben, so ist dies gleichbedeutend mit dem Verlust des Generalstabs in dem Momente, wo man sich zu einer Schlacht vorbereiten will. Es würde dann kaum noch möglich

1) Sartorius a. a. O. S. 159 ff.
2) Sartorius a. a. O. S. 162.

sein, daß die kaiserliche Regierung in derselben Weise wie bisher durch Konsulate, maritimen Schutz und diplomatische Verhandlungen die zerstreuten Kräfte des deutschen Handels in der Südsee sammelte und ebenso wirksam beschützte, falls uns dieser Zentralpunkt verloren gehen sollte“ [1]). „Wenn wir eine derartige handelspolitische Stellung gefährden müssen, so würden wir sicher in politischer Beziehung einen Fehler begehen“ [2]). „Von dem materiellen Schaden, der dabei dem deutschen Handel zugefügt würde, ist völlig untrennbar eine nachteilige Rückwirkung auf das Ansehen und den Einfluß Deutschlands in jenem Teile der Erde und wohl über denselben hinaus. Alle die mühsam gepflogenen Verhandlungen und erzielten Vereinbarungen zugunsten unserer Landsleute in der Südsee werden zum Teil geradezu gegenstandslos werden, zum Teil im auffälligen Kontraste erscheinen zu dem leichten Preisgeben der wichtigsten materiellen Grundlagen unseres dort erlangten Rechts“ [3]).

Können so dem Staate wirtschaftliche Unternehmungen Privater hochwillkommen sein, um daraus auch politische Ansprüche gegenüber dem Auslande geltend machen zu können, so kann andererseits auch umgekehrt ein Eintreten des Staates für die Rechte Privater unter Umständen die Zirkel seiner ganzen auswärtigen Politik stören. Hat auch gemäß der Reichsverfassung, Artikel 3, jeder Deutsche dem Auslande gegenüber gleichmäßig Anspruch auf den Schutz des Reichs, so muß doch anerkannt werden, daß in derartig schwerwiegenden Fällen das (wenn auch berechtigte) Interesse des Einzelnen sich den Interessen des Staatsganzen unterzuordnen hat. Privatwirtschaftliche Interessen müssen in solchen Fällen, wo die ganze auswärtige Politik durch ihre Geltendmachung gefährdet würde, sich den höheren Zielen unbedingt unterordnen. Es ist ein Fall, wie er in der Politik der Zukunft vielleicht häufig vorkommen wird, und so

1) Rede des Bundesrats-Kommissars v. Kusserow.
2) Rede des Abgeordneten Fürst zu Hohenlohe-Langenburg.
3) Rede des Unterstaatssekretärs Scholz. (Zitiert bei Sartorius S. 160/161).

erscheint es erwägenswert, ob nicht vielleicht der Staat den geschädigten Privaten, deren vielleicht an sich hohe Interessen dem Staatsganzen geopfert worden sind, eine Entschädigung zahlen soll. Aus welchen Mitteln, ist freilich fraglich, umsomehr als es sich, beispielsweise bei Aufgeben von Bergwerks-Ansprüchen, ja um große Summen eventuell handeln kann. —

Das führt uns hinüber in das Problem des rechtlichen Schutzes der auswärtigen Kapitalanlagen.

Im allgemeinen kann man sagen, daß durch die im Verhältnis zu früheren Zeiten größere rechtliche Sicherheit auf der Erde auch das Risiko des auswärtigen Kapitalexportes geringer geworden ist; und gegenüber kleineren und schwächeren Staaten, die ihre Schulden nicht zahlen wollen, haben wir 4 Beispiele glücklicher Lösung: die internationale Finanzkontrolle über die Türkei, Ägypten, Griechenland und neuerdings Liberia. Freilich ist zu bedenken, daß eine solche Institution nur schwachen Staaten gegenüber anwendbar ist und daß sie die Einigkeit mehrerer Gläubigerstaaten zur Voraussetzung hat [1]). Gerade diese Einigkeit aber ist doch nur verhältnismäßig selten zu erzielen.

Bleibt schwachen Staaten gegenüber die Anwendung politischer Machtmittel. Von ihr sagt Sartorius [2]) aber mit Recht:

„Rein politische Machtmittel anzuwenden, Flottendemonstrationen, Blockade der Häfen des vertragsbrüchigen Landes, Okkupation eines Landstriches oder von Kolonien kann zweifellos zu einem günstigen Resultat führen, wenn die Übermacht des fordernden Staates unbestritten ist, und wenn dritte Staaten sich nicht einmischen. Aber gerade dies bleibt fast nie aus."

Und Sartorius erinnert an die Monroe-Doktrin der Vereinigten Staaten, an Rußlands Protektion der Balkanvölker, an die Vorgänge in Venezuela 1902 und in Griechenland 1893. Und dann führt er noch ein interessantes Beispiel an [3]):

1) Sartorius a. a. O. S. 286.
2) Sartorius a. a. O. S. 285.
3) Sartorius a. a. O. S. 285.

„Als Portugal 1893 deutsche und englische Gläubiger um etwa ¾ ihres Kapitals brachte, machte die deutsche Presse den Vorschlag, daß England portugiesische Kolonien in Afrika als Pfand nehmen und verwalten möge. Damit wären die Briten wohl einverstanden gewesen, aber Deutschland konnte es nicht zugeben, da es wußte, daß diese niemals das Objekt wieder herausgeben würden."

Ist das seinen Verpflichtungen nicht nachkommende Schuldnerland eine Großmacht, wie beispielsweise die Union und Rußland, so ist die Lage des Gläubigerlandes eine verzweifelte. Wenn z. B. Rußland sich weigerte, seine Zinsen an Frankreich zu zahlen, so würde dies für Frankreich einfach den casus belli bedeuten [1]). So kann die Abhängigkeit des Gläubigerlandes vom Schuldnerlande geradezu zur Existenz- und Lebensfrage werden. —

Von welch großer allgemein-internationaler Bedeutung so das Problem des rechtlichen Schutzes der Kapitalanlagen im Auslande ist, beweist, daß die II. Haager Friedenskonferenz (1907) sich eingehend und nicht resultatlos mit ihm beschäftigt hat.

Auf den Antrag Porters, des Vertreters der Vereinigten Staaten auf der Konferenz, kam folgende Konvention — seither unter dem Namen „Porter-Konvention" bekannt [2]) — zustande:

„Abkommen, betreffend die Beschränkung der Anwendung von Gewalt bei Eintreibung von Vertragsschulden" [3]).

Artikel 1: „Die Vertragsmächte sind übereingekommen, bei der Eintreibung von Vertragsschulden, die bei der Regierung eines Landes von der Regierung eines anderen Landes für deren Angehörige eingefordert werden, nicht zur Waffengewalt zu schreiten. Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung, wenn

1) Sartorius a. a. O. S. 292.
2) Pohl, Aus Völkerrecht und Politik: „Die Porter-Konvention vom 18. Oktober 1907."
3) Den Text des Abkommens entnehme ich: v. Liszt, „Das Völkerrecht". Berlin 1910. S. 471 2.

der Schuldnerstaat ein Anerbieten schiedsgerichtlicher Erledigung ablehnt oder unbeantwortet läßt oder im Falle der Annahme den Abschluß des Schiedsvertrags vereitelt oder nach dem Schiedsverfahren dem Schiedsspruche nicht nachkommt."

In Artikel 2 wird festgesetzt, daß in Ermangelung besonderer Abreden der Parteien der Schiedsspruch über den Grund des Anspruchs, über die Höhe der Schuld, sowie über die Zeit und die Art der Zahlung entscheidet.

Das Abkommen ist von 39 Staaten, darunter Deutschland und Österreich, angenommen worden [1]); nicht angenommen haben es Belgien, Brasilien, Rumänien, Siam, Schweden, die Schweiz, Venezuela. 14 mittel- und südamerikanische Staaten lehnten die im Artikel 1 festgesetzten Ausnahmen ab und nahmen die Konvention nur unter diesem Vorbehalt an [2]).

Die Schiedsgerichtsbarkeit ist, wie in Artikel 2 weiter festgesetzt ist, für die Staaten, die das Abkommen angenommen haben, obligatorisch, d. h. die schiedsgerichtliche Entscheidung muß nachgesucht werden, ehe die Anwendung von Gewaltmaßregeln erfolgt. Auch Deutschland, das sich sonst der Einführung der obligatorischen Schiedssprechung stets energisch widersetzte, hat sich ihr hier unterworfen. Die Schiedssprechung ist auch dann obligatorisch, wenn nur eine der streitenden Mächte sie beantragt. Interessant ist an dem Abkommen, daß, entgegen der Monroe-Lehre, auch die U. S. A. in der Porter-Konvention das Beitreiben von Schulden amerikanischer Staaten durch europäische Mächte anerkennen. Neuerdings wurde der Vorschlag gemacht (so von den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft im September 1910 und Mai 1912 in Eingaben an den Reichskanzler), daß auch Privatpersonen selbst, die Gläubigeransprüche gegen fremde Schuldnerstaaten haben, der Zugang zu dem internationalen Schiedsgericht eröffnet werde, so daß also

1) Freund, Der Schutz der Gläubiger gegenüber auswärtigen Schuldnerstaaten, insbesondere bei auswärtigen Staatsanleihen. Berlin 1910. S. 40.

2) Freund a. a. O. S. 46.

ein Privatgläubiger den Schuldnerstaat vor Gericht fordern könnte und dieser sich dem Verfahren stellen müßte.

Demgegenüber ist aber zu bemerken, daß dann die Berechtigung der Forderung nicht mehr durch den Staat des Gläubigers geprüft werden könnte; es können vielmehr dann Privatpersonen in launenhafter und unlauterer Weise durch ihre vielleicht unberechtigten Klagen den Staatskredit des Schuldnerstaates erschüttern. Außerdem könnten sehr leicht diplomatisch-politische Konflikte zwischen dem Staate des Forderungsberechtigten und dem Schuldnerstaate sich ergeben, wenn der Staat des Gläubigers gar keine Kontrolle über das Verfahren mehr hat, es vielmehr ganz in den Händen eines vielleicht skrupellosen und nur auf seinen eigenen Vorteil bedachten Privatmannes liegt.

Der Vorschlag ist also durchaus ungünstig zu beurteilen [1]).

Aus dem Zustandekommen der Porter-Konvention ist ersichtlich, daß die Mächte aufrichtig bemüht sind, kriegerische Verwickelungen, die sich aus der Nichterfüllung von Vertragspflichten ergeben könnten, wenn möglich zu vermeiden.

Freilich gilt auch für dieses Abkommen, was oben für die Finanzkontrolle gesagt wurde: wer will eine Großmacht anders als durch einen Krieg etwa zwingen, sich ihm zu unterwerfen?

Und so bietet auch diese Konvention keinen absolut sicheren Schutz vor Verlusten für die Kapitalien, die im Auslande angelegt wurden. Er wird für die dem Ausland anvertrauten Güter am besten gewährleistet immer noch durch die Machtmittel des Staates.

Wer so für Kapitalinvestition im Ausland eintritt, muß unbedingt auch für einen starken Ausbau der militärischen Machtmittel des Staates, vor allem der Kriegsflotte, sein. Sie sind die

1) Ich entnehme dies: Lammasch: Publications de l'Institut Nobel Norvégien. Tome II., Fasc. 2. Die Rechtskraft internationaler Schiedssprüche. 1913. S. 12, 13, 18. Lammasch hat an 4 Schiedsgerichten praktisch mitgewirkt.

sichersten Bürgen für das in der Fremde angelegte Kapital. Jede neue Milliarde im Ausland verlangt so eine Verstärkung der Machtmittel des Heimatstaates, verlangt also auch wieder Ausgaben [1]). Nur der Staat ferner soll Kapitalien ins Ausland senden, der den festen Willen hat, sein Recht und das seiner Bürger zu jeder Stunde zu wahren, wenn nötig auch mit dem Schwerte, und nur der Staat, der die Kraft in sich fühlt, auch die Lasten einer imperialistischen Politik zu tragen. Erkannt muß ferner werden, daß wie bei jeder Betätigungsart imperialistischer Politik die Möglichkeit internationaler Konflikte (Marokko-, Venezuela-Konflikt!) wächst [2]). So sollte das Kapital vor allem in solche Länder exportiert werden, die man in immer gesteigerte politische Abhängigkeit zu bringen, aus einer Interessensphäre in ein Protektorat, aus einem Protektorat in eine Kolonie umzuwandeln gedenkt. So sind die Kapitalanlagen Frankreichs in Marokko als für Frankreich durchaus wirtschaftlich berechtigt zu bezeichnen. Freilich läßt sich ja nur in den allerseltensten Fällen sicher voraussehen, ob es dem Staate gelingen wird, ein wirtschaftlich erstrebenswertes Gebiet für sich allein zu erwerben, es zur Kolonie zu machen. —

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet erscheint der Kapitalexport in die eigenen Kolonien als das zunächst Naturgemäßeste. Oft wird dem aber nicht Rechnung getragen, und Deutschland

1) Freilich ist Großmächten vom Range Deutschlands ja auch aus anderen Gründen, so vor allem zum Schutze ihres Handels und ihrer Kolonien, eine starke Flotte nötig. England ist uns gegenüber im Vorteil, da es bei seiner geographischen Lage eines Landheeres nicht bedarf; auch die Union, die bisher noch keinen großen Krieg mit einer überseeischen Macht zu führen hatte, ist, wie Rußland, dessen gewaltiges Reich die Folgen des japanischen Krieges nicht so spürte, uns gegenüber im Vorteil durch die Einheit gewaltiger Ländermassen.

2) Unter Umständen können Kapitalanlagen im Auslande freilich auch in friedenerhaltendem Sinne wirken: Frankreich war aus finanzpolitischen Gründen in der bosnischen Krise 1909 so gegen einen russisch-österreichischen Krieg; auch jetzt im Balkankrieg hat Frankreich z. T. wegen seiner starken Kapitalinteressen in der Türkei eine friedliebende Haltung eingenommen.

beispielsweise hat in seinen Kolonien (1913) nur eine Summe von 550 Millionen investiert, die gegenüber den in fremden Ländern angelegten 35 Milliarden als geradezu verschwindend klein zu bezeichnen ist. Es ist dies sicher sehr zu bedauern. Wir haben Milliarden und aber Milliarden zur Verfügung für fremde Länder, in denen die Rechtsverhältnisse unsicherere sind als in unseren Kolonien, für fremde Länder, denen wir häufig genug so die wirtschaftliche Konkurrenz mit uns erleichtern. Das Kolonial-Amt aber hatte beispielsweise zur Aufbringung von ein paar Millionen Mark für ein deutsch-südwestafrikanisches Bodenkreditinstitut, das für diese Kolonie von vielleicht entscheidender Bedeutung wird, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Aus privatwirtschaftlichem Interesse legen eben Kapitalisten ihr Geld lieber in wirtschaftlich höher entwickelten Ländern an als in unseren jungen Kolonien, bei denen eine sofortige Rentabilität des in ihnen angelegten Kapitals nicht in dem Maße zu erwarten ist. Für unsere Industriefabrikate namentlich sind Neger, Hereros und Papuas naturgemäß keine gerade glänzenden Abnehmer; so differieren hier privat- und volkswirtschaftliche Interessen. In England ist die Kapitalbefruchtung der Kolonien durch die sogenannten Pfund Shares, Kolonialaktien im Werte von 20 M., erleichtert. Sie gestatten auch dem kleinen Mann den Kolonien sein Geld zuzuwenden, und er macht davon reichlich Gebrauch. Freilich bedeutet dies auch eine Spielgelegenheit [1]), und diese Einrichtung vertritt bis zu gewissem Grade, wie man sagen kann, die in England nicht existierende Lotterie. Bei uns, die wir freilich Staatslotterien besitzen, ist die Mindestgrenze auch für Kolonialaktien 1000 M. (für Kiautschou 200 M.). Die Einführung von 20-Mark-Aktien, der freilich auch Bedenken entgegen stehen, würde vielleicht viel ändern.

Das Kolonialamt seinerseits wendet den Kapitalanlagen in den Kolonien sein reges Interesse zu. So meldet die „Kreuz-

1) Doch fließen bei uns Tausende von Mark jährlich als Wettgelder für Pferderennen nach Frankreich; eine Tatsache, die, sofern es irgendwie möglich, mit allen Mitteln bekämpft werden sollte!

zeitung“ vom 23. 6. 1913, daß eine Sitzung der „Ständigen wirtschaftlichen Kommission der Kolonialverwaltung“ an diesem Tage unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Solf dem Problem der „Sanierung der Kapitalinvestition in den Kolonien“ gewidmet war, wozu das Kolonialamt ein schriftliches Referat über die „Maßnahmen gegen unsolide koloniale Gründungen“ vorgelegt hatte. In der Sitzung wurde festgestellt, daß eine halbamtliche Zentralstelle für die Prüfung des Gründungsherganges von Kolonialgesellschaften und für Auskunftserteilung zweckmäßig und notwendig sei, sowie daß durch Änderung der Praxis an den Börsenzulassungsstellen manche unsolide Gründung, wenn auch nicht direkt in ihrer Entstehung, so doch indirekt erschwert werden könnte. Zur weiteren Förderung sowohl der genannten Zentralstelle, wie auch zur Herbeiführung einer leichteren Zulassung kolonialer Wertpapiere an der Börse wurden zwei Kommissionen gebildet. —

Jedenfalls ist zu wünschen, daß künftig unsere Kolonien von dem nach dem Ausland fließenden Kapitalstrom mehr zu sehen bekommen; harren hier doch noch große und wichtige Aufgaben der Lösung: im Eisenbahnbau, im Ausbau des Nachrichtenwesens, der Kabelverbindungen mit dem Mutterland z. B. [1]), im Hafenbau, in der Anlage von Schiffsdocks, im Ausbau von Marinestützpunkten.

1) Sind doch gerade diese Art Kapitalanlagen — nicht nur in den Kolonien, auch sonst im Auslande — von höchster politischer Bedeutung von der Zahl und der Staatsangehörigkeit der Kabelverbindungen mit dem Auslande hängt es ab, in welchem Sinne die ausländische Presse das Ausland über europäische Angelegenheiten, Zustände und Begebenheiten unterrichtet, und bittere Erfahrungen mußten und müssen gerade wir in diesem Punkte machen.

Zusammenfassung [1]).

So ergeben sich für die Kapitalanlagen im Auslande, sollen sie als politisch wertvoll beurteilt werden, folgende Erfordernisse:

Der Kapitalexport soll erfolgen:

1. nur nach Ländern, die uns politisch freundlich gesinnt sind,
2. in erhöhtem Maße nach unseren Kolonien,
3. nur in Länder mit sicheren Rechtsverhältnissen, da sonst Verluste oder Konflikte entstehen,
4. nur soweit die Möglichkeit und der Wille besteht, ihn wenn nötig auch mit Waffengewalt zu schützen,
5. nur unter Verteilung auf mehrere Länder, unter Verteilung des Risikos also,
6. unter starker Beeinflussung und Aufsicht durch die Staatsorgane.

Und so sehen wir, daß das Problem der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Kapitalanlage im Auslande uns, entgegen jedem Kosmopolitismus, immer wieder zurückführt auf den *nationalen* Staat, als das Zentrum der Ausstrahlungen aller wirtschaftlichen und politischen Kräfte.

1) Vergl. den parallelen zusammenfassenden Schlußabschnitt des I. Hauptteils: Die wirtschaftliche Bedeutung der Kapitalanlagen im Auslande!

Lebenslauf.

Am 22. Januar 1888 wurde ich, Werner v. Grundherr zu Altenthann und Weyherhaus, zu Nürnberg geboren als Sohn des damaligen Premierleutnants im 1. bayerischen Chevaulegers-Regiment Alexander v. Grundherr und seiner Ehefrau geb. Mahla. Ich bin evangelisch und besitze die bayrische und preußische Staatsangehörigkeit. Von 1896—1898 besuchte ich die Vorschulen in Frankfurt a. M. und Fürth i. B. 1898 trat ich in das preußische Kadettenkorps ein, wo ich bis 1907 im Kadettenhaus zu Oranienstein a. d. Lahn und in der Hauptkadettenanstalt zu Groß-Lichterfelde die Klassen Sexta bis Oberprima absolvierte. 1907 bestand ich die Reifeprüfung und trat als Fähnrich in das Husaren-Regiment Hessen-Homburg Nr. 14 in Cassel ein, in welchem Regiment ich am 27. Januar 1908 Leutnant wurde. 1909 ließ ich mich zu den Reserveoffizieren des Regiments überführen, um zur Diplomatie überzutreten. Ein Kommando nach Konstantinopel in diesem Jahre benutzte ich zu volkswirtschaftlichen Studienreisen nach Kleinasien und den Kaukasusländern.

Vom Frühjahr 1910 bis Herbst 1912 studierte ich an der Universität zu Berlin Nationalökonomie, mittlere und neuere Geschichte, Staats- und Völkerrecht und neuere Sprachen. Im besonderen arbeitete ich bei Herrn Professor Dr. Zoepfl, Vortragendem Rat im Reichskolonialamt.

Meine akademischen Lehrer waren die Herren Professoren und Dozenten:

Zoepfl, Sering, Schmoller, Wagner, Bernhard, Dietrich Schäfer, Schiemann, Hintze, Hoetzsch, v. Liszt, Bornhak, v. Martitz, Harsley.

Vom Herbst 1912 bis Ende Juli 1913 studierte ich an der Universität zu Greifswald, an der meine akademischen Lehrer folgende Herren Professoren und Privatdozenten waren:

Oldenberg, Gebauer, Zadow, Pohl, Glagau, Plessis.

Ihnen allen spreche ich meinen aufrichtigsten und ergebensten Dank aus, im besonderen aber den Herren Professoren Dr. Oldenberg und Zoepfl, deren Wohlwollens ich mich während meiner Studienzeit erfreuen durfte.

END OF
TITLE